Interview: Erika Steinbach zu ihrem CDU-Austritt S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 27. Januar 2017 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Zeigt, wo es langgeht: Donald Trump schlägt den Machteliten ungeschminkt schreckliche Wahrheiten um die Ohren Bild: pa

Spürhund der Zeitenwende

Weshalb sie ihn hassen: Trump sprengt die Gleise der alten Eliten in die Luft

Die politische Elite ist von der US-Wahl noch immer tief erschüttert. Doch ihr Ungemach dürfte gerade erst begonnen haben.

Donald Trump scheint die Machteliten der westlichen Welt in Politik und Medien schier um den Verstand zu bringen. Mit den flapsigen Bemerkungen des US-Präsidenten über Frauen oder illegale Einwanderer ist der Sturm von Wut und Entrüstung, ja teils sogar von Hass, aber nicht zu erklären, der sich nach dessen Amtseinführung sogar noch gesteigert hat.

Wer derart aggressiv auf ein kaum im Amt befindliches Staatsoberhaupt losgeht, den treibt tiefe Verunsicherung. Die hat einen Grund: Die alten Machteliten ahnen längst, dass sie auf der ganzen Breite ihrer Themen, Projekte und Weltanschauungen einem toten Punkt entgegentaumeln. Trumps Tabubruch besteht darin, ihnen diese schreckliche Wahrheit ungeschminkt um die Ohren zu hauen.

Ein gutes Beispiel liefert das „Jahrhundertprojekt“ EU, dem Trump den Zerfall vorhergesagt hat: Die Europäische Union ist zum wankenden Koloss erstarrt, der immer mehr zerfasert. Die politische Elite ist ratlos.

> Immer nur weiter auf dem alten Kurs – das geht jetzt nicht mehr

Allein ihr verbissenes Festklammern am längst gescheiterten Euro offenbart Orientierungslosigkeit. Ausgerechnet mit den alten Methoden, die in diese Sackgasse geführt haben („mehr Europa“, mehr billiges Geld, mehr gegenseitige Haftung), will man das Problem lösen. Woher dieser Irrsinn? Weil den Entscheidungsträgern nichts anderes mehr einfällt, weil sie mit ihrem Latein am Ende sind.

Aus der Asylpolitik ist eine uferlose Zuwanderung geworden, die Deutschland zunehmend destabilisiert, ohne dass die Politik entschieden gegensteuert. Trump nennt das „katastrophal“ – und hat recht. Ökologie ist zu einer „Energiewende“ ausgeartet, mithilfe derer Geschäftemacher ihre Taschen füllen auf Kosten der Kunden und der industriellen Basis, weil ein solider Energiemix zerstört wird.

Das Ringen um Gleichberechtigung ist in absurde „Gender“-Manie abgeglitten, Antirassismus in Verachtung des eigenen Volkes, das Recht auf Selbstverwirklichung in eine Hatz auf das klassische Familienbild.

Derlei Fehlentwicklungen wurden nur möglich, weil es die tonangebende Elite zum Dogma erhoben hat, dass wir auf dem von ihr vorgegebenen Kurs nur immer weiter und weiter gehen müssten, ohne Korrektur, ohne Nachdenken. Kritik wird als „ewiggestrig“ oder Schlimmeres verteufelt.

Trumps Verdienst besteht (bislang) weniger in vernünftigen Vorschlägen als darin, dass er durch seine respektlosen Attacken die eingefahrenen Gleise lustvoll sprengt, statt sich an die artigen Rituale derer zu halten, die alles weitertreiben lassen wollen, was ohnehin nicht mehr zu retten ist.

Ob aus Instinkt oder Erkenntnis: Indem er das scheinbar „Alternativlose“ schonungslos auf den Prüfstand stellt, macht sich der neue US-Präsident zum Spürhund einer Zeitenwende, die unvermeidlich ist. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Unschuldig?

Polens Regierung schreibt Geschichte, genauer, sie schreibt Geschichte um, indem sie an die Stelle der historischen Wahrheit die „polnische Wahrheit“ setzt. So hat es Jaroslaw Kaczynski, Vorsitzender der Regierungspartei PiS, doch tatsächlich formuliert. Ein Opfer dieser Geschichtsklitterung ist das nach einem Tag wieder geschlossene Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Der PiS nämlich ist es zu „universalistisch“. Ihrer Meinung nach sollte das Museum vor allem die „polnische Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg“ zeigen. Das ist nach ihrer Lesart die der Polen als Opfer der Nazis und als Kämpfer an allen Fronten und im Untergrund. Damit sollen „nationale Identität und Patriotismus“ gepflegt werden. Die Wiedereröffnung des Museums ist für März angekündigt. Bis dahin soll es so umgestaltet werden, dass es „den Verteidigungskampf der polnischen Armee 1939“ in den Vordergrund rückt, besonders den um die Halbinsel Westerplatte bei Danzig. Dabei hätten die polnischen Soldaten „eine großartige Haltung bewiesen“.

Dass alle für die Polen unangenehmen Aspekte des Zweiten Weltkrieges ausgespart werden, soll schon ein neuer Name verdeutlichen: Museum der Westerplatte und des Verteidigungskampfes 1939. Ziel ist also die Vermittlung eines positiven, heroischen Geschichtsbildes, das mit der historischen Wahrheit nichts gemein hat.

Pawel Spiewak, Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, findet für die neue polnische Geschichtspolitik die passenden Worte: „Das ist eine Art von Nationalismus. … Das ist die Rückkehr zum Mythos der Polen als einer unschuldigen Nation, geschändet, aber unschuldig.“

Was soll vertuscht werden?

Koalition lehnt Untersuchungsausschuss zum Fall Amri ab – Verdacht, dass der Attentäter ein V-Mann war, erhärtet sich

Nach dem Willen von Union und SPD soll zunächst nur eine Arbeitsgruppe des Geheimdienst-Kontrollgremiums des Bundestages, aber kein eigener Untersuchungsausschuss das Agieren der Behörden im Fall des Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri klären. Allerdings ist nach aktueller Rechtslage die Einsetzung eines sogenannten Ermittlungsbeauftragten nur durch einen bereits existierenden Bundestags-Ausschuss möglich. Da im Fall Amri ein solcher Ausschuss zumindest momentan nicht eingerichtet werden soll, würde der Sonderermittler in einer juristischen Grauzone handeln.

Dass Bundes- und Landesbehörden unter diesen Bedingungen überhaupt berechtigt sind, einem Sonderermittler Einsicht in geheimes Material oder datenschutzrelevante Papiere zu geben, darf bezweifelt werden. Politiker der Grünen und der Linkspartei sehen trotz der Einsetzung der „Task-Force“ des Parlamentarischen Kontrollgremiums die Gefahr, dass Ermittlungserkenntnisse im Fall Amri der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

In der Tat steht im Fall des tunesischen Attentäters der Verdacht eines sehr umfassenden Versagens staatlicher Stellen im Raum. Seit November 2015 hatten sich die deutschen Behörden fast im Wochenrhythmus mit Amri beschäftigt. Obwohl der Tunesier als islamistischer Gefährder eingestuft war und es genügend Gelegenheiten gab, ihn wegen anderer Delikte zumindest in Untersuchungshaft zu nehmen, ist offenbar nichts passiert. So war den Behörden bekannt, dass Amri 14 verschiedene Identitäten nutzte. Auch Erkenntnisse zu Sozialbetrug haben vorgelegen. Durch Observationen war zudem bekannt, dass der abgelehnte Asylbewerber nicht nur Geld als Drogen-Dealer verdiente, sondern auch selbst regelmäßig Ecstasy und Kokain konsumierte.

Wenige Monate vor den Landtagswahlen könnte insbesondere der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) unter Druck geraten. Geklärt werden muss unter anderem, warum Amri zwar im Juli 2016 verhaftet, aber bereits nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurde. Aufgegriffen worden war Amri in Baden-Württemberg, als er sich mit gefälschten Papieren und Drogen auf dem Weg nach Zürich befand. Nach zwei Tagen in Abschiebehaft wurde Amri nach Rücksprache mit dem NRW-Innenministerium allerdings wieder auf freien Fuß gesetzt. Jäger führt hohe rechtliche Hürden an, die seinerzeit eine längere Inhaftierung verhindert hätten. Inzwischen wird kritisiert, dass mit dem Paragrafen 58a des Aufenthaltsgesetzes gerade für Fälle wie Amri sehr wohl eine rechtliche Möglichkeit bereitgestanden hat.

Nicht nur das wirft Fragen auf. So hat der Jurist und Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele (Grüne) darauf aufmerksam gemacht, dass Amri schwere Straftaten vorgeworfen, aber die Verfahren eingestellt wurden. Zu klären sei, ob Amri möglicherweise mit Geheimdiensten zusammengearbeitet habe, so Ströbele. Wie der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet, soll auch Polizisten im Zusammenhang mit der Einstellung der Verfahren wegen Sozialbetrugs der Verdacht gekommen sein, bei Amri könnte es sich um einen V-Mann handeln.

Auch eine andere Variante ist nach aktuellem Kenntnisstand nicht auszuschließen: Ohne dass es zu einer Anwerbung als Informant gekommen sein muss, könnten Sicherheitsbehörden versucht haben, über eine engmaschige Observierung Amris die Islamistenszene aufzuklären. Bekannt ist, dass Amri Kontakte bis nach Italien und Belgien hatte und gut vernetzt war.

Für eine solche Variante würden auch Recherchen der „Welt am Sonntag“ sprechen. Demnach könnte bereits die Freilassung Amris aus der Abschiebehaft in Italien im Juni 2015 im Zuge einer Operation des italienischen Inlandsgeheimdienstes AISI geschehen sein. Ziel der Freilassung soll es gewesen sein, den in der Haft radikalisierten Tunesier als Köder in der italienischen Islamistenszene einzusetzen. Wie weiter berichtet wird, hat der italienische Dienst Amri nach seiner Freilassung allerdings aus den Augen verloren. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Linke Attacken auf AfD-Politiker

Potsdam – Immer wieder wird das Wohnhaus des brandenburgischen Landtagsabgeordneten Thomas Jung (AfD) in Potsdam das Ziel linksextremistischer Angriffe. So wurden wiederholt Farbbeutel, Steine und Bauschutt auf das Haus geworfen. Bei dem jüngsten Vorfall belagerten etwa 30 Personen, die vermutlich aus der linken Szene stammen, das Haus des Politikers, skandierten Parolen und klingelten Sturm. Es ist zu vermuten, dass es sich dabei um einen gezielten Einschüchterungsversuch gegen die Familie des rechtspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion handelte. Im Haus anwesend waren nur Angehörige des Politikers, darunter zwei Kinder. Jung selbst befand sich zum Zeitpunkt des Vorfalls auf einer vorab angekündigten Kundgebung der AfD in Potsdam. Auch am Rande dieser Veranstaltung protestierten Vertreter der Antifa und der linken Szene. *N.H.*

Rundfunkbeitrag bleibt hoch

Berlin – Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, eine Senkung der Zwangsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzulehnen. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hatte zuvor empfohlen, den sogenannten Rundfunkbeitrag in diesem Jahr um 30 Cent pro Monat zu senken. Die Länder begründen ihre Ablehnung damit, dass eine Beitragsstabilität der bessere Weg sei, „um die Akzeptanz des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks zu erhalten". Dementsprechend haben sie sich darauf verständigt, die anfallenden Überschüsse auf Sperrkonten anzulegen, um den zu erwartenden finanziellen Mehrbedarf der Sendeanstalten ab 2020 aufzufangen. Derzeit beraten die Bundesländer über grundlegende Reformen bei den Öffentlich-Rechtlichen. Diese Reformen sollen sich nicht nur auf den administrativen Bereich der Rundfunkanstalten erstrecken. *J.H.*

»Marshall-Plan« für Afrika

Berlin – Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) will einen „Marshall-Plan" für Afrika auflegen. Sein Konzept sieht unter anderem vor, „in erster Linie reformwillige Länder zu unterstützen und private Investitionen stärker zu fördern". Wichtige Kriterien sind dem Papier zufolge „gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und der Abbau von Korruption". Außerdem will er fairen Handel fördern und Steuerflucht bekämpfen. Ein weiteres Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen der EU und Afrika. In einem ersten Schritt will der deutsche Minister eine Mittelmeer-Union, bestehend aus EU, Ägypten und den Maghreb-Staaten, schaffen. Im Gegensatz zu Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) lehnt Müller Sanktionen gegen Staaten ab, die abgeschobene Asylbewerber nicht zurücknehmen. Seiner Meinung nach „gibt es keine andere Möglichkeit, als nach vorne zu gehen und Länder wie Tunesien bei ihrer Entwicklung zu unterstützen". Statt „Mauern zu bauen und Sanktionen auszusprechen", müssten „Perspektiven für die Menschen vor Ort" geschaffen werden. *J.H.*
(Siehe auch Seite 7)

»Europäer sollten sich warm anziehen«

Der US-amerikanische Publizist Don F. Jordan über Donald Trump und dessen Präsidentschaft

Nicht nur seine Gegner blicken gespannt auf die ersten Amtshandlungen des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Der in New York geborene Don F. Jordan, der als Auslandskorrespondent unter anderem für CBS-News, Voice of America und „The Guardian" sowie als Moderator für die Deutsche Welle TV tätig war, analysiert für die *PAZ* das Phänomen Trump und die Folgen seiner Wahl. Das Interview führte Bernd Kallina.

PAZ: *Trump siegte entgegen allen Umfragen, Prognosen und Kommentierungen. Wieso lagen fast alle Beobachter daneben?*

Jordan: Vor allem aus zwei Gründen: Trump hatte ja während des Wahlkampfs eine ausgesprochen schlechte Presse im Gegensatz zu Hillary Clinton. Und so herrschte bei Umfragen die Tendenz vor, dass Trump-Anhänger Hemmungen hatten, ihre wahre Meinung zu äußern. Dadurch entstand ein schiefes Meinungsbild über die tatsächliche Stärke der beiden Lager, weil viele Menschen mit ihrer wahren Meinung hinter dem Berg hielten.

PAZ: *Von Trump heißt es, er sei narzisstisch, unberechenbar und irritiere mit seinem Führungsstil. Inwiefern ist das zutreffend?*

Jordan: Alle Politiker, besonders aber erfolgreiche, sind in einem gewissen Maße narzisstisch, nicht nur in den USA. Jeder glaubt, dass er die Welt verbessern könne und er der Beste sei. Narzissmus erweist sich immer als eine Komponente einer erfolgreichen Karriere, und so ist es wohl auch bei Trump. Er ist fest davon überzeugt, dass er die Weisheit für sich gepachtet hat. Vielleicht in einem Ausmaß, das sonst bei anderen Politikern nicht so stark ausgeprägt ist, oder die es besser kaschieren können. Klar, Trump ist talentiert, er ist ein typischer Showman und er weiß, wie er seine Persönlichkeit unübersehbar in der Öffentlichkeit darstellt. Denken Sie nur an seine die traditionellen Medien übergehende Mitteilungspolitik via digitaler Kurzbotschaften. Ein Mann mit Schauspieltalent, ähnlich übrigens wie Ronald Reagan, der darüber hinaus aber auch ein guter und erfolgreicher Präsident der USA war. Ob Trump das auch sein wird, muss sich erst noch erweisen.

PAZ: *Zur Zukunft der Nato: Trump bezeichnet sie als obsolet, doch sein Verteidigungsminister James Mattis behauptet das Gegenteil, indem er verlauten ließ, gäbe es die Nato nicht, so müsste sie erfunden werden. Was wird bei dieser Widersprüchlichkeit herauskommen?*

Jordan: Folgendes: Trump wird Deutschland und die anderen europäischen Nato-Partner vermutlich sehr hart diplomatisch angehen, das heißt, er wird sie ohne Umschweife daran erinnern, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. 2006 wurde nämlich vereinbart, dass alle Nato-Mitgliedstaaten zwei Prozent ihres Brutto-Inlandproduktes für Verteidigung auszugeben hätten. Doch die Länder, außer den USA, die dieser Verpflichtung tatsächlich nachkamen, sind schnell aufgezählt: Lettland, England, Polen und Griechenland. Alle anderen haben dieses Ziel nicht eingehalten. Und wenn Trump nun sagt, dass die Nato obsolet sei, meint er eigentlich antiquiert, nicht aber im Sinne von nutzlos, sondern, dass sie den heutigen Ansprüchen nicht mehr gerecht wird. Die neuen Herausforderungen sind unter anderem: Terrorismus, eine steigende Gefahr von Putin und das neue Konfliktphänomen Cyberwar. Kurzum: Es geht Trump nicht um die Abwicklung der Nato, sondern um ihre Neu-Ausrichtung angesichts aktueller Bedrohungslagen.

PAZ: *Unterschiedlichere Persönlichkeiten als Angela Merkel und Donald Trump sind kaum vorstellbar. Wie werden sich die beiden arrangieren?*

Jordan: Während Merkel zurückhaltend agiert, immer auf diplomatische Formen bedacht, bis hin zu nebulösen Äußerungen, zieht Trump polternd vom Leder und nimmt im Sprachgebrauch keine Rücksichten auf Konventionen. Dennoch werden sich Trump und Merkel verständigen, weil sie es müssen. Die Beziehung wird nicht so gut sein wie zwischen Merkel und Obama oder gar zu George Bush, aber sie werden sich arrangieren. Ich nehme an, dass Merkel schon in absehbarer Zeit nach Washington fliegen wird, und zwar in ihrer Eigenschaft als Bundeskanzlerin des Landes, das die nächste G-20-Konferenz im Juli in Hamburg auszurichten hat. Merkel, und daran kommt Trump nicht vorbei, ist seine wichtigste Partnerin in Europa. Ohne die deutsche Kanzlerin geht in Europa nichts. Und wenn Trump das noch nicht wissen sollte, wird er es bald von seinen Beratern hören.

PAZ: *Den beiden Weltmacht-Repräsentanten, Trump und Putin, wird eine gewisse Ähnlichkeit in ihrer Persönlichkeitsstruktur nachgesagt. Glauben Sie, dass es zu „Männergesprächen" in der Sauna kommen könnte, mit Einigung in neuralgischen Punkten?*


Don F. Jordan Bild: Ullstein

Jordan: (lacht) Köstlich, dieses Bild. Sie spielen dabei auf das Verhältnis zwischen Kohl und Jelzin an. Zwar ist bei Trump fast alles möglich, aber, die beiden in der russischen Sauna, dass kann ich mir nicht vorstellen. Es sei denn, wenn eine solche Begegnung dazu führte, dass Putin sich aus der Krim zurückzöge und die Ukraine in Ruhe ließe, was beides nicht zu erwarten ist.

PAZ: *Was wäre dann realistischer, was könnte Trump seinem Moskauer Kollegen Putin konkret anbieten?*

Jordan: Zum Beispiel, dass Trump in Syrien die faktische Lage hinnimmt, die dort mit Putins Hilfe zugunsten des Assad-Regimes entstanden ist. Ebenso ist die praktische Duldung der widerrechtlichen russischen Besetzung der Krim denkbar. Hinzu könnte vielleicht das Versprechen kommen, ein eventuell von der Ukraine ernsthaft betriebenes Aufnahmebegehren in die Nato während seiner Amtszeit zu verzögern, solange Putin keine den Westen provozierende schweren Fehler macht. Auch könnte sich Trump dafür einsetzen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland gelockert oder aufgehoben werden. Aber, ob der US-Senat und das Repräsentantenhaus da mitmachen, ist eine ganz andere Frage.

PAZ: *Und Putins Gegenleistung?*

Jordan: Da nenne ich als erstes das Stichwort „islamistischer Terror": Auch Russland hat mit fanatischen Islamisten innerhalb seiner eigenen Grenzen, siehe auch Tschetschenien, enorme Probleme. Sie könnten sich verbünden in einer Allianz gegen den Terrorismus, was für beide Seiten von Vorteil wäre. Und ich glaube auch, dass Trump das gemeinsam mit Putin anstreben wird. Die ersten Monate in diesem Jahr könnten auf der internationalen Ebene sehr spannend werden, wenn Sie an diesen Aspekt der amerikanisch-russischen Beziehungen denken!

PAZ: *Im Welthandel lautete die bisherige US-Strategie: Globalisierung. Trump will hier radikal gegensteuern und spricht von Einschränkungen des Freihandels. Welche Art von Protektionismus schwebt ihm denn vor?*

Jordan: Gemach, es wird nirgendwo so heiß gegessen wie gekocht. Die Parole „Amerika first" ist gut und schön und eigentlich auch ganz normal, wenn Amerika versuchen wird, überall seine Interessen durchzusetzen. Aber Trump wird bald feststellen, dass das flächendeckend nicht so einfach geht, vor allem nicht im Welthandel. Schließlich hat Amerika vom Globalismus stark profitiert, und die Globalisierungsgewinner sind sehr mächtig. Außerdem: Die Arbeitsplätze in den USA sind nicht hauptsächlich wegen der Globalisierung verloren gegangen, sondern wegen des technischen Fortschritts. Dadurch ist die Arbeitslosigkeit in manchen Teilen der USA in der Industrie entstanden, nicht durch den Export von Arbeitsplätzen.

PAZ: *Was haben die deutsche Automobilindustrie und ihr USA-Export zu erwarten?*

Jordan: Es kann gut sein, dass auf diese Einfuhren Zölle erhoben werden. Ob Trump allerdings mit diesen protektionistischen Bestrebungen eine Mehrheit im Kongress bekommt, ist auch in diesem Fall, wie übrigens auch in allen anderen strittigen Punkten, sehr fraglich. Denn stellen Sie sich einmal vor, in den USA würden tatsächlich ausländische Autos um beispielsweise 25 Prozent teurer. Das würde noch lange nicht bedeuten, dass die Amerikaner nur mehr Chevrolets kaufen, sie würden vielmehr auf Gebrauchtautos oder sonstige Alternativen ausweichen. Und in dem Moment, wo der US-Verbraucher merkt, dass durch Abschottung alles teurer wird, hat Trump keine Chance auf eine zweite Amtszeit.

PAZ: *Werden die sogenannten „populistische Strömungen" in Europa von Trumps Sieg profitieren?*

Jordan: Das ist zu vermuten. Sie werden einen gewissen Aufschwung erleben und sich in der Hoffnung wiegen, vielleicht doch an die Macht zu kommen, so wie es Trump in den USA schaffte. Es kann aber genau umgekehrt sein. In Holland, in Frankreich und in Deutschland stehen in diesem Jahr wichtige Wahlen an. Doch was passiert, wenn sich schon im Frühjahr 2017 herausstellen sollte, dass sich Trump nur als eine große Sprechblase entpuppte? Dann würden die vollmundigen Erwartungen der europäischen Populisten auf einen sie fördernden Trump-Effekt schnell verpufft sein.

PAZ: *Wie sollten die Deutschen und die Europäer auf Trumps Präsidentschaft reagieren?*

Jordan: Sie sollten sich warm anziehen und in Reaktion auf Trump möglichst schnell einigen. Wenn schon nicht in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, so doch wenigstens in der Sicherheits- und Außenpolitik. Gelänge ihnen das, könnte Trump nicht mit ihnen beliebig umspringen oder sie wie nachrangige Alliierte behandeln. Sie könnten ihm damit imponieren und vielleicht von manchem abbringen, was beiden Seiten schaden würde, beispielsweise Protektionismus.

Von Drumpf zu Trump

Die Vorfahren des US-Präsidenten stammen aus dem pfälzischen Dorf Kallstadt

Der neue Präsident der USA, hat eine klassische Einwanderergeschichte. Sie beginnt im Jahr 1885 im pfälzischen Kallstadt. Kallstadt ist ein hübsches Dorf in der pfälzischen Weinregion, mit Fachwerkhäusern und einer mittelalterlichen lutherischen Kirche. Die Gasthöfe servieren Saumagen, so heißt auch eine Kallstädter Spitzenweinlage, auf die man hier ganz besonders stolz ist.

Donald Trumps Großvater Friedrich Trump war erst 16 Jahre alt, als er 1885 sein Heimatdorf Kallstadt verließ, in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den Vereinigten Staaten. Der frühe Tod seines Vaters, eines Weinbauern, und die große Geschwisterzahl waren einige der Auswanderungsgründe. In der neuen Welt machte Friedrich Trump ein Vermögen – und begründete eine Dynastie, die dem neuen Staatsoberhaupt der USA zur Grundlage seines Wahlsieges wurde. In der Pfalz gilt der Rechtsanwalt Hanns Drumpf, der seit 1608 in Kallstadt belegt ist, als ältester Vorfahr von Donald Trump. Drump wird der Name auch heute noch in Kallstadt und Umgebung ausgesprochen.

Zu der Zeit, als Friedrich Trump mit 16 Jahren, heute würde man sagen als unbegleiteter Minderjähriger, seinen Geburtsort in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verließ, um zu seiner zwei Jahre zuvor ausgewanderten älteren Schwester in die Neue Welt zu ziehen, machten sich jährlich mehr als 100000 Auswanderer aus Deutschland auf den Weg in die USA. Nach seiner Ankunft in New York arbeitete Trump zunächst in New York als Friseur und später, angezogen vom Goldrausch, gründete er ein Hotel an der Westküste und eröffnete am Yukon ein Lokal für die Goldgräber. Später stieg er in den Goldhandel ein, erwarb Grundbesitz und legte damit das Fundament für das Familienvermögen.

Als reichen ledigen Mann zog es Friedrich Trump zurück in die Heimat, dort heiratete er Elisabeth Christ, eine Nachbarsfrau und Nachkomme einer Orgelbauerdynastie. Aber seinem Pfälzer Mädel gefiel es nicht in den USA, es wollte zurück nach Deutschland. Also ging Familie Trump wieder zurück in die damals bayerische Pfalz und Donald Trumps Großvater wollte die bayerische Staatsbürgerschaft zurück, die er als nicht genehmigter Auswanderer verloren hatte. Der bayerische Staat hatte ihm die Genehmigung zur Auswanderung nämlich nicht erteilt.

Ein Dokument aus dem Landesarchiv in Speyer belegt das. Es ist ein Brief des Bezirksamtes Dürkheim an das Bürgermeisteramt in Kallstadt vom 27. Februar 1905. Darin heißt es wörtlich: „Dem derzeit in Kallstadt befindlichen amerikanischen Bürger und Rentner Friedrich Trump ist eröffnen zu lassen, dass er längstens bis zum 1. Mai lfd. Jrs. das bayerische Staatsgebiet zu verlassen, andernfalls aber seine Ausweisung zu gewärtigen habe." Weil er seinen Wehrdienst in Deutschland nicht abgeleistet hatte, erklärte das Königreich Bayern die Staatsbürgerschaft des Auswanderers für verwirkt. Großvater Trump schrieb noch einen Brief an den bayerischen Prinzregenten Luitpold, doch auch das half nicht mehr. Obwohl er seine Lebensersparnisse, insgesamt der Gegenwert einer halben Million Dollar, bereits auf einer deutschen Bank deponiert hatte, wurde er 1905 von Bayern regelrecht nach Amerika abgeschoben.

Friedrich Trump und seine Frau Elisabeth (1880–1966) bestiegen am 1. Juli 1905 in Hamburg das Dampfschiff „Pennsylvania" mitsamt ihrem Geldvermögen. Drei Monate später wurde Fred (1905–1999), der Vater des US-Präsidenten, in New York geboren. Nach wenigen Jahren starb Großvater Friedrich Trump 1918. Um für ihre Kinder sorgen zu können, gründete Elisabeth die Firma „E. Trump & Son" und legte damit den Grundstein für das spätere Immobilienimperium. Elisabeth Trump, Donalds Großmutter, die erst 1966 gestorben ist, hatte ihr Leben lang Heimweh, sie hat bis ans Ende ihrer Tage fließend Deutsch gesprochen.

Donald Trump selbst verleugnete noch in seiner 1997 veröffentlichten Autobiografie seine deutsche Herkunft. Angesichts antideutscher Stimmung in den Vereinigten Staaten während der Weltkriege hatte sein Vater vorgegeben, schwedischer Abstammung zu sein. In Schweden gibt es einen ähnlich wie Kallstadt klingenden Ort, nämlich Karlstad. In dem 2014 veröffentlichten Dokumentarfilm „Kings of Kallstadt" der aus Kallstadt stammenden Filmemacherin Simone Wendel, die Trump persönlich getroffen hatte, erklärte er dann aber: „I love Kallstadt." Er sei „stolz, das deutsche Blut zu haben". Wie die Menschen in Kallstadt sei er „stark und sehr verlässlich". In dem Interview kündigte Trump auch einen Besuch in der Heimat seiner Vorfahren an.

Das pfälzische Dorf Kallstadt hat noch eine andere berühmte Auswandererfamilie zu bieten, nämlich die Heinz-Dynastie, die mit Ketchup Milliarden machte. Bereits vor ihrer Auswanderung waren beide Familien verwandt. In Kallstadt gibt es den Namen Trump heute nur noch auf den Grabsteinen des Friedhofs. Aber viele Cousinen und Cousins zweiten und dritten Grades, denen man die Verwandtschaft mit dem US-Präsidenten ansieht, leben noch als ehrbare Weinbauern in Kallstadt. *Bodo Bost*

»Das ist nicht mehr meine Partei«

Interview: Die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach über die Gründe für ihren Austritt aus der CDU

Die Austrittswelle von konservativen Unionsmitgliedern aus der Merkel-CDU hält unvermindert an. Mit Erika Steinbach hat nun die profilierteste Konservative der weit nach links gedrifteten Union nach über 40 Jahren Mitgliedschaft den Rücken gekehrt. Mit der Bundestagsabgeordneten und langjährigen früheren Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) sprach Bernd Kallina über die Gründe ihres Austritts aus der CDU.

PAZ: *Nach jahrzehntelanger CDU-Mitgliedschaft und als Parlamentarierin im Deutschen Bundestag mit hohem nationalen und internationalen Bekanntheitsgrad aus der Union auszutreten, das konnte Ihnen nicht leicht gefallen sein. Dennoch erschien der Austritt Ihnen als unausweichlich, warum?*

Erika Steinbach: Eine solche Entscheidung kann nicht leicht fallen. Nach über 40 Jahren in einer Partei, nach zahllosen Wahlkämpfen bei Wind und Wetter, geht man so einen Schritt nicht leichtfertig. Die CDU galt immer als „Hüterin des Rechtsstaates“, das hat sich verändert. Bei mittlerweile vielen großen Politikfeldern, sei es der Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima über die Euro-Rettungspakete und die Griechenland-Hilfen bis hin zur Flüchtlingspolitik, wurden gewichtige Entscheidungen der Bundesregierung ohne vorherigen Beschluss des Deutschen Bundestages oder gegen geltende Verträge getroffen. Die Fraktionen wurden bei bedeutenden Entscheidungen nicht mehr eingebunden, beziehungsweise sie haben nur noch abgeknickt. Das schmerzt mich insbesondere, da die Rechtsstaatlichkeit für mich ein Garant unserer Demokratie ist. Mein Vertrauen ist erschüttert, denn ich bin mir nicht mehr sicher, dass Entscheidungen nicht auch in Zukunft am Gesetz vorbei getroffen werden.

PAZ: *Sie gehörten dem „Berliner Kreis“ innerhalb der Union an, der ja Front zu machen versuchte gegen den zunehmenden Linkskurs der Merkel-CDU. Alles vergeblich?*

Steinbach: Der Berliner Kreis in der Union ist eine Gruppe in der CDU, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, wertkonservative Anliegen wieder in das Bewusstsein der eigenen Partei zu rücken. Es ist das große Verdienst von Christean Wagner, unermüdlich daran zu arbeiten, dass die langjährige wertkonservative Ausrichtung in der CDU nicht vollständig unter die Räder kommt. Anhand der Reaktionen aus der Bevölkerung, aber auch aus der CDU, kann man erkennen, dass es ein Bedürfnis danach gibt. Die mehr oder weniger unverhohlene Nichtachtung seitens der CDU-Spitze gegenüber dieser Initiative hat meinen Entschluss zum Parteiaustritt mit befördert.

PAZ: *Von Adenauer bis Kohl: Alle früheren Parteivorsitzenden achteten darauf, dass neben dem christlichen und liberalen auch der rechte Flügel in der Union klar erkennbar war. Angela Merkel verzichtete jedoch auf ihn und begünstigte damit die Entstehung der AfD. Ein unglückliches Eigentor oder ein bewusstes Manöver hin zu einer anderen Union?*

Steinbach: Es ist erkennbar, dass die CDU diesen Trend ganz bewusst fördert. In der Erkenntnis, dass dadurch Zustimmung auch seitens der Grünen und in Teilen sogar der Links-Partei erreicht werde kann, lässt man das elementare wertkonservative Element der CDU tatsächlich links liegen. Im Grundsatzprogramm der CDU sind die elementaren drei Wesensmerkmale der CDU – christlich-sozial, liberal und wertkonservativ - zwar noch enthalten, in der Realität aber wurde das Wertkonservative immer mehr marginalisiert, ja stigmatisiert. Durch die gesellschaftspolitische Anpassung an rot/grüne Gesellschaftsmodelle, bei der die behauptete Mitte weiter nach links verschoben wurde, ist inzwischen ein gesellschaftspolitisches Vakuum entstanden, das Raum für neue Parteien geschaffen hat. Langjährige Positionen wurden schlichtweg geräumt. Hier erinnere ich nur an eine Rede Angela Merkels aus dem Jahr 2003, als sie sagte: „Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiterhin eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern.“ Und im Wahlprogramm 2013 der Union steht werbend zu lesen: „CDU und CSU treten dafür ein, dass die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum weiterhin durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden, wie etwa durch anlassunabhängige Kontrollen entlang der Grenze ...“. Dafür habe ich 2013 Wahlkampf gemacht. Leider wurde deutlich erkennbar mit der Massenzuwanderung das glatte Gegenteil in dieser Legislaturperiode durch die Bundesregierung praktiziert. Nicht nur an einem Wochenende, sondern über Monate hinweg.


Bild: Bundestag

Parteiaustritt nach 40 Jahren Mitgliedschaft: Erika Steinbach

PAZ: *Insbesondere das von der Bundeskanzlerin herbeigeführte Flüchtlingschaos trug zu Ihrem Abschied aus der CDU bei. Sie sprechen dabei schwerwiegend sogar von „Gesetzesbruch“. Können Sie ihn präzisieren?*

Steinbach: In dieser Beurteilung befinde ich mich in bester Gesellschaft. Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier hat davon gesprochen, dass „die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit noch nie so tief wie derzeit“ gewesen sei und die „Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts gesprengt“ worden seien. Zahlreiche Aspekte der Flüchtlingspolitik sind hiervon betroffen, wie beispielsweise das Aussetzen der Dublin-Regelung. In der Flüchtlingspolitik entsteht insbesondere der Eindruck, dass nun ein Laissez-faire für Unrecht akzeptiert wird und selbst staatliche Institutionen sich über das Recht hinweg setzen. Wenn tausende gefälschte Pässe und Dokumente im Bundesamt für Migration festgestellt werden, ohne dass Strafanzeige gestellt wird und ohne, dass die vorgeschriebenen Konsequenzen gezogen werden, dann ist das entgegen unserer gesetzlichen Regelungen. Nach unserer Gesetzeslage stehen bis zu fünf Jahre Haft auf Fälschung solcher Dokumente. Zudem wäre damit das Anrecht auf Asyl verwirkt. Für kriminelle Migranten bedeutet das, dass sich Gesetzesbruch in Deutschland lohnt, denn die illegale Einreise wird mit Aufnahme, Versorgung und Taschengeld belohnt, die Verschleierung der wahren Identität durch Wegwerfen und Fälschen von Pässen oder Mehrfach-Registrierung wird nicht sanktioniert. Selbst Serientäter, die bereits mehrfach kriminell in Erscheinung getreten sind, haben kaum mit Folgen zur rechnen. Unsere Bürger sind erkennbar dadurch heute einem höheren Sicherheitsrisiko ausgesetzt und haben vielfach das Vertrauen in den Staat als Garanten ihrer Sicherheit verloren.

PAZ: *Als weitere Kritikpunkte für Ihre CDU-Flucht nennen Sie den Atomausstieg und den Eurokurs der Kanzlerin. Was trieb Merkel zu diesen Entscheidungen, die doch mit erheblichen Finanzbelastungen für Deutschland verbunden sind?*

Steinbach: In der Tat bedeuten all die von Ihnen genannten Politikbereiche eine erhebliche ökonomische Belastung für Deutschland. Aber noch gravierender ist für mich die Tatsache, dass es sich auch dabei um Entscheidungen am Recht beziehungsweise an Verträgen vorbei handelt. Deutschland fordert mit ziemlicher Hartnäckigkeit immer wieder die Einhaltung von Recht und Gesetz von anderen Staaten ein, ohne sich selbst dieser grundlegenden demokratischen Maxime gemäß zu verhalten.

PAZ: *Aber auch auf anderen Politikfeldern ließ die CDU-Chefin kein wertkonservatives Profil erkennen. Stichworte dazu: Homo-Ehe, Wehrpflicht und das kulturrevolutionäre Projekt „Gender-Mainstreaming“. Wie konnte es dazu kommen?*

Steinbach: Keine Gesellschaft ist statisch, sie entwickelt sich weiter. Brüche entstehen dann, wenn elementare Grundlagen aufgegeben werden. Die CDU hat deutlich erkennbar in den vergangenen Jahren in gesellschaftspolitischen Fragen weitestgehend kapituliert. Ja, sie hat sich zu häufig regelrecht gescheut, für ihr grundlegendes Gesellschaftsmodell – zum Beispiel den Wert von Ehe und Familie – zu fechten.

PAZ: *In Ihrem Kritik-Katalog sparen Sie interessanterweise vertriebenenpolitische Belange aus. Hier scheint die CDU-Vorsitzende Pluspunkte gesammelt zu haben, oder?*

Steinbach: Die Bundeskanzlerin war für wichtige Anliegen des Bundes der Vertriebenen aufgeschlossen und hat auch mehrfach am Tag der Heimat gesprochen. Für ihre Unterstützung, eine dauerhafte Gedenkeinrichtung in Berlin zu errichten, die das Schicksal insbesondere der deutschen Heimatvertriebenen in die historische Erinnerungskultur unseres Landes aufnimmt, und die Unterstützung meines Anliegens, einen nationalen Gedenktag auch für das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu implementieren, habe ich sie zum Abschluss meiner BDV-Präsidentschaft mit einer extra für sie geschaffenen Sonderanfertigung der Ehrenplakette unseres Verbandes aus Überzeugung ausgezeichnet. Meine Entscheidung, aus der CDU auszutreten, habe ich jedoch nicht als ehemalige Präsidentin des BdV getroffen, sondern als Bundestagsabgeordnete, die als Mitglied des Parlamentes die Aufgabe hat, die Bundesregierung zu kontrollieren.

PAZ: *Sie werden ab sofort als fraktionslose Abgeordnete dem Parlament angehören. Mit welchen Aktivitäten haben wir von Ihnen zu rechnen?*

Steinbach: Als fraktionsloses Mitglied des Deutschen Bundestags werden mir einige Handlungsoptionen zur Verfügung stehen. Dazu gehört beispielsweise das Recht auf Akteneinsicht oder auch, Einzelfragen zur mündlichen oder schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten. Das mir zustehende Rederecht im Plenum werde ich verantwortungsvoll, aber nicht exzessiv wahrnehmen, sofern ich es für erforderlich halte.

PAZ: *Merkel hat in der Fraktionssitzung nach Ihrem Austritt ein Schreiben von Ihnen zitiert, in dem Sie die Kanzlerin für ihre Flüchtlingspolitik gelobt haben sollen.*

Steinbach: Angela Merkel zitierte aus einem Schreiben, das ich ihr als Vorsitzende der Jury zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises zukommen ließ. Sitzungen der Jury-Sitzungen waren und sind streng vertraulich. Auch das Schreiben an die Kanzlerin ist bislang niemals öffentlich geworden. Da aber durch das Zitieren aus diesem Schreiben ein ganz bestimmter Eindruck erweckt werden sollte, habe ich mich inzwischen genötigt gesehen, selbst öffentlich Stellung zu nehmen. Der Personalvorschlag, Angela Merkel zur Preisträgerin 2016 zu machen, wurde innerhalb der Jury so kontrovers diskutiert, dass er beinahe zum Abbruch unserer Sitzung geführt hätte. Ich gehörte zu denen, die gegen diesen Vorschlag waren. Als Vorsitzende und Demokratin habe ich aber selbstverständlich das schließliche Mehrheitsvotum mit dem von der Bundeskanzlerin zitierte Schreiben umgesetzt. Wobei von Flüchtlingspolitik darin mitnichten die Rede war, sondern von „Mitgefühl für Flüchtlinge“ – und wer hätte das nicht. Natürlich sollte durch das Zitieren aus diesem Schreiben in der Fraktion ein ganz bestimmter Eindruck erweckt werden, der der Unglaubwürdigkeit.

Houston, wir haben Probleme

Ein tödlicher Unfall markierte vor 50 Jahren den Beginn des »Apollo«-Programms

Als Astronaut von „Apollo 17“ war der kürzlich verstorbene Eugene Cernan der letzte Mensch, der den Mond betreten hat. Vor 50 Jahren begann das Nasa-Mondlandeprogramm allerdings mit einer Katastrophe, die nur von den Unfällen der Raumfähren „Challenger“ und „Columbia“ mit insgesamt 14 Toten übertroffen wurde.

Nachdem Präsident John F. Kennedy am 25. Mai 1961 verkündet hatte, das Ziel der Vereinigten Staaten sei es, „vor Ende dieses Jahrzehnts“ einen Menschen auf den Mond zu schicken, stand die US-Weltraumbehörde Nasa unter erheblichem Zeit- und Erfolgsdruck. Das machte sich beim Bau der „Apollo“-Raumkapsel bemerkbar, welche zwei Monate vor ihrem geplanten Erstflug immer noch um die 20000 konstruktive Schwachstellen aufwies. Dieser Umstand veranlasste den Kommandanten von „Apollo 1“, Virgil Grissom, das Fluggerät verächtlich als „Eimer voller Schraubenׅ“ beziehungsweise „Schrotthaufen“ zu bezeichnen und vor versammelter Presse eine Zitrone an die Kapsel zu hängen, um seine Missachtung gegenüber dem Hersteller North American Aviation zum Ausdruck zu bringen.

Wie mangelhaft konstruiert das Raumschiff war, zeigte der Bodentest auf der Startrampe 34 von Cape Kennedy am 27. Januar 1967, an dem neben Grissom auch dessen Kollegen Edward White und Roger Chaffee teilnahmen. Zuerst entwichen säuerlich riechende Dämpfe aus dem Kühlsystem, dann gab es Probleme mit dem Funkverkehr zwischen den beiden Bodenstationen und dem „Apollo“-Versorgungsturm, die Grissom zu der wütenden Frage veranlassten: „Wie sollen wir zum Mond fliegen, wenn wir nicht einmal zwischen drei Gebäuden kommunizieren können?“ Kurz darauf, um 18.31 Uhr, hörten die Techniker den Ruf „Feuer!“ und laute Schmerzensschreie der Astronauten.

Manipulierten die Russen bei »Apollo 1« die Bordbatterien?

In der stark sauerstoffgesättigten und somit auch extrem leicht entflammbaren Atmosphäre der Kapsel war ein Brand ausgebrochen, der sich rasend schnell ausbreitete: Bereits nach 15 Sekunden riss die Außenhaut von „Apollo 1“ infolge der großen Hitze. Zu diesem Zeitpunkt versuchte White nachweislich noch, die Luke zu öffnen, um dem Inferno zu entkommen. Das scheiterte jedoch an der völlig unpraktischen Gestaltung des Ausstiegs. Dann wurden die drei Astronauten ohnmächtig und starben kurz darauf durch das Einatmen der giftigen Rauchgase. Man fand ihre Leichen später mit den ebenfalls leicht brennbaren Nylon-Raumanzügen und -sitzen in der Kapsel verschmolzen.

Die anschließende Fehleranalyse seitens der Nasa führte zu keinem eindeutigen Ergebnis, was die Ursache des Unfalls betraf, der das „Apollo“-Programm letztlich um 20 Monate zurückwerfen sollte: ein Kurzschluss aufgrund durchgewetzter Kabel-Isolierungen galt aber als wahrscheinlichster Auslöser des Feuers.

Allerdings wurden bald Zweifel am Nasa-Untersuchungsbericht laut. Der „Washington Evening Star“ verglich ihn sogar mit dem Warren-Report über die Ermordung von Präsident Kennedy, welcher ebenfalls zahlreiche Fragen offenließ. Deshalb unterstellte Grissoms Sohn Scott bewusste Manipulationen. Sein Verdacht basierte in Sonderheit auf dem Fund eines mysteriösen Metallplättchens im Hauptschalter der Bordbatterien, denn dieses könnte den fatalen Lichtbogen erzeugt haben, der zum Brand führte. Als Täter vermutete er dabei sowjetische Agenten, welche das US-Mondprogramm sabotieren wollten. Hierfür fanden sich allerdings niemals irgendwelche verwertbaren Beweise. *Wolfgang Kaufmann*



Rückschlag mit drei Toten: Die Hitze im Inneren der Raumkapsel durchdrang sogar die Außenhaut von „Apollo 1“ Bild: pa

Zeitzeugen



Virgil Ivan „Gus“ Grissom – Wegen seiner unverblümt-bissigen Kritik am Mondraumschiff der Nasa soll der designierte Kommandant von „Apollo 1“ ab 1966 Morddrohungen erhalten haben, aufgrund derer er unter speziellen Schutz gestellt werden musste. So äußerte der Astronaut beispielsweise: „Ich glaube, die Mission hat nur eine minimale Chance, ihre 14 Tage zu fliegen.“

Thomas Ronald Baron – Der Sicherheitsinspektor des Nasa-Zulieferers North American Aviation (NAA) prangerte 1966 „atemberaubende Missstände“ bei den „Apollo“-Bodentests an. Er wurde am 5. Januar 1967 entlassen, nachdem er sich an die Presse gewandt hatte. Baron starb drei Monate nach der Brandkatastrophe, als sein Wagen mit einem Eisenbahnzug kollidierte. Der von ihm angefertigte 500-seitige Bericht über die Schlampereien bei Nasa und NAA ist bis heute verschollen.



Frank Frederick Borman – In seiner Eigenschaft als Mitglied der Untersuchungskommission, welche das „Apollo 1“-Unglück aufklären sollte, behauptete der Astronaut und Assistenzprofessor für Thermodynamik, dass das Gefahrenpotenzial der sauerstoffgesättigten Kabinenluft niemandem bei der Nasa bewusst gewesen sei. Das war insofern gelogen, als es seit 1962 mindestens vier schwere Unfälle in Simulator-Kammern und Versuchslabors mit Sauerstoffatmosphäre gegeben hatte.

Theodore Cordy Freeman – Ein Jahr nach der Berufung ins Nasa-Astronautenteam stürzte Freeman am 31. Oktober 1964 beim Absturz seiner Trainingsmaschine vom Typ T-38 Talon ab: Eine Gans hatte das Cockpit zertrümmert. Der 34-Jährige war der erste US-Astronaut, der im Dienst starb.



„Fallen Astronaut“ – Der Belgier Paul Van Hoeydonck schuf das einzige Kunstwerk, das bisher auf den Mond gelangte. Es handelt sich um die Skulptur eines liegenden Raumfahrers samt beigefügter Tafel mit den Namen von den 14 Kosmonauten und Astronauten, die in Ausübung ihres Berufes starben, darunter Grissom, White und Chaffee. Das Objekt wurde 1971 unweit der Hadley-Rille in den Mond-Apenninen bei der „Apollo 15“-Mission niedergelegt.

Pleiten, Pech und Pannen auch bei Sojus

Nur 87 Tage nach der Brandkatastrophe von Cape Kennedy hatte auch die sowjetische bemannte Raumfahrt ihren ersten Todesfall zu verzeichnen – sofern es nicht schon vorher Unglücke gab, die vertuscht wurden. Beim Testflug der neu entwickelten „Sojus“-Kapsel, deren modifizierte Version bis heute im Einsatz ist, kam der Pilot Wladimir Komarow ums Leben. Dem voraus ging ein multiples Systemversagen an Bord des Raumschiffes, das 203 technische Mängel aufwies, weswegen Chefkonstrukteur Wassili Mischin nicht bereit gewesen war, das Startfreigabeprotokoll zu unterzeichnen. Aber die Kreml-Führung wollte „Sojus 1“ unbedingt noch vor dem Feiertag zum 1. Mai im All sehen, woraufhin das Unglück seinen Lauf nahm. Bei der Notlandung aufgrund des Ausfalls der Solar-Paneele für die Stromversorgung entfaltete sich lediglich der kleine Hilfsfallschirm, sodass die Kapsel am 24. April 1967 mit etwa 40 Metern pro Sekunde im Norden Kasachstans aufschlug und zerschellte.

Harte Landungen bei den Sowjets

Desgleichen endete der erste Aufenthalt von Kosmonauten in einer Raumstation tödlich. Zwar verlief die Mission von „Sojus 11“ zum Forschungslabor „Saljut 1“ zunächst recht erfolgreich: Georgi Dobrowolski, Wiktor Pazajew und Wladislaw Wolkow weilten dort 22 Tage, womit sie einen Dauerflugrekord aufstellten, starben dann aber während der Landung am 29. Juni 1971. Diesmal lag der Fehler jedoch nicht im Fallschirmsystem, sondern in einem kleinen Druckausgleichsventil, welches ab rund 3000 Metern Höhe Frischluft in die Kapsel leiten sollte. Doch es öffnete sich bereits 168 Kilometer über der Erde, weil die Absprengung des Orbitalmoduls mit der Rückkehreinheit mit den Kosmonauten an Bord heftiger verlief als geplant. Dadurch entwich die Kabinenatmosphäre innerhalb von zwei Minuten, in deren Verlauf Dobrowolski, Wolkow und Pazajew entweder durch Erstikken oder an einer plötzlichen Embolie starben. *W.K.*

Tödliche Eile

1960 forderte ein russisches Raketen-Unglück vermutlich 165 Opfer

Am 15. Februar 1996 stürzte eine chinesische Trägerrakete vom Typ „Langer Marsch 3 B“, die den Kommunikationssatelliten „Intelsat 708“ ins All bringen sollte, kurz nach dem Start vom Kosmodrom Xichang auf die Siedlung Mayelin, wobei möglicherweise bis zu 500 Menschen ums Leben kamen. Allerdings wurde diese Zahl von der Pekinger Führung dementiert, weshalb die russische Nedelin-Katastrophe offiziell als der bisher schwerste Unfall beim Start einer Rakete gilt.

Das Unglück ereignete sich am 24. Oktober 1960 auf dem UdSSR-Weltraumbahnhof Baikonur und forderte vermutlich 165 Todesopfer. Damals wollten die Sowjets ihre erste wirkliche Interkontinentalrakete R-16 (Nato-Codename SS-7 Saddler) testen – und zwar aus Propagandagründen noch vor dem 43. Jahrestag der bolschewis-tischen Revolution am 7. November. Aus diesem Grund trieb der verantwortliche Hauptmarschall der Artillerie, Mitrofan Nedelin, die Startvorbereitungen unerbittlich voran, was zur Umgehung zahlreicher Sicherheitsvorschriften führte, deren Einhaltung eigentlich dringend nötig waren, weil die Rakete unter anderem mit hochkonzentrierter Salpetersäure betankt wurde.

Das Rauchen rettete dem »Vater« der R-16 das Leben

Doch damit nicht genug: Um noch mehr Druck auf seine Untergebenen auszuüben, platzierte sich Nedelin schließlich sogar mit einem Klappstuhl neben der Rakete und veranlasste so die Mitglieder des Erprobungsteams, den sicheren Startbunker zu verlassen und neben ihm Aufstellung zu nehmen. Kurz darauf explodierten die 124 Tonnen Treibstoff der R-16 wegen einer irrtümlichen Fehlbetätigung des Zündschalters. Von Nedelin blieben lediglich die Marschalls-Schulterklappen sowie die Reste seines Ordens „Held der Sowjetunion“ übrig. Mit ihm starben die Konstrukteure Lew Berlin, Wassili Konzewoi, Georgi Firsow und Boris Konopljow sowie der Stellvertretende Kommandeur des Kosmodroms Baikonur, Alexander Nosow. Dahingegen überlebte der „Vater“ der R-16, Michail Jangel, auf wundersame Weise: Er hatte zum Zeitpunkt des Unglücks gerade heimlich hinter einer Bunkertür geraucht. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Ein Juwel kehrt zurück

Mäzen Hasso Plattner hat es Potsdam geschenkt – Das »Palais Barberini« ist wiederaufgebaut



Auf Anhieb ein Publikumsmagnet: Warteschlange vor dem Museum Barberini in Potsdam kurz vor der offiziellen Eröffnung

Bild: Imago

Mit dem „Palais Barberini" hat Potsdam ein weiteres architektonisches Juwel zurückerhalten. Im Krieg stark beschädigt und später von den Kommunisten zerstört, prägt es nun wieder das historische Stadtbild im direkten Umfeld des ebenfalls wiedererstandenen Stadtschlosses.

Der „großartig rekonstruierte Palast" sei eine „weitere Attraktion in Potsdams bereits beeindruckendem historischen Zentrum", schreibt die britische Zeitung „The Guardian". Sie listet das am 20. Januar eröffnete Ausstellungsgebäude auf dem ersten Platz dieses Jahr entstehender Museen weltweit.

Der wie ein Phönix aus der Asche erstandene und kunstvoll belebte Ort, gestiftet von dem Mäzen und Gründer der Software-Firma SAP Hasso Plattner, sucht auch jenseits der preußischen Museumslandschaft um Potsdam und Berlin seinesgleichen. Selbstverständlich war dieses Wunder nicht. Plattner suchte über Jahre nach einem geeigneten Ort.

Als Friedrich der Große den an die italienische Renaissance angelehnten römischen Palazzo Barberini 1771/72 auf dem Alten Markt nach Entwürfen der Architekten Georg Christian Unger und Carl von Gontard entstehen ließ, war der Bedarf für derartig hohe und repräsentative Räumlichkeiten in Potsdam kaum vorhanden. Durch kleinere Zwischengeschosse, sogenannte Mezzanine, sollten, anders als im römischen Vorbild, auch bezahlbare und beheizbare Räume zur Verfügung stehen. Trotzdem wechselten die Mieter über die Jahrhunderte häufig. Im 19. Jahrhundert zogen Kunstvereine ein. Im März 1948 verfügte die sowjetisch kontrollierte Bezirksregierung, das stark kriegsbeschädigte Gebäude zu zerstören.

Heute residieren Impressionisten und Maler der frühen Moderne in dem wiederaufgebauten, eigentlich nie als Museum geplanten Palast. Zu sehen sind viele Hauptwerke der Künstler. Dass es so weit kam, ist dem Wunsch des Mäzens zu verdanken, der Stadt seine Kunstsammlung in einem würdigen Rahmen zu vermachen.

> Auch das Ausland ist begeistert von dem »großartigen Palast«

Das lockte Prominenz: Microsoft-Gründer Bill Gates kam zur Eröffnung, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte mit Blick auf die Unterlagen ihrer eingeplanten Rede: „Hier steht natürlich schon, dass ich begeistert bin." Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nannte das von Plattner mit privatem Geld im alten äußeren Gewand neu errichtete Palais mit seinen wechselnden Ausstellungen ein „Juwel im Herzen der Landeshauptstadt".

Potsdams frisch gekürter Ehrenbürger Plattner zeigte den Gästen die Höhepunkte der aktuellen Ausstellung – darunter die „Seerosen" oder „Der Seerosenteich", die der französische Impressionist Claude Monet 1904 malte. Der Stifter hatte im Vorfeld Geschichte und Herkunft der aus seiner Sammlung stammenden Kunstwerke überprüft, um Beutekunstvorwürfe auszuschließen.

Das Ankaufbudget der Sammlung gab er nicht bekannt, ebenso wenig die Kosten des Wiederaufbaus, die Experten auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag schätzen. Neben Plattner stellten 32 Leihgeber ihre musealen Schätze zur Eröffnung zur Verfügung. Zu den Impressionisten der aktuellen Eröffnungsschau „Impressionismus. Die Kunst der Landschaft" gehören Edward Munch und seine „Mädchen auf der Brücke" von 1902, die erst im November für rund 50,7 Millionen Euro im New Yorker Aktionshaus Sotheby's versteigert wurden, ebenso Werke von Pierre-Auguste Renoir (1841–1919), Gustave Caillebotte (1848–1894) und Eugène Boudin (1824–1898).

Das Museumskonzept gründet auf der Attraktivität von Wechselausstellungen anstelle einer Sammlung Plattner. Er selbst will das Haus als zweites Kunstmuseum der Stadt nach der Bildergalerie Friedrichs des Großen verstanden wissen. Nur wenige Bilder gehören dem Museum, so die DDR-Maler im Erdgeschoss aus der Sammlung des Gründermäzens.

Dazu zählen Werke von Werner Tübke (1929–2004), Willi Sitte (1921–2013) und Wolfgang Mattheuer (1927–2004). Die aktuelle impressionistische Ausstellung läuft noch bis zum 28. Mai. Wasseroberflächen von Meeren und Flüssen öffnen dem Auge der Betrachter neue Perspektiven. Aber auch Gärten, Felder und Winterlandschaften, wie sie die Impressionisten malten, sind zu sehen. Auf den „Wiesen von Veneux-Nadon" (1881 von Alfred Sisley) oder mit Blick auf „Die Blumenterrassen im Wannseegarten nach Süden" (1921 von Max Liebermann) lässt es sich vom Frühling träumen.

Die Auseinandersetzung um das 2012 von Plattner als Ort für ein Museum geplante Mercure Hotel ist verblasst. Seine Kritik am deutschen Kulturschutzgesetz, das 2016 den Bundesrat passierte, hingegen bleibt. Der Mäzen integrierte seine kostbarsten Bilder nicht in den Kernbestand des neuen Museums, aus Sorge, die international erworbene Kunst könnte nach dem neuen Gesetz zum nationalen Kulturgut erklärt und festgehalten werden. Eigentümer großer Kunstwerke wie Plattner fürchten, durch eine rigide Auslegung des Kulturschutzgesetzes regelrecht enteignet zu werden. Das Zentrum der privaten Sammlung des Stifters liegt daher in den USA.

Sverre Gutschmidt

Breitscheidplatz III

Von Vera Lengsfeld

Berlin liegt nach dem größten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik, nicht nur was die Witterung betrifft, unter einer Eisdecke. Auch politisch macht es einen tiefgefrorenen Eindruck. Das täuscht. Unter dem Eis zerfällt die Gesellschaft, die wir gewohnt waren, immer schneller. Das beunruhigt die Mehrzahl der Menschen existenziell. Doch die überwiegende Reaktion ist Angst und Wegducken vor den kommenden Gefahren. Es gibt keinen nennenswerten Widerstand.

Zwar war es vielen anonymen Beteiligten gelungen, vier verschiedene Gedenkorte an den Anschlag, drei am Breitscheidplatz und einen am Brandenburger Tor, zu installieren, und damit die Politiker zu zwingen, am 19. Januar, einen Monat nach dem Attentat, im Bundestag eine Gedenkminute zu Ehren der Opfer abzuhalten. Aber zu anderen Demonstrationen ist es nicht gekommen. Ebenso unauffällig, wie sie hingestellt wurden, sind alle Schilder, die einen Protest gegen oder Fragen an die Politik formuliert hatten, wieder verschwunden. Wenn auf einem Schild mit der üblichen Frage „Warum?"ergänzt wurde: „Merkel fragen", löste es sich über Nacht ebenfalls in Luft auf.

Keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Verein, kein aktiver Politiker rief zu einer Gedenk-Kundgebung am 19. Januar auf. Es war Eva Qistorp, die ehemalige EU-Abgeordnete der Grünen, die als Einzelkämpferin die Ehre der Berliner rettete und zu einer stillen Mahnwache am Anschlagort aufrief. Es waren nur knapp 30 Menschen, die an diesem bitter kalten Abend dem Aufruf folgten und zwischen 19.30 Uhr und 20.30 Uhr an die tödlichen Ereignisse erinnerten. Leider war auch niemand von den Angehörigen der Opfer erschienen, obwohl es vor allem um die Unterstützung ihrer Forderungen an Staat und Politik ging. Immerhin war der Kreis groß genug, um Aufsehen bei den Vorübergehenden zu erregen. Die Meisten verharrten, lasen die Transparente, stellten Fragen und statteten dem improvisierten Gedenkort einen kurzen Besuch ab.

Als die Sängerin Kera anhob, „Amazing Grace" zu singen, war das ein geradezu magischer Moment. Alle Passanten blieben stehen und lauschten der Kreolin aus Madagaskar. Mir kam in den Sinn, dass Gott geschworen hatte, Sodom und Gomorra zu verschonen, wenn sich nur zehn Gerechte darin fänden. Es hatten sich für Berlin immerhin fast 30 Gerechte eingefunden. Es wird sich in Zukunft zeigen, ob das gereicht hat, die Stadt vor künftigen Anschlägen zu bewahren. Um den fundamental-islamischen Terror erfolgreich zu bekämpfen, wird das Engagement einer kleinen Minderheit nicht genügen. Hier muss jeder Einzelne seine Angst überwinden und seine Stimme zur Geltung bringen. Die stillen Kerzenproteste können nur der Anfang sein. Laute, unüberhörbare Fragen an die Politik sind die notwendigen nächsten Schritte.

»R2G«: Vom Pilotprojekt zum abschreckenden Beispiel

Berlins rot-rot-grüne Rathaus-Koalition versinkt in Zank und Chaos – Was Vorbild für den Bund werden sollte, gerät zum Rohrkrepierer

Selbst Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hält den Start seiner Koalition für misslungen. Wie aus einer Sitzung des SPD-Landesvorstandes an die Öffentlichkeit gedrungen ist, sagte Müller: „Der Start von Rot-Rot-Grün ist vermasselt."

Das zum Pilotprojekt für den Bund stilisierte Bündnis steckt bereits nach wenigen Wochen in der Krise. Der Streit um den von der Linkspartei berufenen Staatssekretär Andrej Holm hat nicht nur neuerlich Zweifel an der Regierungsfähigkeit der Dunkelroten geweckt, sondern auch das Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern zerrüttet.

Nur einen Monat nach der Ernennung des Staatssekretärs, gegen den Stasi-Vorwürfe laut geworden waren, sah sich Müller gezwungen, gegenüber dem Koalitionspartner ein Machtwort als Regierungschef zu sprechen. Er forderte die zuständige Senatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) auf, die Entlassung ihres Staatssekretärs einzuleiten. Kurz zuvor hatte sich der Landesvorstand der Linkspartei noch ausdrücklich hinter Holm gestellt und von den Koalitionspartnern „klare politische Rückendeckung" eingefordert. Doch nicht nur zwischen den Parteien gibt es Streit.

> Linkspartei nährt Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit

Immer wieder kocht auch innerhalb der Berliner SPD der Machtkampf zwischen Parteichef Müller und dem Fraktionschef Raed Saleh hoch. Bereits kurz nach dem knappen Wahlsieg hatte Saleh in einem Gastbeitrag für eine Berliner Tageszeitung eine Analyse geliefert, die einer Kampfansage an Müller gleichkam. Vor Kurzem folgte nun eine Rede Salehs im Abgeordnetenhaus, die als neuer Angriff auf Müller gewertet wurde.

Auch wenn zwischenzeitlich wieder Harmonie demonstriert wird, in der SPD rumort die Gerüchteküche. Kolportiert wird, Müller wolle Saleh vom Fraktionsvorsitz vertreiben, andere Teile der Partei sehen noch in dieser Wahlperiode den Versuch Salehs kommen, Müllers Posten im Roten Rathaus zu übernehmen.

Vervollständigt wird das Bild von der Chaos-Koalition durch einen weiteren Faktor. Schon in der Vergangenheit war aufmerksamen Beobachtern aufgefallen, dass Grüne und Linkspartei oftmals nicht miteinander „können". Trotz zahlreicher Überschneidungen in der Programmatik sind sich einige Politiker der beiden linken Parteien persönlich spinnefeind, oder sie ignorieren sich bestenfalls. Abzuwarten bleibt, ob das kühle Verhältnis als Basis für die volle Legislaturperiode ausreicht. Gerade bei den pragmatisch orientierten Ost-Linken dürften die Vorbehalte gegen die Grünen wieder gewachsen sein.

So ging es in der ersten Vorlage, die Berlins neuer Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) dem Abgeordnetenhaus übermittelte, um „Toiletten aller Geschlechter" für öffentliche Gebäude. Derlei mag bei der grünen Stammklientel gut ankommen, insgesamt ist das Bild jedoch desaströs. Spätestens seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche ist die Sicherheit Thema Nr. 1. Die Berliner Grünen erwecken den Eindruck, als wären sie bei Themen wie der Videoüberwachung nicht lernfähig und würden stattdessen die erlangte Regierungsmacht vorzugsweise für die Umsetzung alter Lieblingsideen nutzen.

Inzwischen ist die Übertragung des Modells Rot-Rot-Grün auf den Bund nicht nur durch den missratenen Start in Berlin gefährdet. Auch die aktuellen deutschlandweiten Umfragewerte lassen das Projekt „R2G" auf Bundesebene zunehmend chancenlos erscheinen.

Laut dem Meinungsforschungsinstitut Emnid erreichen bei einer jüngst durchgeführten Umfrage CDU/CSU 36 und die SPD 21 Prozent. Während die Linkspartei auf elf Prozent zulegen konnte, sind die Grünen auf neun gesunken. Rot-Rot-Grün hätte somit keine Mehrheit im Bundestag, auch die Chancen für Schwarz-Grün schwinden.

> Selbst innerhalb der SPD rumort ein Machtkampf

Da für die FDP ein Zustimmungswert von sechs Prozent ermittelt wurde, könnte es für eine sogenannte Jamaika-Koalition, ein Regierungsbündnis aus Union, FDP und Grünen reichen. Zumindest nach aktuellem Stand heißt dies für die Grünen, dass ein Weg in die Bundesregierung in jedem Fall nur über eine Koalition mit der Union möglich ist.

Die frisch gewählten Spitzenkandidaten der Grünen, Katrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir, werden dabei eine besondere Herausforderung meistern müssen. Offenbar ist die CDU unter Angela Merkel so weit nach links gerückt, dass sie inzwischen auch für viele Grünen-Anhänger attraktiv geworden ist.

So hat eine Umfrage des Instituts Civey in Zusammenarbeit mit dem „Tagesspiegel" ergeben, dass sich 19,1 Prozent der Deutschen vorstellen können, zum ersten Mal in ihrem Leben die Union zu wählen. Ermittelt wurde zudem, dass die Wechselbereitschaft zugunsten der Union unter den Sympathisanten der Grünen am größten ist.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Serbische Grenze gut gesichert

Belgrad – Seit Juli vergangenen Jahres sind mehr als 18 500 Illegale an der Einreise nach Serbien gehindert worden. Zudem wurden in diesem Zeitraum 124 Schlepper von gemischten Einsatzgruppen aus Militär und Polizei festgenommen. Bei den Schleppern handelte es sich mehrheitlich um serbische Bürger, aber auch um Bulgaren, Pakistanis und Iraker. Die serbischen Grenzsicherheitskräfte werden von ungarischen, slowakischen und tschechischen sowie seit Kurzem auch von 20 österreichischen Polizisten unterstützt. Derzeit befinden sich rund 8000 Personen als vorgebliche Flüchtlinge in Serbien, von denen die meisten eine Weiterreise in ein EU-Land und vor allem nach Deutschland beabsichtigen. *J.H.*

Russland unterstützt OSZE

Moskau/Kiew – Russland will der OSZE eine bessere Überwachung des Krisengebiets in der Ukraine ermöglichen. Dazu teilte der russische Außenminister Sergej Lawrow mit: „Wir sind bereit, die Zahl der Beobachter an der Frontlinie und bei den Lagern zu erhöhen, ihre Anwesenheit ganztägig zu machen, ihnen zu ermöglichen, persönlich Schusswaffen zu tragen.“ Auch sollen den internationalen Beobachtern zukünftig Nacht-Patrouillen gestattet sein. Einen bewaffneten Polizeieinsatz der OSZE-Beobachter, wie dies von der Ukraine gefordert wird, lehnt Lawrow allerdings ab. *J.H.*

FPÖ-kritische Seite gesperrt

Wien – Facebook hat den Auftritt des linken Projekts „Blutgruppe HC Negativ“ gesperrt, die seit Jahren durch als Satire getarnte Hetze gegen die FPÖ aufgefallen war. Eine Nutzerin hatte den Betreibern der Seite eine Urheberrechtsverletzung vorgeworfen, woraufhin Facebook alle Administratoren und Editoren sperrte. Die Nutzerin ist auf einem Foto zu sehen, wie ihr die FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer mit einem Küsschen auf die Wange zum Geburtstag gratulieren. „Blutgruppe HC Negativ“ hatte die Frau durch das Gesicht von US-Präsident Donald Trump ersetzt. *J.H.*

Renaissance der Grenzbefestigungen

Die Hauptursachen: Immigrationsdruck, Schmuggel und Spannungen zwischen Nachbarstaaten

Nicht nur in Europa, sondern weltweit entstehen an den Grenzen immer mehr Mauern und Zäune. Und auch geschossen wird wieder häufiger an den Grenzen.

Das neue Jahr begann mit dem größten Massenansturm auf die beiden spanischen Exklaven in Marokko, Ceuta und Melilla. Mehr als 1000 Asylsucher waren am Neujahrsmorgen auf die beiden immer höher gezogenen Zaunwälle gestürmt und hatten versucht, auf den spanischen Teil der Grenze zu kommen. Nur zweien gelang es. Aber nicht nur an Europas Außengrenzen wachsen Mauern und Zäune wieder stark an. Auch an Europas Innengrenzen werden immer mehr Mauern und Zäune gebaut zur Schließung der Balkanroute, dem Haupteinfallstor der Massenzuwanderung der letzten Jahre, und das keinesfalls nur auf dem Balkan. Estland und Lettland wollen ebenfalls Zäune errichten an ihrer Grenze nach Osten.

Nach der Auflösung des wilden Immigrantenlagers von Calais nach 17 Jahren wird dort nun die „Grande muraille de Calais“ gebaut, die zukünftig Immigranten aus Eritrea, Somalia, dem Sudan oder Syrien davon abhalten soll, auf die Autobahn zu gelangen und sich auf einem Lastwagen zu verstecken oder an Bord einer Fähre nach England zu reisen. Die Mauer wird vier Meter hoch und einen Kilometer lang sein.

Seit dem Fall der Berliner Mauer sind von europäischen Staaten von Ceuta und Melilla in Nordafrika bis zum Nordkap in Norwegen neue Grenzbefestigungen errichtet worden. Ungarn hat einen Zaun an der Grenze zu Serbien hochgezogen. Griechenland baute einen Zaun an der Grenze zur Türkei. Einige Zäune sind auch unsichtbar wie der Zaun an der Grenze zwischen Österreich, Ungarn und der Slowakei. Über im Boden vergrabene Sender, die Erschütterungen an den nächsten Grenzposten melden, sollen illegale Grenzübertritte verhindert werden.





Die Massenzuwanderung über die Balkanroute führt dazu, dass nicht nur auf dem Balkan Staaten ihre Grenzen befestigen: Ungarn sichern die Staatsgrenze ihres Landes zu Serbien durch einen neuen, zweiten Zaun

Bild: Getty

Die wohl heißeste Grenze ist derzeit die Wohlstandgrenze zwischen den USA und Mexiko. US-Präsident Donald Trump ist nicht der Erste, der eine durchgehende Mauer an dieser Grenze plant. Seit Jahren nehmen die Todesopfer an dieser Grenze zu, die nicht nur für die illegale Immigration ihre Bedeutung hat, sondern auch für das internationale Verbrechen. 1994 sind 23 Menschen an dieser Grenze gestorben, zwischen 1998 und 2013 mehr als 6000, die meisten davon beim Drogenschmuggel, nicht beim Versuch der illegalen Einwanderung. Mexiko seinerseits plant einen Zaun an der Grenze zu Guatemala, um die Immigration aus dem Rest Lateinamerikas vom Süden her abzuriegeln. Tunesien hat einen 200 Kilometer langen Zaun zu Libyen bauen lassen, um die islamistische Terrorgefahr abzuwenden. Brasilien hat 2013 angekündigt, seine gesamte 17 000 Kilometer lange Grenze mit Zeppelinen, Drohnen und Hubschraubern überwachen zu wollen.

Ein Vorbild für Brasilien war Indien, das einen 4000 Kilometer langen Zaun gebaut hat, um sich von Bangladesch, dem dichtbesiedeltsten Land der Erde, abzuschirmen. Jedes Jahr werden im Schnitt 100 Bengalen beim Versuch, über den Zaun zu klettern, von der indischen Grenzwache erschossen. Indien will außerdem die mehr als 3300 Kilometer lange Grenze zu Pakistan besser schützen. 2010 hat Israel begonnen, einen 220 Kilometer langen Zaun an der Grenze zu Ägypten zu bauen gegen illegale Immigranten aus Afrika. Zur Abwehr möglicher Infiltranten hatte Israel bereits vorher an seiner Grenze zum Gazastreifen automatische Waffensysteme installiert. Seit 2010 sollen allein um Gaza 200 Menschen so den Tod gefunden haben. Auch Südkorea setzt seit 2010 automatische Waffen an der Grenze zu Nordkorea ein, hier ist die Zahl der Toten allerdings nicht bekannt. *Bodo Bost*

Litauen plant Grenzzaun zum Königsberger Gebiet

Litauen will einen Grenzzaun zum Königsberger Gebiet errichten. Das Sperrwerk soll laut offiziellen Verlautbarungen zum einen „der Sicherheit dienen“ und zum anderen den Schmuggel unterbinden. Wie der litauische Innenminister Eimutis Misiunas gegenüber einem Nachrichtenportal äußerte, mache die Entscheidung deutlich, dass man in Russland einen „potenziellen Aggressor“ sähe. Der Zaun würde in Zukunft verhindern, dass russische Grenzbeamte illegal auf litauisches Gebiet vorstoßen und dort beispielsweise litauische Grenzbeamte wegen einer vorgeblichen Grenzverletzung entführen könnten. Relevanter scheint freilich dem Minister die Unterbindung des Alkohol- und Zigarettenschmuggels aus dem Königsberger Gebiet zu sein, der den litauischen Staat um erhebliche Steuereinnahmen bringen dürfte.

Die Republik Litauen und das Königsberger Gebiet haben eine gemeinsame Festlandsgrenze von gut 250 Kilometer Länge, über deren genauen Verlauf abseits der Memel erst im Vorjahr nach einem halben Jahrzehnt zäher Verhandlungen Einigkeit erzielt werden konnte. Bis heute gibt es dort daher keine physischen Grenzhindernisse, sondern lediglich Grenzmarkierungen und einen gesäuberten Kontrollstreifen, auf dem Grenzverletzer beim Übertreten Spuren hinterlassen, die dann durch die Grenzschützer festgestellt werden können. Der Zaun soll sich über eine Länge von 135 Kilometern vom Wystyter See am sogenannten Dreiländereck bis zur Memel erstrecken – für den Grenzverlauf am Fluss selbst sind nach Angaben Misiunas' keine weiteren Sperranlagen geplant. Maßnahmen zur Verminderung der ökologischen Schäden durch die Zerschneidung des bisher einheitlichen Lebensraumes, etwa in Form von Tierbrükken, sind nicht vorgesehen.

Für den Bau des Zaunes, der voraussichtlich im Frühjahr beginnen und noch innerhalb dieses Jahres abgeschlossen werden soll, wurden im neuen Haushalt 3,6 Millionen Euro bereitgestellt. Wilna hoffte offenbar, dass die EU darüber hinausgehende Kosten tragen würde, biss aber in Brüssel auf Granit. Kommissionssprecherin Tove Ernst beschied, dass der Schutz der EU-Außengrenzen von den einzelnen Mitgliedsländern zu tragen und daher auch von Litauen selbst zu finanzieren sei. Inwieweit Wilna nun seine Pläne aufrechterhalten will, im nächsten Jahr den weiteren Grenzverlauf sowohl an der Memel- wie an den Ostgrenzen mit elektronischen Überwachungssystemen auszustatten, wofür Misiunas seinem Wahlvolk bereits Brüsseler Hilfe in Aussicht gestellt hatte, bleibt nach dieser Abfuhr abzuwarten. *Thomas W. Wyrwoll*

Deutschland, der gehorsame Zahler

Namibische Volksgruppen fordern Entschädigung für Entrechtung und Opfer während der deutschen Kolonialherrschaft

Deutschland soll wieder einmal zahlen. Am 6. Januar wurde es amtlich: Mehrere namibische Volksgruppen verlangen von Deutschland Entschädigung. Zur Vorgeschichte gehören auch die Massaker an 108 deutschen Siedlern, nach heutigen Maßstäben terroristische Aktionen, die 1904 die Regierung des Deutschen Reiches bewogen haben, deutsche Truppen gegen die Herero einzusetzen. Dies hat allerdings nachweislich bei Weitem nicht zu den Opferzahlen geführt, die im Zuge der Entschädigungsforderungen im Raum stehen.

Gleichwohl haben Vertreter der Volksgruppen der Herero und Nama aus Namibia in New York eine Sammelklage gegen Deutschland eingereicht, um Entschädigungszahlungen wegen des angeblichen Völkermords zu erreichen. In der Klage heißt es, in der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft über das damalige Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) sei zwischen 1885 und 1903 ein Viertel des Landes der Herero und Nama mit Einverständnis der Kolonialbehörden von deutschen Siedlern enteignet worden. Geduldet von den Kolonialbehörden hätten die Siedler Frauen und Mädchen vergewaltigt und der Bevölkerung Zwangsarbeit auferlegt. Bei einem 1904 einsetzenden Aufstand habe der deutsche General Lothar von Trotha einen Vernichtungsfeldzug geführt, in dem 100 000 Herero und Nama getötet worden seien.

Die Klageführer geben an, dass sie im Namen „aller Herero und Nama weltweit“ auftreten. Sie verlangen „Entschädigung für den Völkermord“, der damals unter der deutschen Kolonialverwaltung verübt worden sei. Herero-Chef Vekuii Rukoro hatte im Oktober 2016 bei einem Aufenthalt in Berlin angekündigt, dass die namibischen Volksgruppen von der Bundesregierung Entschädigungszahlungen verlangen würden. Eine Entschuldigung genüge nicht.

> Zahlungen auch bei Scheitern der Klagen wahrscheinlich

Das Berliner Auswärtige Amt führte ab 2014 mit der Regierung in Windhuk Gespräche über die Aufarbeitung der Gräueltaten. Zwar bezeichnete die Bundesregierung die Massaker als Völkermord, lehnte Entschädigungszahlungen und unmittelbare Verhandlungen mit den Herero und Nama bisher aber ab, weil die historischen Ereignisse erst seit Inkrafttreten der UN-Völkermord-Konvention 1951 als Genozid eingestuft werden könnten. Herero-Chef Rukoro und Nama-Chef David Frederick sehen dies anders und verlangen außerdem, dass Vertreter ihrer Gruppen in Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias einbezogen werden.

Nachdenklich stimmt, dass die Klage in New York eingereicht wurde. Dass sich die Vereinigten Staaten selbst als „Weltgerichtshof“ verstehen, ist eine Sache. Eine andere ist, ob ein wirklich souveränes Land einen Gerichtsstand New York akzeptieren würde. Reparationsansprüche aus Kriegsereignissen stehen zudem völkerrechtlich lediglich dem verletzten Staat und nicht Einzelpersonen oder auch Personenmehrheiten zu. Zivilrechtliche Klagen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen beziehungsweise schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts haben in der Staatenpraxis bislang jedenfalls keinen Erfolg gehabt. Die in New York eingereichten Klagen der beiden namibischen Volksgruppen müssten nach allen bisher ergangenen vergleichbaren Entscheidungen ins Leere gehen.

Nachdem die Pforten neuer Entschädigungsforderungen gegen Deutschland geöffnet sind, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich weitere Geschädigtengruppen formieren, um ihrerseits Forderungen geltend zu machen. Erinnert sei an den Boxeraufstand in China von 1899 bis 1901 oder den Maji-Maji-Aufstand im Süden Deutsch-Ostafrikas in den Jahren 1905 bis 1907. US-amerikanische Anwälte erinnern sich bestimmt. Ganz sicher wittern sie schon ihre Chance.

Doch es stellt sich noch eine andere Frage: Warum werden immer nur Forderungen gegen Deutschland geltend gemacht, warum nicht welche gegen Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande, das Osmanische Reich, Belgien, Japan und andere ehemalige Kolonialmächte? Warum werden die arabischen Staaten niemals wegen des Sklavenhandels, der fest in ihrer Hand war, in die Pflicht genommen? Die Antwort dürfte auf der Hand liegen: Anders als andere Staaten wird Deutschland zahlen – vielleicht nicht individuell, aber doch in einen Entschädigungsfonds. *Wilhelm Kreuer*

Sorgenkind Afrika

Geografisch ein Riese, wirtschaftlich ein Zwerg – Der Schwarze Kontinent kommt nicht auf die Beine

Angesichts des rapiden Bevölkerungswachstums auf dem afrikanischen Kontinent wäre eigentlich ein extrem hohes Wirtschaftswachstum notwendig. Nach gut einem halben Jahrhundert Entwicklungshilfe ist Afrika in wirtschaftlicher Hinsicht allerdings immer noch ein Zwerg.

Auch wenn immer wieder vom „Zukunftsmarkt Afrika" geredet wird, ist die wirtschaftliche Lage des Kontinents ernüchternd. Derzeit leben in Afrika gut 16 Prozent der Weltbevölkerung, aufsummiert tragen alle 54 afrikanischen Länder lediglich drei Prozent zum Gesamt-Bruttoinlandsprodukt der Welt bei. Zum Vergleich: Frankreich erwirtschaftete im Jahr 2014 ein Bruttoinlandsprodukt von 2,849 Billionen Dollar – ganz Afrika nur 2,427 Billionen.

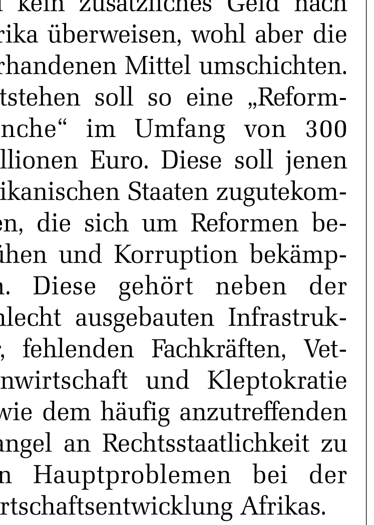
Ein relativ hoher Anteil an der afrikanischen Wirtschaftskraft entfällt auf die beiden Schwergewichte Nigeria und Südafrika. Unbestritten ist das wirtschaftliche Potenzial des Kontinents: So sind im Subsahara-Afrika in den letzten Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von über fünf Prozent erreicht worden. Die Industrieländerorganisation OECD geht auch für das Jahr 2017 von einem Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent aus. Angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung sind allerdings Wachstumswerte in völlig anderen Dimension nötig. Während im weltweiten Durchschnitt die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer mittlerweile auf 2,5 Kinder abgesunken ist, liegt der Wert für afrikanische Frauen im Schnitt bei 4,7 Kindern.

Bleibt es bei den hohen Geburtenzahlen, dann wird sich die Bevölkerung Afrikas von derzeit 1,3 Milliarden bis zum Jahr 2050 auf bis zu 2,6 Milliarden verdoppeln und bis zum Ende dieses Jahrhunderts möglicherweise sogar auf mehr als sechs Milliarden Menschen ansteigen. Der Ökonom und Soziologe Gunnar Heinsohn hat inzwischen mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass mit einem derartigen Bevölkerungswachstum massive, auch gewaltsam ausgetragene Verteilungskämpfe in den betroffenen Gesellschaften, aber auch für die übrige Welt drohen. So beträgt das Durchschnittsalter in Afrika derzeit 18 Jahre. Entsprechend stark sind in den ohnehin wirtschaftlich nur schwach entwickelten Ländern Afrikas der Kampf um Arbeitsplätze und der Wunsch nach Auswanderung.

Welche Dimensionen dieses Problem schon in einigen Jahren annehmen wird, machen Berechnungen für Subsahara-Afrika deutlich. Für diesen Teil Afrikas wird prognostiziert, dass schon in den nächsten 15 Jahren 370 Millionen Heranwachsende zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Bis zum Jahr 2050 könnte die Zahl sogar auf mehr als 800 Millionen zusätzliche Jobsuchende anwachsen.

> »Marschallplan« für Afrikas ökonomische Entwicklung vorgelegt

Erste Vorboten dieser Bevölkerungsexplosion treffen inzwischen immer stärker auch Europa. Erst vor Kurzem sorgte eine Analyse des österreichischen Militärgeheimdienstes für Schlagzeilen, in der vor einer neuen Zuwanderungswelle vor allem aus Nigeria, dem Kongo, dem Sudan und Äthiopien gewarnt wurde. Als Grund angeführt wurde von den Geheimdienstlern, dass der Arbeitskräfteüberhang in den wichtigsten Migrations-Herkunftsländern Afrikas schon bis 2020 auf weitere 15 Millionen Personen anwachsen könnte.



Ob die Folgen dieser Entwicklung überhaupt noch durch eine herkömmliche Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung spürbar abgemildert werden können, bleibt abzuwarten. Nach dem Vorbild des Marshall-Plans für Nachkriegseuropa hat Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) unlängst ein Konzept für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas vorgelegt. Müller will dabei kein zusätzliches Geld nach Afrika überweisen, wohl aber die vorhandenen Mittel umschichten. Entstehen soll so eine „Reformtranche" im Umfang von 300 Millionen Euro. Diese soll jenen afrikanischen Staaten zugutekommen, die sich um Reformen bemühen und Korruption bekämpfen. Diese gehört neben der schlecht ausgebauten Infrastruktur, fehlenden Fachkräften, Vetternwirtschaft und Kleptokratie sowie dem häufig anzutreffenden Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu den Hauptproblemen bei der Wirtschaftsentwicklung Afrikas.

Angekündigt hat Müller auch, die Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne bekämpfen zu wollen, durch die Afrika jährlich hohe Milliardenbeträge verloren gehen. Absehbar ist ebenso ein Vorstoß, in der EU den Posten eines Afrika-Kommissars zu schaffen, der sich um Vorhaben wie einen Freihandelsvertrag zwischen der EU und den afrikanischen Mittelmeer-Anrainern kümmern soll. Dem Afrika-Konzept des Entwicklungshilfeministers werden in den kommenden Monaten mit Sicherheit weitere Initiativen folgen.

Deutschland, dass in diesem Jahr den Vorsitz der Industrie- und Schwellenländer-Gruppe G 20 übernommen hat, will Afrika zu einem Schwerpunktthema machen. Bereits im vergangenen Jahr hatte auch EU-Kommissar Jean-Claude Juncker einen Marshall-Plan für Afrika angekündigt und in Aussicht gestellt, dass ab 2017 insgesamt 88 Milliarden Euro an Investitionshilfen für Afrika mobilisiert werden sollen.

Norman Hanert



Ein florierender Handel ist in Afrika die Seltenheit: Marktszene in Madagaskar mit üppigem Angebot   Bild: action press

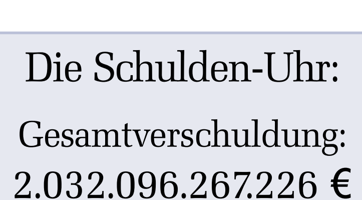
MELDUNGEN

Gazprom liefert Rekordmenge

Moskau/Berlin – Deutschland ist der wichtigste Auslands-Kunde des russischen Staatskonzerns Gazprom. Trotz der diplomatischen Spannungen zwischen Russland und dem Westen hat Deutschland bei Gazprom im Jahr 2016 so viel Erdgas eingekauft wie nie zuvor. Wie die Konzernleitung mitteilte, ist die Menge im Vergleich zum Vorjahr auf den Rekordwert von 49,8 Milliarden Kubikmeter gestiegen, ein Anstieg um etwa neun Prozent. Laut Gazprom hat es in der ersten Januarhälfte im Vergleich zum Vorjahr bereits um 21 Prozent höhere Gasexporte nach Deutschland gegeben. *J.H.*

Italien kauft griechische Bahn

Rom/Athen – Die staatlichen italienischen Eisenbahnen haben für 45 Millionen Euro die marode griechische Staatsbahn Trainose gekauft. Der vergleichsweise niedrige Kaufpreis ist Folge des schlechten Zustandes der griechischen Eisenbahn-Infrastruktur. Die Privatisierung der griechischen Staatsbahn ist Bestandteil des griechischen Spar- und Reformprogramms und Voraussetzung für weitere Hilfen der Gläubiger des hoch verschuldeten Landes. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.096.267.226 €
Vorwoche: 2.277.801.694.372 €

Verschuldung pro Kopf:
24.729 €
Vorwoche: 27.434 €

(Dienstag, 24. Januar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ski-Orte stellen sich um

Schneemangel, veränderte Kundenwünsche: Flexibilität ist gefragt

Zumindest war der Januar einigermaßen kalt. Für den Tourismus in den Skigebieten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz war dies eine gute Nachricht. Die Nachfrage nach kurzfristigen Buchungen sei angestiegen, heißt es unisono. Das sah vor Weihnachten noch ganz anders aus.

Selbst in Höhen von 1500 Metern herrschten Temperaturen um fünf Grad plus. Trotz Kunstschnees waren Talabfahrten daher vielerorts nicht möglich. „Nur etwa 80 Prozent der Betten waren belegt", teilt die österreichische Tourismusbehörde mit und spricht von „einem Trend, den man langsam nicht mehr als ungewöhnlich bezeichnen kann".

In den vergangenen Jahren seien die Winter zu warm gewesen, für diesen Winter sei es aber noch zu früh, ein Fazit zu ziehen. Der Januar ist zwar generell kalt, aber nicht unbedingt schneereich. In allen Wintersportorten sind die Schnee-Kanonen im Einsatz, die den drei Marktführern Millionenumsätze bescheren.

Vor Ort stellt man sich auf einen Wandel des Angebots ein. Die klassische Herberge mit Frühstück und Abendessen reiche heute nicht mehr aus, erklärt der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband. Das Konsumverhalten habe sich geändert, entsprechend müssten die Angebote flexibler werden.

Vorbild ist Ischgl in Österreich. Vor allem junge Menschen feiern den Ort als „Ibiza der Alpen". Namhafte Sänger und DJs machen dort ihre Aufwartung, die Kneipen und Diskos sind rappelvoll. „Wenn mal ein, zwei Tage schlechtes Wetter ist, macht das nicht mehr so viel aus", teilt die Pressestelle der Gemeinde mit. Im Klartext heißt dies, dass der reine Wintersport unwichtiger wird, das Drumherum aber immer interessanter. „Das Gesamtpaket muss stimmen", sagt eine Mitarbeiterin von Österreichs Tourismusbehörde, „mehr Wellness, mehr Party, mehr Action".

> »Mehr Party, mehr Wellness, mehr Action«

Weniger laut als in Ischgl, Sölden oder Schladming vollzieht sich der Wandel im Schweizer Nobelort Sankt Moritz. Auch dort sind die vergangenen Winter durchwachsen ausgefallen. Mondäne Hotels werben daher mit großzügigen Saunalandschaften, geführten Bergwanderungen und einem Ganzjahresbetrieb der Sommerrodelbahn. „Es geht im Endeffekt darum, das Angebot flexibel zu halten und an das jeweilig Wetter anpassen zu können", so die Stadtverwaltung: „Natürlich ist der klassische Skisport immer noch wichtiger Bestandteil einer Urlaubsbuchung, aber nicht mehr der entscheidende."

Unter dieser Entwicklung leiden die Sportartikelhersteller. Wer nicht weiß, ob er auch sicheren Schnee hat, verzichtet zunehmend auf den Kauf von Skiern. „Bei der Ausrüstung ist die Lage schwieriger geworden", klagt Bastian Tielmann vom Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie (BSI) gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Je später der Winter kommt, desto früher greifen die Händler zu Buntstiften und setzen die Preise runter."

Inzwischen leihen zwei Drittel der Kunden ihre Ski, nur noch ein Drittel kauft: „Gerade für Menschen, die nur einmal im Jahr fahren und dann nicht wissen, wie die Schneelage ist, ist dies eine echte Alternative." Die Branche müsse reagieren. Denn Geld verdienen wollen alle. „Das Leihen wird sicherlich teurer werden", glaubt der BSI. *Peter Entinger*

Was wusste Tajani?

Rom und Berlin streiten über Abgasskandal: Vorwürfe gegen Fiat

Im Streit um einen Rückruf von Automodellen des Herstellers Fiat-Chrysler (FCA) wird der Ton zwischen Berlin und Rom rauer. Im Interview mit der „Bild am Sonntag" hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die Forderung erhoben, Autos mit illegalen Abschalteinrichtungen bei der Abgasreinigung von Fiat-Chrysler zurückzurufen.

Hintergrund ist der Vorwurf von deutscher Seite, ähnlich VW nutze auch Fiat Möglichkeiten zur illegalen Abgasmanipulation. Berlin kritisiert zudem, der Autobauer und die italienischen Behörden weigerten sich bisher, an einer Aufklärung mitzuwirken. Dobrindts Vorwürfe haben in Italien heftige Reaktionen ausgelöst.

So stichelte Sergio Marchionne, Chef des amerikanisch-italienischen Autobauers, in einem Interview mit italienischen Medien: „Wer uns mit dem deutschen Unternehmen vergleicht, hat etwas Illegales geraucht." Auch Italiens Verkehrsminister Graziano Delrio konterte im empörten Ton: „Man gibt einem souveränen Land wie Italien keine Befehle."

Das Verkehrsministerium in Rom führt an, man habe eigene Tests am Modell Fiat 500X durchgeführt und sei dabei auf keine Manipulationen bei den Abgaswerten gestoßen. Nach Angaben Roms ist den deutschen Behörden auch ein detaillierter Bericht übermittelt worden, zudem kooperiere man in der Angelegenheit mit der EU-Kommission.

Nicht zuletzt die Wahl des ehemaligen EU-Kommissars für Industrie Antonio Tajani (siehe S. 24, Zur Person) zum neuen Präsidenten des EU-Parlaments hat dazu geführt, dass in vielen Medien erneut auch die Rolle der Brüsseler Kommission in Sachen Abgasmanipulation kritisch beäugt wird. Bereits 2016 sind Berichte aufgetaucht, wonach Beamte der EU-Kommission womöglich schon 2010 Hinweise auf entsprechende Manipulationspraktiken in der Autoindustrie gehabt haben.

> Schulz-Nachfolger war EU-Kommissar für Industrie

So hatte der „Spiegel" über interne Dokumente der EU-Kommission aus dem Jahr 2010 berichtet, in denen es um Manipulationen und Abweichungen zwischen den Emissionswerten bei der Typenzulassung und im alltäglichen Fahrbetrieb ging. Vorwürfe sind insbesondere gegen den damaligen EU-Industriekommissar laut geworden.

Laut Recherchen der „Wirtschaftswoche" ist Tajani bereits im Juli 2012 von einem Manager eines Autozulieferers über Softwaremanipulationen bei Abgasmessungen informiert worden. Im Raum steht sogar der Vorwurf, Tajani habe im November 2015 über einen Internetdienst die Kontaktdaten des Hinweisgebers öffentlich gemacht und den Manager damit bloßgestellt.

Wie ebenfalls die „Wirtschaftswoche" berichtet hat, waren Mitarbeiter der EU über die Untätigkeit der Brüsseler Kommission derart verärgert, dass sie Hinweise zu Abgasmanipulationen an die US-Umweltorganisation ICCT weitergegeben haben. Diese Informationen sollen den Anstoß zu Ermittlungen des US-Umweltamtes Epa gegeben haben. Bereits seit dem vergangenen Jahr beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments mit der Frage, ob die Brüsseler Kommission und nationale Regierungen bei Manipulationen der Emissionswerte von Dieselfahrzeugen zu lange weggeschaut haben. *N.H.*

Keine Rolle

Von Jan Heitmann

Gern werfen ihre Gegner der AfD vor, sich medienwirksam in die Opferrolle zu begeben. Dabei spielt die AfD nicht die Opferrolle. Sie muss sie auch gar nicht spielen, denn sie ist Opfer. Nicht nur, dass ihre Funktionäre und rechtmäßig gewählten Abgeordneten regelmäßig Ziel nicht nur verbaler Attacken werden (siehe S. 3), sie wird auch systematisch in den Parlamenten und aus dem politischen Diskurs in der Gesellschaft ausgegrenzt.

In Hamburg beispielsweise verweigern die anderen Fraktionen der AfD, die 2015 mit immerhin 6,1 Prozent der Stimmen in das Landesparlament eingezogen ist, seit fast zwei Jahren den ihr zustehenden Sitz in der Härtefallkommission. Und das mit Steuergeldern finanzierte Bürgerhaus Wilhelmsburg, ein beliebtes Veranstaltungszentrum für Parteien, weigert sich, der AfD-Bürgerschaftsfraktion Räume zu vermieten, die es dafür umso lieber vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Vereinigungen zur Verfügung stellt. Dass die anderen Rathaus-Parteien auch an diesem gravierenden Verstoß gegen die demokratischen Grundregeln kaum etwas auszusetzen haben, passt voll ins Bild.

Die AfD ist das Opfer von politischer Intoleranz, einem mehr als fragwürdigen Demokratieverständnis und widerwärtiger Verlogenheit. Denn diejenigen, die sie von ihren demokratischen und parlamentarischen Rechten auszuschließen versuchen, sind ausgerechnet diejenigen, die diese Rechte am lautesten beschwören.

Einer hat Mumm

Von Harald Tews

Man stelle sich vor, ein zum Staatsekretär ernannter Politiker war in seiner politisch verwirrten Jugend kurze Zeit Mitglied einer rechtsradikalen Organisation. Dann wäre Andrej Holm einer der ersten gewesen, der lauthals dessen Rücktritt gefordert hätte. Dass er selbst nach dem Abitur bis zum Ende der DDR Mitarbeiter beim MfS war, schien ihm eine verzeihliche Jugendsünde zu sein. Der Versuch, dieses kleinzureden, scheiterte. Er trat von seinem Posten als Berliner Staatssekretär für Wohnen erst auf Druck der Öffentlichkeit zurück.

Ein Protestaufschrei der intellektuellen Szene gegen Holm blieb jedenfalls aus. Von daher ist die Stellungnahme bemerkenswert, mit welcher der frühere DDR-Dissident Mario Röllig an die Öffentlichkeit ging: „Nach seinem (Holms) Rücktritt die Schuld der Öffentlichkeit, … Journalisten und den Koalitionspartnern … zu geben, zeigt, dass selbst 27 Jahre nach der Deutschen Einheit die Tradition der tschekistischen Erziehung … des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit bei ihm noch nachwirkt.“

Röllig saß als politischer Häftling im DDR-Gefängnis. Seine Geschichte ist aktuell in der Doku „Der Ost-Komplex“ im Kino zu sehen. Seine Anti-Holm-Aussage ist vielleicht auch Werbung für den Film. Trotzdem ist sie eine couragierte Tat in Zeiten, in denen viele die Hose voll haben.

Merkel in der Russland-Falle

Von Norman Hanert

Schon mehrfach hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Freund und Feind mit abrupten politischen Kurswechseln überrascht. Wohlmeinende Beobachter haben ihre „Flexibilität“ gelegentlich als ein „Fahren nach Sicht“ gedeutet. Bei vielen konservativen Kritikern gehört der Hinweis auf eine Prinzipienlosigkeit Merkels mittlerweile zum Standard. Das Bild von der Politikerin, die nicht festzulegen ist, stimmt allerdings nur bedingt. So hält Merkel an ihren Rettungsversuche für den Euro seit Jahren hartnäckig fest, obwohl mittlerweile immense politische und finanzielle Folgekosten drohen.

Völlige Unflexibilität kennzeichnet mittlerweile auch die Russland-Politik der Kanzlerin. Zusammen mit dem französischen Präsidenten ist Merkel inzwischen die treibende Kraft in der EU, die sich immer wieder für eine Verlängerung der Sanktionen stark macht. Ähnlich wie bei der Euro-Rettung ist ein Erfolg äußerst fraglich, während die Kosten immer weiter steigen. So hat Deutschland nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) die Russland-Sanktionen bereits mit dem Verlust von 97000 Arbeitsplätzen bezahlt. Für die gesamte EU haben die österreichischen Ökonomen einen Exportverlust von rund 18 Milliarden Euro errechnet, der 400000 Arbeitsplätze gekostet haben dürfte. Längst entwickeln die Sanktionen auch eine Spaltwirkung in der EU. Länder wie Ungarn und die Slowakei drängen auf ein Ende der Maßnahmen, die sich immer stärker als Selbstbestrafung entpuppen, ohne dass sich das beabsichtigte Ergebnis einstellen will.

Die Russland-Politik Merkels droht sich allerdings noch aus einem anderen Grund als politische Sackgasse herauszustellen: Relativ schnell könnte auf die Kanzlerin die Frage zukommen, wie sie aus ihrer bislang verfolgten Russland-Politik einen gesichtswahrenden Ausweg findet. Bisher konnte sich Merkel bei ihrem Kurs nämlich der Rückendeckung aus Washington und Paris sicher sein. Stattdessen droht bald eine neuerliche Isolierung der Bundesregierung. US-Präsident Donald Trump hat bereits signalisiert, dass er gegenüber Russland auf einen nichtkonfrontativen Kurs umschwenken will. Auch bei den bald anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich vertreten die beiden derzeit chancenreichsten Kandidaten eine Politik der Annäherung an Russland.

So lässt die in vielen Umfragen führende Marine Le Pen (Front National) keine Zweifel daran aufkommen, dass sie für einen Ausgleich und eine Kooperation mit der östlichen Großmacht steht. François Fillon, der für die Partei „Les Républicains“ (Die Republikaner) ins Rennen geht, gilt seit seinem ersten Zusammentreffen mit Wladimir Putin im Jahr 2008 sogar als persönlicher Freund des russischen Präsidenten. Deutlich hat der konservative Fillon die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland als eine „verrückte Geste“ bezeichnet.



Der konservative Kandidat fürs französische Präsidentenamt könnte, gemeinsam mit anderen EU-Ländern, Merkels Blockadepolitik gegen Russland ein Ende bereiten: François Fillon gilt als ausgemachter Putin-Freund

Bild: pa

Gegenwind



Wie totalitäre Ordnungen entstehen

Von Florian Stumfall

Im Dämmerlicht seiner beruflichen Tätigkeit brachte es der Fernseh-Journalist Ulrich Wikkert noch zum Werbeträger in seinem angestammten Medium. Bei einem seiner Auftritte ging es dabei um irgendein hochsoziales und gutmenschliches Anliegen, das längst vergessen ist. In Erinnerung dagegen blieb die zentrale Aussage, die, annähernd wörtlich, so lautete: „Wir sind alle gleich. Deshalb sollen die Starken den Schwachen helfen.“ Rührend, nicht wahr? Nur, weder Wickert noch dem zuständigen Redakteur oder demjenigen, der den Spot in Auftrag gegeben hatte, schien aufgefallen zu sein, wie viel Widerspruch man in zwei kurzen Sätzen unterbringen kann.

Wie ist das? Wir sind alle gleich? Wieso gibt es dann Stärkere und Schwächere? Irgendwo muss ein Fehler vorliegen. Natürlich, aber dass er nicht ausgemerzt wurde, liegt an der alles bezwingenden propagandistischen Kraft des Wortes „Gleichheit“. Es bezieht die Weihe der Unantastbarkeit als eines der Schlagwörter der Französischen Revolution, von denen die anderen beiden ein schmähliches Schicksal erlitten haben, die Freiheit, weil sie durch die Revolution selbst ausgemerzt wurde, und die Brüderlichkeit, weil sie sich als ein schwaches, hohles, wirkungsloses Wunschdenken erwies.

Bleibt also die Gleichheit und, zugegeben, irgendetwas ist schon dran. Die Menschen sind, jedenfalls nach der Überzeugung, die im europäischen Kulturkreis herrscht, alle gleich an Rechten wie dem auf Leben und dem Streben nach Glück, dem Recht auf Eigentum und demjenigen, seine Meinung zu sagen. Und vor Gericht, heißt es, sollen die Menschen gleich sein, obwohl das Prinzip hier schon bröckelt; so wird der Ersttäter schonender behandelt als ein amtsbekannter Serientäter.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Was aber die Menschen außerhalb ihrer staatspolitischen Funktion, also die eigentlichen Menschen angeht, so hat die Gleichheit völlig ausgedient. Wer einem anderen eines seiner zahlreichen Kennzeichen zum Nachteil gedeihen lässt, das muss als selbstverständlich gelten, der tut Unrecht, genauso Unrecht aber tut, wer die Unterschiede leugnet.

Ja, und es gibt Männer und Frauen, wenn uns auch der Gender-Wahnsinn das ausreden möchte. Alles nur Erziehung und manipuliertes Bewusstsein, heißt es da. Das Problem der zwei Geschlechter wäre sofort behoben, wenn man den kleinen Knaben nur Puppen zum Spielen gäbe und den Mädchen einen Werkzeugkasten. Was dann an Unterschieden noch manifest werden könnte, wäre allenfalls ein Fall für die Chirurgie. Gleichheit also bis hin zur Selbst-Identifizierung, die nicht mehr von der biologischen Wirklichkeit, sondern auf dem Operationstisch entschieden wird.

Doch hier taucht unvermittelt ein Problem auf. Der Schritt, den die Gleichheits-Ideologie aufs Gebiet der Sexualität getan hat, bedeutet den Zerfall des bislang unzerstörbaren Grundsatzes von der Gleichheit alles Ungleichen und führt zu einem Triumph der Unterscheidung, einem bis zu diesem Zeitpunkt verabscheuten Denkmuster. Was hat einen solchen Kulturbruch verursachen können?

Paradoxerweise ist daran eine der fortschrittlichsten Maßnahmen schuld, derer sich die Menschheit erfreuen darf. Denn Schwulen- und Lesben-Verbände haben in Zusammenarbeit mit „Facebook“ zunächst das gebotene Ärgernis genommen, das darin besteht, dass jeder, der sich dort registrieren will, genötigt ist, über sein Geschlecht Auskunft zu geben: männlich oder weiblich. Das aber ist diskriminierend, weil es die ganze große Palette weiterführender Möglichkeiten außer Acht lässt. Daher hat man das Thema ausgelotet und festgestellt, dass es nicht zwei Geschlechter gibt, auch nicht drei oder fünf, sondern insgesamt ihrer 60.

Da gibt es die Möglichkeiten „Mann-zu-Frau“, „binär“, „Pangender“ oder auch „Transmensch“. Welch ein Fortschritt gegenüber der bisherigen reaktionären Auffassung, es gebe Mann und Frau! Die Möglichkeiten, die sich durch Kombinationen ergeben, erscheinen zudem fast grenzenlos. Wer heute will, kann sich also darstellen, sagen wir einmal, als „Transfrau, androgyn, impotent, Aszendent Senk- und Spreizfuß“. Ganz zu schweigen davon, was sich an Variationen für ein fortschrittliches, politisch korrektes Sexualleben ergibt, gerade jetzt, in den Wochen des Karnevals!

Zurück zur Gleichheit unter den Menschen. Der Ausgriff auf den Genderismus mit all seinen Auswüchsen widerspricht der Ideologie des Egalitarismus nur auf den ersten Blick. Denn die Groteske einer Auffächerung der Menschen in 60 sexuelle Identitäten lässt die Unterschiede zwischen ihnen gegen Null tendieren oder sie zumindest ineinander übergehen. Hauptsache, die unverkennbare Unterscheidung von Mann und Frau ist zerstört. Eine Pastorin namens Annette Behnken aus der Gegend von Hannover stellt dazu fest: „Wissenschaftler sprechen von tausenden unterschiedlichen Geschlechtervarianten bei uns Menschen“; dass in der Bibel steht: „Gott schuf den Menschen als Mann und Frau“ habe viel Unheil und Unrecht angerichtet.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Nun könnte man sich auf den Standpunkt zurückziehen, es sei eines jeden einzelnen Privatsache, welchem Schwachsinn er anhinge, solange er einem anderen nicht auf die Füße steige. Wenn das nur richtig wäre! Doch zumindest bei der Ideologie des Egalitarismus trifft das nicht zu. Denn sie ist ein elementares Instrument für autoritäre und ein unverzichtbares für totalitäre staatliche Ordnungen. Unter dem Banner der Gleichheit ist es leicht, Einzelmeinungen oder die Wünsche und Auffassungen von Individuen zu missachten, als störend und endlich als schädlich für Gesellschaft und Staat zu brandmarken.

Wo jede Abweichung von der allgemeinen Linie abgelehnt und verurteilt wird, soll sie auch keine Darstellung in der Öffentlichkeit und keinesfalls Berücksichtigung in den staatlichen Entscheidungsprozessen erfahren. Dies ist leider keine utopisch-pessimistische Sicht der Dinge. Die Entwicklung dorthin ist schon weit fortgeschritten.

Über die beherrschenden Themen der Gegenwart gebietet heute schon eine einheitliche Auffassung samt Wertung und Verdikt. Wenn die Rede ist von Donald Trump, der sogenannten Klimakatastrophe, der Sinnhaftigkeit der Entwicklungspolitik, der Rolle der Frau in der Gesellschaft, über Wladimir Putin, die Nato oder, wie als Beispiel soeben ausführlich dargestellt, die zustimmende Billigung aller denkbaren sexuellen Abweichungen, dann wird jeweils nur eine einzige Meinung zugelassen. Ein Widerspruch führt zum Entzug des Rederechts, der Ächtung als faschistoider Unhold und dem kommentarlosen und nicht zu begründenden Verwerfen eines jeden kritischen Einwands. Das Gefährliche aber an dieser Entwicklung ist nicht einmal sie selbst, sondern der Umstand, dass sie von einer Minderheit in der Bevölkerung getragen und kontrolliert wird. Die Macht über die Gedanken schickt sich an, zum Exklusivrecht einer Clique zu werden, die in Gesellschaft und Staat die Rolle spielt, die Lenin der Kommunistischen Partei zugewiesen hat: außerhalb des egalistischen Kollektivs, von diesem unbeeinflusst, und im Besitz der höheren Erkenntnis, die Entwicklung der Dinge voranzutreiben und zu kontrollieren. So entstehen totalitäre Ordnungen, wie sie sich nennen, ist unerheblich.

Kinder sind die Verlierer

Flüchtlingsdramen – In ihrem Roman »Salz für die See« beschäftigt sich Ruta Sepetys mit dem Untergang der »Wilhelm Gustloff«

Zum Untergang der „Titanic" gibt es viele Romane. Zum sehr viel verlustreicheren Untergang der „Wilhelm Gustloff", der sich am 30. Januar zum 72. Mal jährt, gab es bis zu Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang" kaum eine nennenswerte belletristische Bewältigung. Nun ist mit „Salz für die See" ein bemerkenswerter Roman aus den USA hinzugekommen, der sich einfühlsam auch dem Schicksal ostpreußischer Vertriebener auf der „Gustloff" annimmt (Kritik s. Kasten). Harald Tews befragte die litauischstämmige Autorin Ruta Sepetys zum Buch.

PAZ: *Ostpreußen dürfte für die meisten US-Bürger ein weißer Fleck auf der Landkarte sein. Hat sich nach dem Erscheinen Ihres Romans etwas daran geändert?*

Ruta Sepetys: „Salz für die See" ist mein bislang erfolgreichstes Buch in den USA. Die US-Medien und meine Leser zeigten sich tief bewegt von der komplexen und ihnen unbekannten Geschichte dieses Landes gegen Ende des Krieges.

PAZ: *Wie hat man die Tatsache aufgenommen, dass beim Untergang der „Wilhelm Gustloff" mehr Menschen starben als bei der „Titanic"?*

Sepetys: Viele reagierten schockiert, als sie begriffen, dass dieser Untergang die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten war und dazu noch relativ unbekannt ist. Besonders betroffen war man darüber, dass über 5000 Kinder dabei ums Leben kamen.

PAZ: *War Ihre eigene Familiengeschichte der Auslöser für diesen Roman?*

Sepetys: Die Cousine meines Vaters musste aus Litauen fliehen und befand sich während der Evakuierung in Gotenhafen. Die Familie besaß bereits Bordkarten für die „Gustloff", als eine ihrer Töchter am Hafen von einem Auto angefahren wurde. Die Familie verpasste daher die Fahrt auf der „Gustloff" und reiste mit einem anderen Schiff nach Dänemark. Die Cousine lebt jetzt in Brüssel, und sie war es, die mir alles über die „Gustloff" erzählt hat.

PAZ: *Im Roman schildern sie auch junge Deutsche als Opfer des Krieges. Ist es nicht gegen alle Regeln, wenn man die Deutschen aus der Täterrolle entlässt?*



An Vertreibungsgeschichten interessiert: Ruta Sepetys Bild: Carlsen

Sepetys: Der Roman stellt in erster Linie die Kinder in den Vordergrund – sie sind die unschuldigen Opfer, die gezwungen wurden alles zurückzulassen, was sie besaßen und liebten. Zwei der Hauptpersonen sind keine Deutschen, sondern kommen aus Litauen und Polen. Es war mir wichtig, die Erfahrungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Kriegsgebieten zu zeigen.

PAZ: *Hätte ein Deutscher diesen Roman geschrieben, wäre er als „Revanchist" verdächtigt worden. Können Sie das verstehen?*

Sepetys: Die deutsche Geschichte ist sehr komplex und schmerzhaft. Geschichte gehört denen, die sie erfahren haben. Sie sind die wahren Zeitzeugen. Durch die Lektüre der Geschichten verschiedener Kriegsstaaten erhoffe ich mir, dass sich zukünftigen Generationen ein Weg des Dialoges ebnet.

PAZ: *Günter Grass setzte mit seiner Novelle „Im Krebsgang" eine Erinnerungslawine in Gang. Hat er damit auch Sie ermutigt, Ihren Roman zu schreiben?*

Sepetys: „Im Krebsgang" gehörte zu den vielen Büchern, die ich für die Recherche zu „Salz für die See" gelesen habe, aber es hatte keinen Einfluss auf den Gang meiner Geschichte.

PAZ: *In ihrem Buch kommen Sowjetsoldaten nicht gut weg. Haben Sie aufgrund ihrer litauischen Herkunft Ressentiments gegenüber Russen oder deren Nachkriegspolitik?*

Sepetys: Nein, es ist mir wichtig, auch daran zu erinnern, dass unzählige Russen selbst Opfer des Stalin-Regimes waren. Viele Russen wurden ebenso nach Sibirien deportiert wie auch unzählige Balten. Bei der Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg scheint mir, tatsächlich immer das Leiden zu dominieren.

PAZ: *Werden Sie sich als Autorin weiter mit vergessenen Kriegsgeschichten befassen?*

Sepetys: Ja, ich habe bereits drei historische Romane geschrieben und sitze schon am vierten Buch. Ich bin all jenen dankbar, die dafür sorgen, dass meine Romane auch in Deutschland von denen gelesen werden, welche genau die Geschichten noch miterlebt haben, über die ich schreibe.

PAZ: *Sehen Sie angesichts der Zuwanderer, die gegenwärtig nach Europa kommen, Parallelen zum Schicksal der Vertriebenen im Zweiten Weltkrieg?*

Sepetys: Leider sehe ich solche Parallelen beim Schicksal der Kinder. In dieser Hinsicht haben sie kein Mitspracherecht. Ich schaue auf die Kleinen und frage mich dann: „Wer ist das unschuldige Kind, das Familie, Land und Heimat verloren hat?"



Ein Buch, das unter die Haut geht

Ein Jugendbuchverlag hat sich der größten Tragödie der Seefahrt angenommen. Die zum Carlsen Verlag gehörende Kinder- und Jugendbuchmarke Königskinder hat das Wagnis unternommen, einen der aufwühlendsten Romane der letzten Jahre über das Schicksal von Flüchtlingen in Ostpreußen am Ende des Zweiten Weltkriegs herauszubringen. Doch auch wenn in Ruta Sepetys' „Salz für die See" die Protagonisten Kinder und Jugendliche sind, so ist das Buch weit mehr als Jugendliteratur. Die geschilderte Härte des Krieges, das Elend der Flüchtlinge und der Tod in der eisigen See gehen selbst erwachsenen Lesern unter die Haut.

Die Flüchtlingstragik wird dabei kapitelweise abwechselnd aus der Perspektive von vier Jugendlichen erzählt. Da ist zunächst die litauische Krankenschwester Joana, die aus ihrer Heimat vor den Sowjets geflüchtet ist und die nun in Ostpreußen einen kleinen Flüchtlingstreck anführt. Diesem schließt sich die schwangere Polin Emilia an, die just in dem Moment von dem Königsberger Deserteur Florian gerettet wird, als ein Sowjetsoldat über sie herfallen und sie vergewaltigen will. Und schließlich ist da der Schiffsjunge Alfred, der in Gotenhafen/Gdingen auf der „Wilhelm Gustloff" davon träumt, ein Held zu werden.

Der naive NS-Idealist Alfred ist im Buch der einzige, der dem Klischee-Baukasten entsprungen ist. Ansonsten gelang der Autorin ein erstaunlich differenziertes Bild über diesen wunden Punkt der deutschen Geschichte, das ohne die übliche Gut-/Böse-Schablone auskommt. Zwischen der Litauerin Joana, die deutsche Wurzeln hat, und Florian entwickelt sich inmitten des Elends eine zärtliche Romanze. Und auch die Polin Emilia, die einen Deutschen geliebt hatte und die das von den Sowjets angerichtete Massaker von Nemmersdorf überlebt hat, blickt voller Ehrfurcht auf ihren Retter.

Dass Florian den Schlüssel zum Bernsteinzimmer besitzt, mag nebensächliche Effekthascherei sein. Hauptsächlich erzielt das Buch seine Wirkung aus den dramatischen Schilderungen der Flucht. Die Ankunft des Flüchtlingstrecks auf einem Gutshof, wo man die Leichen der Familie entdeckt, die Flucht über das vereiste Frische Haff, wo bei Fliegerangriffen der Sowjets viele im Eis einbrechen, und schließlich die Tragödie auf der „Gustloff", deren Untergang minutiös und wohlrecherchiert erzählt wird – all das ist ergreifend, authentisch und rührt selbst hartgesottene Leser zu Tränen. *tws*

Ruta Sepetys: „Salz für die See", Königskinder Verlag, Hamburg 2016, geb., 416 Seiten, 19,99 Euro

Richter ratlos

Gescheiterte Familienzusammenführung – »Landgericht« im ZDF

Eine Familie wie aus dem Bilderbuch, die Kornitzers aus Berlin: Vater Richard ist Richter, Mutter Claire Werbefilmerin, die Kinder Georg (8) und Selma (5) lassen ihr Spielzeug über großbürgerliches Parkett rutschen. Der Zweiteiler „Landgericht" nach dem preisgekrönten Roman von Ursula Krechel (Montag, 30. Januar und Mittwoch, 1. Februar, jeweils 20.15 Uhr, ZDF) zeichnet das Bild einer Familie in NS-Deutschland so ausführlich, um dann minutiös deren Zerschlagung aufzuzeigen.

Es ist das Jahr 1938: Die Kinder werden mit einem Kindertransport nach England geschickt, der Vater (jüdisch) verliert sein Richteramt und flüchtet nach Kuba. Die Mutter (christlich) erhält kein Visum, um ihm zu folgen, erlebt machtlos die Beschlagnahmung der Wohnung und schlägt sich nach Süddeutschland durch. Die Jahre im Exil werden die Familie für immer prägen.

Richard hält sich auf Kuba mit einem kleinen Bürojob über Wasser, verliebt sich in die Lehrerin Charidad und bekommt mit ihr ein Kind. Claire richtet sich auf einem Bauernhof bei Lindau ein. Die Kinder, zunächst an eine lieblose Gastfamilie geraten, stranden vorübergehend in einem Waisenhaus, finden dann in einer englischen Familie eine neue Heimat.

Drei Jahre nach Kriegsende kehrt Richard zurück nach Deutschland, will in seinem Beruf neu anfangen. Alles soll wieder gut werden – nichts wird gut. Die Eheleute bleiben sich nach zehnjähriger Trennung fremd, die endlich wiedergefundenen Kinder deutschlands auflaufen, das ist erschütternd mitanzusehen.

Nein, nichts wird wieder heil. Wenigstens die jüngere Tochter soll nach Deutschland zurückkehren, aber die Familienzusammenführung misslingt, das fremd gewordene Kind verweigert sich. Großartig die Szene, in der die Mutter in einem von der Tochter zubereiteten Pilzgericht herumstochert, weil sie eine Vergiftung fürchten muss. Claire gibt ihre verlorene Tochter frei, die steigt ins Auto, ohne sich umzusehen.



Bild: ZDF/Walter Wehner

Wieder im Richteramt: Richard (Ronald Zehrfeld, M.)

„Landgericht" zeigt die Anfangsjahre der jungen Bundesrepublik mit all ihren verkrusteten Strukturen, die viele Mittäter des NS-Regimes stützt und Exilanten weiterhin ausgrenzt. Buch wie Drehbuch beziehen sich auf wahre Vorbilder. Tochter „Selma" alias Ruth Barnett lebt heute 82-jährig in London und hat das Buch „Person of No Nationality. A Story of Childhood Loss and Recovery" veröffentlicht.

haben ihre deutschen Eltern vergessen. „Landgericht" zeigt nichts weniger als eine Tragödie. Wie Ronald Zehrfeld den Richter spielt, der nach seiner Rückkehr aus Kuba vergeblich versucht, Genugtuung einzuklagen, wie Johanna Wokalek als Claire um die verlorene Liebe ihrer Kinder ringt, wie beide an den Strukturen des frühen Nachkriegs-

In einer Dokumentation im Anschluss an den ersten Teil am Montag erzählt Barnett über ihre Erinnerungen an eine Kindheit im Exil und eine Familie, die nach Kriegsende nie mehr zusammenfand. *Anne Martin*

Geistreiche Schiffsdemos

Auf Dresdens schwimmender Bühne gibt es ein Pegida-Echo

Am Elbufer, nur wenige Schritte vom Dresdner Residenzschloss und der Semperoper entfernt, liegt eine einzigartige Kultureinrichtung namens „Dresdner Brettl", welche 1988 von dem Schauspieler Friedrich-Wilhelm Junge gegründet wurde. Hierbei handelt es sich um ein Repertoiretheater, das sowohl Komödien als auch Soloabende und musikalisch-literarische Veranstaltungen im Programm hat und während der durchschnittlich 300 Vorstellungen pro Jahr 45 000 Zuschauer empfängt.

Das Besondere ist dabei die Art der Spielstätte: ein alter Lastkahn namens „Ida", der aus dem Jahr 1918 stammt und noch bis kurz vor der „Wende" in der DDR Getreide und Kohlen die Elbe hinauf und hinab schipperte. Dann ging das marode Schiff für den symbolischen Preis von einer D-Mark an die Theaterkahn-Stiftung, welche es für vier Millionen Mark sanieren und umbauen ließ. Infolgedessen befinden sich in dem ehemaligen Frachtraum jetzt eine Bühne sowie Plätze für 216 Besucher.

Seit der Eröffnung am 3. Oktober 1994 hat die nunmehrige „Marion" jedes Auf und Ab des Elbpegels vor der historischen Kulisse der Dresdner Altstadt mitgemacht und sogar die beiden „Jahrhunderthochwasser" von 2002 und 2013, die den Kahn so weit hoben, dass er die benachbarte Augustusbrücke überragte, unbeschadet überstanden.

Von den Rufen der Pegida-Demonstranten, die sich nahe am Theaterkahn versammeln, lässt sich keiner stören. Im Gegenteil:



Bild: tws

Zwischen Hofkirche und Semperoper: Theaterkahn

Sie werden auf geistreiche Weise in die Stücke integriert. Zu erleben war das beim Zwei-Personen-Stück „Sprechende Männer". Hierbei handelt es sich um die Theaterversion des gleichnamigen Buches von Maxim Leo und Jochen-Martin Gutsch, welches den Untertitel „Der ehrlichste Dialog der Welt" trägt. Letzterer findet zwischen zwei Männern um die 40 statt, die sich in ihrem Leben eingerichtet haben und nun eine Inventur des Daseins als Vertreter des männlichen Geschlechts vornehmen. Dabei gibt es keine Tabus, auch nicht politischer Art. So antwortete Schauspieler Tom Mikulla, der den verheirateten Familienvater verkörperte (während Philipp Otto den notorischen Single gab), auf die Frage, wann er denn das letzte Mal auf einer Demonstration gewesen sei, spontan: „Na gestern!" Damit spielte er auf die Pegida-Kundgebung vom Vorabend in nur 100 Metern Entfernung vom Theaterkahn an, was das Publikum mit beifälligem Gelächter quittierte.

Ganz aktuell findet im „Dresdner Brettl" ein Gastspiel des Societaetstheaters statt, dass am Freitag, 27. Januar, und Sonnabend, 28. Januar, Edward Albees Ehedrama „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" aufführt, ein Stück, dass durch die Verfilmung mit Elizabeth Taylor und Richard Burton berühmt wurde. Weitere Aufführungen: Das Arbeitsmarkt-Drama „Die Grönland-Methode" (29.1., 31.1.) und die Komödie „Paarungen" (1. und 2.2.). Infos und Tickets unter www.theaterkahn.de. *Wolfgang Kaufmann*

Der Weg zum Weltkrieg

Vor 100 Jahren begannen die Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und den USA zu eskalieren

Das Jahr 1917 war das Schicksalsjahr des 20. Jahrhunderts. Es brachte den Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika und der jungen Sowjetunion zu Weltmächten und ebnete den Weg nach Versailles. Anfang April jährt sich zum 100. Mal der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg. Die Weichen für dieses Ereignis, dessen historische Dimension nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wurden bereits im Verlauf des Jahres 1916 und vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1917 gestellt. Entgegen der allgemein vorherrschenden Ansicht war hierfür nicht ausschließlich die Führung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch die Kaiserliche Marine verantwortlich, sondern es spielten auch andere militärische und politische Faktoren eine Rolle.

Die militärische Situation des Deutschen Reiches hatte sich 1916 bedrohlich zugespitzt. Feindliche Gegenoffensiven, die nur unter schwersten Verlusten abgeschlagen werden konnten, begannen an den Landfronten in Frankreich, Mazedonien, am Isonzo und in Wolhynien. Lediglich in Rumänien konnte ein achtbarer militärischer Erfolg erzielt werden, der zu einer raschen Kapitulation des Landes führte.

Auch auf wirtschaftlichem, personellem und technischem Sektor konnten Deutschlands Kriegsgegner ihre Position erheblich verbessern. Während in dem durch die britische Seeblockade von jeglicher überseeischen Zufuhr abgeschnittenen Deutschen Reich die Menschen hungerten und alle verfügbaren materiellen und personellen Mittel und Ressourcen mittelbar oder direkt für die Kriegführung verbraucht wurden, lief die Kriegsindustrie der Entente auf Hochtouren. Den Feindmächten standen Rohstoffe, Arbeitskräfte und personelle Reserven für die Streitkräfte in ausreichender Menge und Anzahl zur Verfügung. Zudem waren sie in der Lage, wesentlich optimierte technische Kriegsmittel in großer Zahl zum Einsatz zu bringen, die selbst die erfahrenen deutschen Frontsoldaten in lähmendes Entsetzen versetzten und vor allem

NOTICE!

TRAVELLERS intending to embark on the Atlantic voyage are reminded that a state of war exists between Germany and her allies and Great Britain and her allies; that the zone of war includes the waters adjacent to the British Isles; that, in accordance with formal notice given by the Imperial German Government, vessels flying the flag of Great Britain, or of any of her allies, are liable to destruction in those waters and that travellers sailing in the war zone on ships of Great Britain or her allies do so at their own risk.

IMPERIAL GERMAN EMBASSY

WASHINGTON, D. C., APRIL 22, 1915.

Verluste waren vermeidbar: Warnung der Deutschen Botschaft vor der Passage mit der „Lusitania"; „New York Times", 1. Mai 1915

unter dem jungen Ersatz kaum zu kompensierende Verluste verursachten.

Wie ein Menetekel für den weiteren Verlauf des Krieges wirkte die Schlacht um Verdun. Mit der französischen Gegenoffensive, welche die französischen Truppen auf dem Ostufer der Maas bis an den Rand der deutschen Ausgangsstellungen vom Februar 1916 führte, ging die Schlacht in der blutigen „Maasmühle" im Dezember desselben Jahres zu Ende. Damit war der von Generalstabschef Erich von Falkenhayn unter dem Eindruck des Verlustes der deutschen Offensivfähigkeit unternommene Versuch, das französische Heer durch den dosierten Einsatz eigener Kräfte in einer stationären und räumlich begrenzten Schlacht am Festungsgürtel vor Verdun auszubluten, endgültig gescheitert. Der Hauptkampf vor Verdun hatte mehr als 30 Wochen getobt und mindestens eine halbe Million Gefallene und mehrere Millionen Verwundete auf beiden Seiten gefordert, ohne dass ein strategisches Ziel erreicht worden war. Damit wurde Verdun zum Sinnbild für das sinnlose Aufopfern Hunderttausender in einer Materialschlacht.

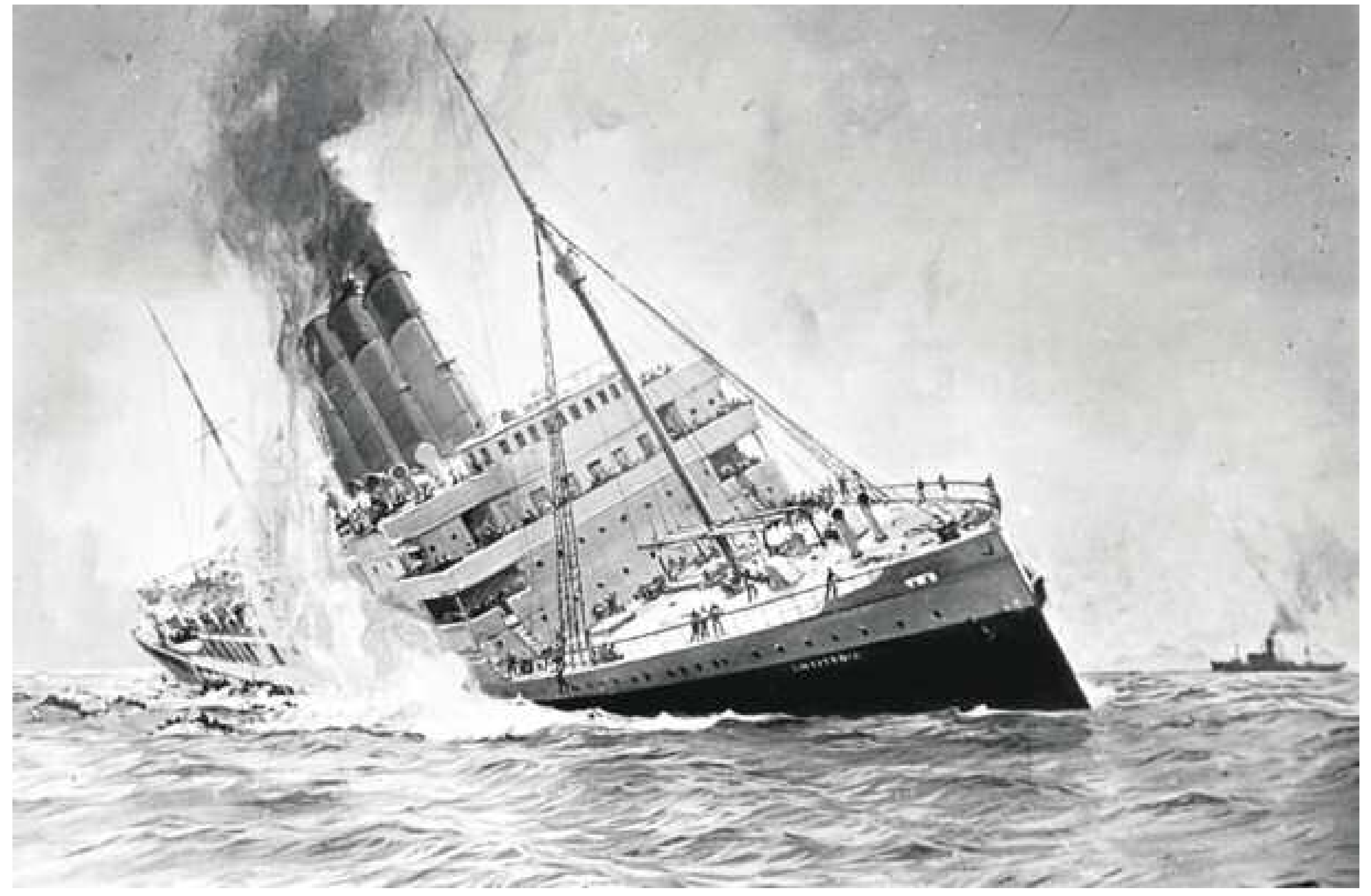
Auch ein Sieg in dieser Schlacht hätte das ursprüngliche strategische Kriegsziel des Reiches, das auf einen kurzen Krieg, also den Sieg durch raumgreifende Bewegungen und eine rasch herbeigeführte Kapitulation des Gegners aufgebaut war, nicht mehr ersetzen können. Der Historiker Gerhard Ritter hat zu Recht festgestellt, dass die Unsicherheit der Rechnung, Frankreich auszubluten, so offen auf der Hand gelegen habe, dass man den Verdun-Plan nur „als ein letztes, halb verzweifeltes Wagnis zur Rettung aus hoffnungsloser Lage" verstehen könne.

Die Schlacht von Verdun bedeutete eine tiefe Zäsur in der Geschichte des Ersten Weltkrieges. Die Leistungs- und Leidensfähigkeit des deutschen Soldaten war erschöpft, die infanteristische Kampfkraft des deutschen Heeres geschwunden. Dies bedeutete für das Reich den endgültigen Verlust der strategischen Initiative, und es begann ein langer und zermürbender Kampf, der die wirtschaftliche und militärische Macht Deutschlands schließlich zerbrach.

Die bitteren Erfahrungen in der „Hölle von Verdun", durch welche die Mehrzahl der Soldaten des deutschen Westheeres einmal gehen musste, prägte einen neuen Soldatentypus, denn der in den ersten Jahren des Krieges noch stark ausgeprägte „Heldengeist" der Truppe war in den Schützengräben der Westfront gebrochen worden. Seiner patriotischen Leidenschaften und seines soldatischen Tatwillens beraubt, kämpfte der deutsche Soldat von nun an in grimmiger Professionalität und Sachlichkeit, in seinem Vertrauen zur Führung tief erschüttert. Die moralischen Auswirkungen des langen und blutigen Ringens auf die Zivilbevölkerung waren ähnlich. Die sittliche Kraft, der innere Zusammenhalt und der Kampfgeist der Bevölkerung hatten ernsten Schaden genommen und waren einer allgemeinen Apathie und dumpfem Pessimismus gewichen, die einen lähmenden Einfluss bekamen.

Durch die schwere militärische Krise im Westen wurde die deutsche Kriegführung in die Hände eines militärisch überaus befähigten Duos – Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und sein Generalquartiermeister Erich Ludendorff – gelegt, das sich von tradierten strategischen Vorstellungen freizumachen verstand und die Abkehr von der von Falkenhayn propagierten Ermattungsstrategie einleitete. Zugleich trat eine Wendung im Verhältnis zwischen militärischer und politischer Führung ein, die sich vor allem in der Frage der Wiederaufnahme des unbeschränkten Unterseehandelskrieges bemerkbar machte.

In den Monaten Mai bis September 1916 war der Handelskrieg mit U-Booten nach dem „Sussex"-Zwischenfall im März und den in Zusammenhang mit



Brachte Deutschland und die USA schon 1915 an den Rand eines Krieges: Versenkung der „Lusitania" Bild: Bundesarchiv

diesem Ereignis der US-amerikanischen Regierung gegenüber abgegebenen Versicherungen praktisch zum Erliegen gekommen. Damals war das U-Boot „UB 29" im östlichen Teil des Englischen Kanals dem im Kanalfährdienst eingesetzten französischen Passagierschiff „Sussex" begegnet, das keinerlei Kennzeichen trug. In der berechtigten Annahme, dass es sich bei dem Schiff um ein Hilfsfahrzeug feindlicher Seestreitkräfte handelte, ging der U-Boot-Kommandant ohne Warnung zum Angriff über. Von den an Bord befindlichen 325 Passagieren wurden 80 bei der Torpedierung getötet oder verletzt.

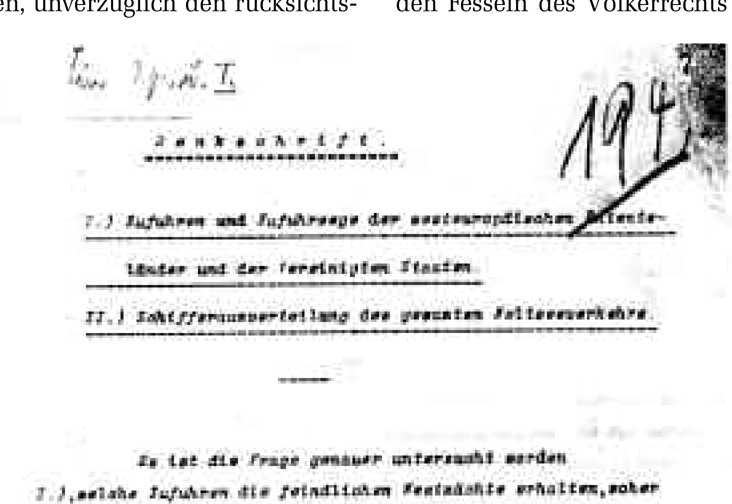
Dieser Vorfall hatte zu schärfsten Protesten der US-amerikanischen Regierung geführt und den Kriegseintritt des Landes wahrscheinlich werden lassen. Bereits im Vorjahr waren US-Staatsbürger bei der Versenkung von Handelsschiffen zu Schaden gekommen, was zu einem hitzigen Notenwechsel Anlass gegeben und zur Androhung von Vergeltungsmaßnahmen seitens Washingtons geführt hatte. Der bekannteste derartige Zwischenfall war der Untergang des britischen Passagierdampfers „Lusitania" gewesen, durch den erstmals die Gefahr eines US-amerikanischen Waffenganges in greifbare Nähe gerückt war. Schon damals war allerdings bekannt, dass der deutsche Botschafter in Washington, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, öffentlich vor der Benutzung des Schiffes gewarnt hatte, dass es keine Flagge geführt hatte, dass die Reedereikennzeichen unkenntlich gemacht waren und dass nach der Torpedierung eine Reihe unerklärlich heftiger Explosionen das Schiff erschüttert hatte. Heute gibt es Beweise dafür, dass die „Lusitania" Kriegsmaterial geladen hatte, und es spricht viel für die These, dass die britische Admiralität das Schiff hatte bewusst gefährden wollen, um die USA in den Krieg zu ziehen.

Die US-amerikanischen Warnungen nach der Versenkung der „Sussex", die als deutliche Kriegsdrohung interpretiert werden konnten, hatten ihre Wirkung auf die deutsche Führung jedenfalls nicht verfehlt, denn die Reichsleitung gab die Versicherung ab, den U-Boot-Krieg zukünftig ausschließlich völkerrechtskonform zu führen.

Die allgemeine Wiederaufnahme des eingeschränkten Unterseehandelskrieges nach Prisenrecht setzte nach diesen Ereignissen erst im Herbst 1916 wieder ein. Wie schon im Vorjahr, so machte die Marineleitung auch jetzt erhebliche Zweifel am militärischen Sinn dieser völkerrechtlich sanktionierten Form des Unterseehandelskrieges geltend. Sie konnte sich jedoch lange nicht gegen die von außenpolitischen Erwägungen geleitete politische Führung durchsetzen. Dies änderte sich unter dem Einfluss der von Hindenburg und Ludendorff gebildeten 3. Obersten Heeresleitung. Bereits im August 1916 hatte der Admiralstab vorgeschlagen, unverzüglich den rücksichtslosen Unterseehandelskrieg wieder aufzunehmen. Über diese Anregung wurde am 31. August im Großen Hauptquartier in Pleß während einer Sitzung beraten, an der neben dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und den Vertretern der Schlüsselministerien auch Hindenburg, Ludendorff und der Admiralstabschef teilnahmen. Nach längerer Diskussion wurde angesichts der ungeklärten militärischen und politischen Gesamtlage einstimmig beschlossen, die Entscheidung vorläufig zurückzustellen.

Uneingeschränkter U-Boot-Krieg als allerletztes Mittel zum Sieg

Zwei Wochen später machte der Chef des Stabes der Hochseeflotte in einem Gespräch mit Ludendorff deutlich, dass der Unterseehandelskrieg unverzüglich von den Fesseln des Völkerrechts befreit werden müsse, da der Krieg sonst „nicht zu einem guten Ende" geführt werden könne. Ludendorff stimmte dieser Lagebeurteilung zu und erklärte, dass der unbeschränkte U-Boot-Krieg so früh wie möglich begonnen werden müsse. Von nun an gehörte die von Hindenburg und Ludendorff dominierte militärische Führung zu den kompromisslosen Verfechtern der bedingungslosen Unterseehandelskriegführung. Angesichts der bedrohlichen militärischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Potenz der Feindmächte betrachteten jetzt auch sie den uneingeschränkten U-Boot-Krieg als „das letzte Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit siegreich zu beenden". Denn nur so konnte ihrer Überzeugung nach der „Kriegswillen der führenden Entente-Macht gebrochen" und Großbritannien zu einem für das Deutsche Reich annehmbaren Frieden gezwungen werden.



Denkschrift.

I.) Zufuhren und Zufuhrwege der westeuropäischen Entente-Länder und der Vereinigten Staaten.

II.) Schiffsraumverteilung des gesamten Weltseeverkehrs.

Es ist die Frage genauer untersucht worden

I.) welche Zufuhren die feindlichen Westmächte erhalten, woher sie kommen und auf welchen Wegen sie nach England, Frankreich, Italien einerseits und nach den Vereinigten Staaten andererseits gelangen

II.) wie der noch vorhandene Weltschiffsraum, sowohl der für bürgerliche wie der für militärische Versorgung über die Weltmeere auf die verschiedenen Fahrten verteilt ist.

Das gewonnene Bild ist in 3 Karten veranschaulicht:

1.) In zwei Karten der Zufuhren und Zufuhrwege, vom Juli 1917 bis Januar 1918, die eine Erweiterung und Vervollständigung der im Februar 1918 abgeschlossenen gleichen Karten darstellt (Weltkarte und Karte der europäischen Gewässer.)

2.) In einer neuen Karte (Weltkarte) mit Angaben über die Verteilung des Schiffsraums am 1. Mai 1918, und zwar in vier grossen Gruppen getrennt für den englischen, den nordamerikanischen, einschliesslich des beschlagnahmten neutralen, den übrigen feindlichen und den noch voll in neutralem Besitz befindlichen Schiffsraum.

Eine Zeichenerklärung ist den Karten angeheftet.

– 1 –

Begründete Hoffnung auf Erfolg: Denkschrift des Admiralstabs

Auf Vorschlag des Flottenkommandos ersuchte der Admiralstab den Kaiser am 22. Oktober um die Erlaubnis, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg wieder beginnen zu dürfen. Der Monarch hielt den Zeitpunkt für eine solch einschneidende Seekriegsmaßnahme jedoch noch für verfrüht. Er konnte sich lediglich zu der Genehmigung der völkerrechtskonformen Wiederaufnahme des Unterseehandelskrieges nach Prisenrecht durchringen. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, legte der Chef des Admiralstabes am 22. Dezember eine Denkschrift vor, in der er erneut den Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkrieges anregte sowie die zu erwartenden Versenkungserfolge erläuterte und unter Hinweis auf wissenschaftliche Gutachten eine erhebliche Schädigung der britischen Wirtschaft prognostizierte. Die Fachleute des Admiralstabes stellten in Aussicht, Großbritannien auf diesem Wege innerhalb weniger Monate zu einem Friedensschluss zwingen zu können. Außerdem schrieben sie an Hindenburg und baten um seine Zustimmung zur verschärften Unterseehandelskriegführung. Der Generalfeldmarschall und Ludendorff erklärten daraufhin der Reichsregierung, dass der Krieg ohne diesen Schritt verloren sei.

Jan Heitmann

Fortsetzung folgt

Späte Strafe für einen feigen Mörder

Vor 25 Jahren begann der Prozess gegen Erich Mielke – nicht wegen seiner Stasi-Tätigkeit, sondern wegen eines Mordes 60 Jahre zuvor

Vor 25 Jahren begann in Berlin der Prozess gegen den ehemaligen DDR-Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke. Angeklagt und schließlich verurteilt wurde er jedoch nicht wegen dieser Tätigkeit, sondern wegen Beteiligung an zwei Polizistenmorden im Jahre 1931. Damit wurde das letzte Kapitel der juristischen Aufarbeitung einer heimtückischen, politisch motivierten Gewalttat eröffnet.

Anfang August 1931 war die Stimmung in Preußen aufgeheizt wie seit langem nicht. Das lag am bevorstehenden Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags, mit dem extremistische Kräfte wie die NSDAP und die KPD die Koalitionsregierung von SPD, Zentrum und Deutscher Staatspartei zu stürzen versuchten, während diese eindringlich warnte: „Wer ein Sowjet-Preußen oder ein faschistisches Preußen und damit den Bruderkrieg im eigenen Land will, der soll ... mit Ja stimmen.“ Und tatsächlich gab es schon im Vorfeld des Urnengangs Krawalle, für die vor allem linke Schlägertrupps verantwortlich zeichneten. Die Polizei reagierte darauf mit konsequentem Durchgreifen, wodurch es auch zu Todesfällen kam. So wurde der kommunistische Klempnergeselle Fritz Auge am 8. August während einer Rangelei mit den Ordnungshütern direkt vor der Berliner KPD-Zentrale am Bülowplatz erschossen. Kurz darauf prangte an der Hauswand gegenüber dem nahebei liegenden Polizeirevier in der Hankestraße die unmissverständliche Parole: „Für einen erschossenen Arbeiter fallen zwei Schupo-Offiziere!!! Rot-Front. R.F.B. lebt. Nimmt Rache“.

Allerdings ging die „Vergeltung“ nicht vom mittlerweile verbotenen Rotfrontkämpferbund aus, sondern von dessen geheimer Nachfolgeorganisation, dem sogenannten „Proletarischen Selbstschutz“ (PSS) der KPD. Diese paramilitärische Truppe, die unter der Leitung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hans Kippenberger stand, übertrug den Auftrag, zwei Polizisten vom Revier 7 zu ermorden, den beiden Freiwilligen Erich Mielke und Erich Ziemer, die bei der Mordaktion von fünf bewaffneten Helfershelfern Deckung erhalten sollten.



Kam wegen seines hohen Alters glimpflich mit sechs Jahren Haft davon: Polizistenmörder und Ex-Stasi-Chef Erich Mielke Bild: epd

Und diese sieben PSS-Terroristen hatten dann auch sehr leichtes Spiel, denn die Beamten rückten am 9. August, dem Tag der Abstimmung, ohne Zögern wieder in Richtung Bülowplatz aus, als dort gegen 20 Uhr erneut Unruhen aufflammten. Dabei wurden sie hinterrücks von Mielke und Ziemer unter Feuer genommen. Der Revierleiter, Hauptmann Paul Anlauf, erlitt einen Kopfschuss und war auf der Stelle tot, während Hauptmann Franz Lenck nach mehreren Treffern in den Rücken flüchten konnte, aber später auf dem Weg ins Krankenhaus verstarb. Dagegen überlebte der dritte Angegriffene, Polizeioberwachtmeister August Willig, seine schweren Verletzungen.

> Nach dem Mord an zwei Polizisten Flucht nach Moskau

Die beiden Mörder setzten sich mit Hilfe ihrer KPD-Genossen in die UdSSR ab, von wo aus sie später nach diversen militärisch-geheimdienstlichen Schulungen in den spanischen Bürgerkrieg entsandt wurden. In dessen Verlauf fiel Ziemer im Oktober 1937 in der Ebro-Schlacht, was ihm die nachträgliche Verleihung des Ordens „Held der Sowjetunion“ eintrug. Der gelernte kaufmännische Angestellte Mielke avancierte zum Politoffizier der 27. Division der Internationalen Brigaden und trieb dort die Stalinschen Säuberungen voran. Im Anschluss an den Sieg Francos ging der Schütze vom Bülowplatz nach Belgien beziehungsweise nach Südfrankreich und landete dann letztlich als eine Art „Bausoldat Hitlers“ in der deutschen Organisation Todt – wobei er stets unter Decknamen agierte und deshalb nicht aufflog. Daher konnte der Polizistenmörder den Krieg überleben und später im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Karriere machen: Deren Krönung war 1957 die Ernennung zum obersten Chef des Staatssicherheitsdienstes.

> Der Ex-Stasi-Chef starb als formal unbescholtener Bürger

Mielke stand stets im Fokus der deutschen Justiz. Seine Tatbeteiligung kam nämlich bereits durch den Prozess vor dem Schwurgericht I beim Landgericht Berlin gegen weitere Beteiligte und Hintermänner der Aktion zutage, der am 19. Juni 1934 mit Todesurteilen gegen Max Matern, Friedrich Broede und Michael Klause endete. Allerdings wurden die Nationalsozialisten Mielkes niemals habhaft, was zunächst auch für die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden galt, die ihn seit Februar 1947 per Haftbefehl suchten. In diesem Zusammenhang übergab der Generalstaatsanwalt von Westberlin der Rechtsabteilung der Zentralkommandantur der Roten Armee sämtliche Originalakten des Prozesses von 1934, die anschließend prompt bei Mielke landeten, der sie bis zu seinem Sturz unter Verschluss hielt.



Die Beweismittel wurden erst am 23. Februar 1990 von der Militärstaatsanwaltschaft der DDR im Keller 14 des ehemaligen MfS-Hauptgebäudes in der Berliner Normannenstraße beschlagnahmt und im Oktober des gleichen Jahres an den Berliner Generalstaatsanwalt übergeben. Damit waren die Justizbehörden nun in der Lage, den früheren Stasi-Chef wegen der Bülowplatz-Morde anzuklagen, was am 28. November 1991 – 60 Jahre nach der Tat – geschah.

Der Prozess gegen Mielke, der sich seit Dezember 1989 in Untersuchungshaft befand, begann am 10. Februar 1992 vor der 23. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin und endete nach 87 Verhandlungstagen am 26. Oktober 1993 mit einem klaren Schuldspruch, obwohl der Angeklagte bis zuletzt jedwedes Geständnis verweigert hatte. Mielke erhielt sechs Jahre Haft „wegen in Tateinheit begangener zweier vollendeter Morde und eines versuchten Mordes.“

Gegen das ausgesprochen milde Urteil – das Gericht berücksichtigte neben dem hohen Alter des Angeklagten besonders die lange Zeit seit der Tat – legten sowohl der Anwalt des 85-Jährigen, Stefan König, als auch die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel ein, die aber vom Bundesgerichtshof (BGH) am 10. März 1995 verworfen wurden. Unter anderem stellte der BGH fest, dass die „Heimtückemorde“ tatsächlich noch nicht verjährt gewesen seien. Allerdings kam Mielke schon wenige Monate später, am 1. August 1995, auf Bewährung frei, nachdem er die meiste Zeit seiner Haft in der Krankenstation der Justizvollzugsanstalt Moabit sowie beim Fernsehen und Zeitungslesen verbracht hatte.

Der entlassene linksterroristische Meuchelmörder starb am 21. Mai 2000 in einem Pflegeheim in Berlin-Hellersdorf – und zwar als formal unbescholtener, vorstrafenfreier Bürger, denn die Eintragung seiner Verurteilung im Bundeszentralregister wurde anlässlich von Mielkes 90. Geburtstag am 28. Dezember 1997 routinemäßig gelöscht.

Wolfgang Kaufmann

Dumm und arm halten

Zu: Entfremdet vom eigenen Volk (Nr. 2)

Zu meiner Kinder- und Jugendzeit war der Kommunismus der Feind der westlichen „demokratischen Wertegemeinschaft“, und die damaligen Bilder aus der Sowjetunion und der DDR im „West“-Fernsehen flößten mir als Kind immer Angst und Schrecken ein. Auch nach der sogenannten Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland habe ich sehr lange Zeit gebraucht, um diese Bilder in mir abzulegen.

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ist jetzt der Islam das neue Feindbild. In meiner Kindheit war der Islam „nur“ eine von drei monotheistischen Religionen, und die muslimisch geprägten Länder weckten in mir das Interesse für diese fremden Kulturen. Angst fühlte ich dabei nicht. Ob man fremde Kulturen – ohne den freien Willen der einzelnen Völker zu beachten – miteinander vermischen darf, ist ein anderes Thema.

Es geht letztendlich nicht um Demokratie, Kommunismus, links, rechts oder Religion, sondern um Ausübung von Macht. Dazu passt hervorragend die Lied-Textstelle aus Reinhard Meys „Seid wachsam“. Dort heißt es: „Der Minister nimmt flüsternd den Bischof beim Arm: Halt’ du sie dumm, ich halt’ sie arm.“ Wie treffend!

Sabine Preißler, Wiesbaden

Drei umstrittene Politikerinnen

Zu: Scharia in der Senatskanzlei (Nr. 52)

Reicht es wirklich aus, davon zu sprechen, dass die Staatsekretärin (Sawsan Chebli, d. Red.) umstritten ist? Was ist mit denen, die sie auf diese Positionen eingesetzt haben? Frau Chebli darf weder auf dieser Position noch auf einer vergleichbaren anderen tätig sein.

Wir haben jedoch noch andere Positionen mit Menschen besetzt, die dort nicht hingehören. Da gibt es zum Beispiel eine hochrangige SPD-Politikerin. Sie hat im Zusammenhang mit der Vergewaltigung und Ermordung in Freiburg geäußert, Vergewaltigungen habe es schon immer gegeben. Ob diese Person diesen Spruch wohl auch gemacht hätte, wenn es ihr eigenes Kind gewesen wäre? Wäre sie dann auch noch der Ansicht gewesen, dass es sich ja nur um einen Einzelfall gehandelt hat?

Dann gibt es dort noch eine Grünen-Politikerin (Simone Peter, d. Red.). Sie ist der Ansicht, dass die vorgenommenen Kontrollen im Zusammenhang mit der Silvesternacht in Köln rassistisch waren. Auch wenn sie sich später entschuldigt hat, ändert das nichts an ihrer Grundeinstellung zu diesem Thema. Der stellvertretende FDP-Chef Kubicki hat sich dazu so geäußert: „Frau Peter hat einfach einen Knall.“ Diese Politikerin ist als „Chefin“ nicht geeignet.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Viele Alternativen

Zu: Die irre Welt der Flüchtlingshelfer (Nr. 50)

In Europa steht man vor der Herausforderung, eine Lawine von Asylsuchern zu bewältigen, die von Süden hereinbricht. Alle werden Flüchtlinge genannt, obgleich Flüchtlinge in Not nur eine ganz kleine Minderheit davon sind. Gewissenlose Geschäftemacher, Politiker und andere Betrüger nutzen oft die Beschaffung von Fluchthilfen zum eigenen Vorteil mit Erfolg aus. Das soziale Netz wie auch das von Renten und Krankenkassen ist zum Zerreißen gespannt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihren Amtseid nicht erfüllt und Deutschland Schaden zugefügt. Mildernde Umstände können ihr zugestanden werden. Ihr durchaus glaubwürdiges Mitleid mit der Not von Flüchtlingen hat die sonst intelligente Frau bei Entscheidungen über Flüchtlinge offensichtlich behindert. Jetzt hat Merkel zur Kenntnis nehmen müssen, dass es nicht keine, sondern viele Alternativen gibt.

Heinz-Dietrich Koske, Köln



Kein Vergleich zu früher: Beim letzten Jahreswechsel musste die Polizei die Kölner Bevölkerung vor Asylsuchern aus fernen Ländern schützen. Dagegen ging von den deutschen Heimatvertriebenen nach 1945 keine Bedrohung aus

Bild: pa

Drittklassige Töne

Zu: Elbjuwel aus Glas (Nr. 1)

Jetzt hat Hamburg zwar einen Konzertsaal der Weltklasse, aber nur ein drittklassiges Orchester. Bei der Eröffnung der Elbphilharmonie offenbarte die Live-Übertragung im Fernsehen gnadenlos die Schwächen des NDR-Orchesters: verpasste Einsätze, falsche Tempi. Die Musiker spielen sonst ganz passabel, sind aber nicht die Berliner Philharmoniker. Trotz seiner Angeberei mit der „Elphi“ ist Hamburg weit davon entfernt, eine international anerkannte Musikstadt zu werden.

Matthias Schöne, Hannover

Allzwecklied

Zu: Zufallshit für die Ewigkeit, (Nr. 51)

Was heute kaum noch jemand weiß: Das Lied „Oh du fröhliche“ ist eigentlich gar kein reines Weihnachtslied. Der korrekte Titel des Lieds lautet: „Die drei hohen Feste“, denn es enthält nicht nur Strophen über die „gnadenbringende Weihnachtszeit“, sondern auch über die „gnadenbringende Osterzeit“ und die „gnadenbringende Pfingstenzeit“.

Dr. Wolfgang Höhne, Karlsruhe

Schicksal der deutschen Heimatvertrieben wird politisch missbraucht

Zu: Heimatvertriebene ja, Asylsucher nein (Nr. 1)

In seiner überaus treffenden Analyse der politischen „Wetterlage“ weist der Meteorologe Wolfgang Thüne unter anderem darauf hin, dass gedankenlose Zeitgenossen immer wieder Parallelen zwischen den deutschen Heimatvertriebenen und den heute ins Land strömenden Asylanten zu ziehen versuchen. Dies geschieht natürlich nicht, um auf das bittere Los der Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen, sondern soll wohl bei der hiesigen Bevölkerung die Akzeptanz für die Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern erhöhen.

Die deutschen Heimatvertriebenen waren größtenteils bis in die 1950er-Jahre hinein auf engstem Raum in Lagern untergebracht, schliefen auf Strohsäcken, litten unter Hunger und Kälte. Von Schlägereien unter ihnen oder Angriffen auf das Lagerpersonal ist, im Gegensatz zu den Vorkommnissen in Asylantenunterkünften, nichts bekannt. Auch nichts darüber, dass sie Nahrung zum Fenster hinausgeworfen hätten, weil ihnen das Essen nicht schmeckte, oder dass sie Strohsäcke angezündet hätten, weil ihnen die Unterbringung nicht passte.

Es ist nichts von Jugendlichen unter den Heimatvertriebenen überliefert, die sich bei öffentlichen Veranstaltungen zu Hunderten zusammengerottet hätten, an Frauen vergingen und derentwegen die Polizei in Armeestärke anrücken musste, um weitere Übergriffe zu verhindern. Unter den Heimatvertriebenen haben sich auch keine „Gefährder“ oder Gewalttäter befunden, derer man mit Fußfesseln oder Haft hätte Herr werden müssen.

Für die deutschen Heimatvertriebenen standen bei ihrer Ankunft in Restdeutschland keine Betreuer, Helferkreise, Familienlotsen oder Psychologen zum Bewältigen von Traumata bereit. Im Gegenteil, nicht selten wurden sie von der einheimischen Bevölkerung mit großem Misstrauen beäugt, als Zigeuner, Rucksackdeutsche und hergelaufene Habenichtse beschimpft. Ihre Stellung in der Gesellschaft mussten sie sich in den Jahrzehnten danach bitter erkämpfen. Begriffe wie „Willkommenskultur“ oder „Integrationsangebote“ waren für sie absolute Fremdwörter.

Kurzum, jeglicher Vergleich, jegliche Gleichsetzung der damaligen Verhältnisse mit der heutigen Situation stellt einen eindeutigen Missbrauch des Schicksals der Heimatvertriebenen und damit ihre ultimative Verhöhnung dar.

Dr. Walter Kreul, Germering

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 4 – 27. Januar 2017

MELDUNGEN

Braunsberg wieder aufbauen

Braunsberg – In Braunsberg haben archäologische Untersuchungen begonnen, die den Beginn zum Wiederaufbau der Altstadt einleiten. Sie sollen das Straßennetz und die Gebäude-Begrenzungen auf dem heutigen Strazaki-Platz ergründen, der 1945 vernichtet worden war. Für diesen Ort entsteht ein Katasterplan mit Grundstücken, die die Stadt an Investoren verkaufen will, die hier Häuser altstädtischen Charakters bauen sollen. In Braunsberg wurden durch den Krieg 85 Prozent aller Gebäude zerstört, darunter fast alle denkmalwerten. „Man muss alles tun, damit die Stadt ihren früheren Glanz erhält", erklärte Jerzy Butkiewicz von der Gesellschaft der Freunde Braunsbergs. Die Aufgabe der Archäologen ist es, das Vorkriegs-Straßennetz zu entdecken, erläuterte der Stadtarchitekt Norbert Szymorek. Die Archäologen entfernen mit schwerem Gerät den oberflächigen Aufwuchs bis auf den Grund des Jahres 1945, erklärte Miroslaw Marcinkowski vom Archäologisch-Historischen Museum in Elbing. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] - Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Zaluski] - Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jablonki], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Bangen um den Bernsteinmarkt

Königsberger Behörden wollen die beliebten Verkaufsstände vom Dohna-Turm verbannen

Die Bernstein-Souvenirläden beim Königsberger Bernsteinmuseum im Dohna-Turm erfreuten sich jahrelang großer Beliebtheit. Obwohl Bernstein derzeit einen Boom erlebt, soll der kleine Markt nun von seinem Platz verdrängt werden. Proteste gegen die Verlegung fanden bislang bei den Behörden wenig Gehör.

Trotz der Gründung einer Facebook-Gruppe mit dem Namen „Erhaltet das Bernsteindorf", öffentlich geführten Diskussionen und Protesten gegen die Verlegung des ältesten und einzigen Bernsteinmarkts in Königsberg ließen sich die Stadtoberen bislang nicht erweichen: Die Entscheidung bleibt offen.

Stein des Anstoßes ist der kleine Markt mit Bernsteinsouvenirs, den 1990 die Pensionärin Nina Tschernyschewa nahe dem Bernsteinmuseum gegründet hatte. Der kleine Markt entwickelte sich zum Treffpunkt interessanter Menschen, darunter Wissenschaftler, Forscher und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die meist Gespräche über die Geschichte der Stadt und der Region führten.

Als in den frühen 1990er Jahren der Eiserne Vorhang fiel und das Königsberger Gebiet wieder für Ausländer zugänglich war, waren fast alle Besucher des Bernsteinmarkts gebürtige Ostpreußen. Die sogenannten Heimwehtouristen begegneten den Verkäufern des Minimarkts mit aufrichtigen Gefühlen, sodass er nicht nur ein Ort des Handels, sondern auch der Kommunikation wurde. Auch mit Tschernyschewa, die fließend Deutsch sprach, führten sie lange Gespräche über Themen wie Geschichte, Kultur, über Vergangenheit und Zukunft der Stadt. Neben Bernsteinsouvenirs wurden den Gästen auch Karten, Wimpel sowie die erste deutschsprachige Literatur über Königsberg und Ostpreußen angeboten, die im Königsberger Gebiet veröffentlicht wurde.

In den Schulferien unterstützte ihr Enkel Jewgenij Tschernyschew die Marktgründerin. Die vielen Gespräche am historischen Ort beeindruckten den Jungen tief und beeinflussten schließlich seine Berufswahl: Er studierte Geschichte. Im vergangenen Jahr verteidigte er seine Dissertation und arbeitet seitdem an der Berliner Humboldt-Universität.

Mit der Zeit entwickelte sich der Bernsteinmarkt zu einem Veranstaltungsort, an dem improvisierte Musikauftritte, kleine Konzerte und Tänze aufgeführt wurden. Es kamen so viele Gäste, dass ein Café eröffnet wurde. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass fast alle Touristen in den vergangenen 25 Jahren zu diesem Ort kamen. Mit der Zeit hat sich viel verändert. Seit einigen Jahren bangt der Bernsteinmarkt um seine Existenz. War er früher direkt am Eingang vor dem Bernsteinmuseum gelegen, so befindet er sich nun am Ufer des Oberteichs. Die Stadtregierung möchte, dass er Ende April ganz von seinem historischen Platz verschwindet.



Bernsteinverkauf in Königsberg: Das Projekt der Händler (o.) sieht feste Bauten vor. Bisherige Kioske sollen weichen

Bilder: Oleg Kopylow (o), Archiv

Die Händler haben auf eigene Kosten ein Projekt für neue Kioske im historischen Stil entwickelt, um sie für Besucher attraktiver zu gestalten. Sie dachten sich als neuen Namen „Bernsteindorf" aus. Sie betonten die Weltbedeutung Königsbergs als Region der Bernstein-Industrie und stellten Vergleiche mit Danzig an: Dort befinden sich Bernsteinkioske und -läden an den zentralen Orten der Stadt, während man in Königsberg den einzigen ähnlichen Ort beseitigen wolle.

In letzter Zeit ist die Diskussion um den kleinen Bernsteinmarkt zum Thema von regionaler Bedeutung auf Bundesebene aufgestiegen. In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen viele Briefe an die Behörden auf allen Ebenen geschrieben. Gutachten wurden erstellt, es gab Dutzende Arbeitstreffen und Sitzungen, an denen die wichtigsten Beamten der Stadt- und Regionalverwaltung teilgenommen hatten. Mit dem Thema beschäftigten sich alle wichtigen Minister und deren Stellvertreter, darunter auch Gouverneur und Bürgermeister. Darüber hinaus hatte der ehemalige Gouverneur Nikolaj Zukanow großes Interesse am Bernsteinmarkt gezeigt, während Bürgermeister Alexander Jaroschuk für dessen Verlegung war. Zukanow hatte den Markt mehrmals besucht und sich für dessen Erhalt ausgesprochen. Auf einer erweiterten Sitzung der Regionalregierung am 6. April 2016 sagte er: „In jeder Stadt der Welt gibt es außerhalb von Museen einen Souvenirverkauf. Einen besseren Ort bei uns zu finden, als in der Nähe des Bernsteinmuseums, ist schwierig." Offenbar hat die Regierung nicht genügend Autorität, um die Stadtverwaltung in solchen Dingen zu beeinflussen. Zumindest hat Zukanow keine Entscheidung über das Bernsteindorf herbeigeführt.

Die Stadtverwaltung ist immer noch nicht bereit, dem Projekt „Bernsteindorf" zuzustimmen. Sie will die Händler stattdessen auf den Zentralmarkt schicken, wo sie ihre Waren neben Fleisch- und Gemüseständen anbieten sollen.

Um einen Kompromiss zu finden, hat die Regionalregierung angeboten, das Bernsteindorf auf das Gelände des Bernsteinmuseums zu verlegen, das unter regionaler und nicht unter städtischer Leitung steht. Dafür ist eine Grünfläche hinter dem Dohna-Turm vorgesehen. Diese Möglichkeit erfordert jedoch Arbeiten am Entwässerungssystem. Es muss ein befestigter Platz angelegt werden, auf dem die Kioske aufgestellt werden können. Das ist mit hohen Kosten verbunden, welche die Händler nicht tragen können. Auf der anderen Seite gibt es viele rechtliche Fragen, beispielsweise bezüglich der Denkmalschutzbestimmungen für den Dohna-Turm, mit denen die Bauarbeiten in Einklang stehen müssen

Nun ist die Gebietsregierung gefragt, eine Entscheidung für die Stadtverwaltung zu treffen. Jedes Jahr steigt in der Stadt die Zahl der Dönerbuden und der Fastfood-Verkaufsstände. Immer wieder hat es Fälle von Lebensmittelvergiftungen nach dem Verzehr dieser Speisen in der Stadt gegeben. Doch keines dieser Objekte wurde geschlossen. Stattdessen findet ihre Ausbreitung an den historischen und zentralen Plätzen der Stadt die volle Unterstützung der Stadtverwaltung, welche die Aufstellgenehmigung vergibt. Gleichzeitig führt das Büro des Bürgermeisters einen erbitterten Kampf gegen den einzigen Markt mit Bernsteinsouvenirs.

Souvenirläden gelten allgemein als fester Bestandteil der kulturellen und touristischen Attraktivität einer Stadt. Für die Entwicklung der touristischen Attraktivität Königsbergs und die Bildung einer Marke der Region als Touristenzentrum spielen sie eine wichtige Rolle.

Der neue Gouverneur Anton Alichanow hat sich in die Entscheidungsfindung über das Bernsteindorf eingemischt. Auf der letzten Sitzung des Kulturrats beim Gouverneur wurde die Frage stürmisch diskutiert. Sogar so sehr, dass Alichanow während der Diskussion die Journalisten aufforderte, für einige Zeit den Saal zu verlassen. Doch bis jetzt gibt es noch keinen Ausweg aus der Situation. Dennoch versprach der Gouverneur eine Lösung für das Problem.

Manuela Rosenthal-Kappi

Hans-Gert Pöttering besucht Deutsche Minderheit

Einzige Chance Zusammenhalt: Vorstellung seines Buchs über die Entwicklung der EU im Allensteiner Kopernikus-Haus

Der CDU-Politiker Hans-Gert Pöttering besuchte die Deutsche Minderheit in Allenstein sowie die Ermländisch-Masurische Universität. Pöttering wurde am 15. September 1945 in Bersenbrück [Niedersachsen] geboren. Seinen Vater, der in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges gefallen ist, hat er nie kennengelernt. Dieses persönliche Schicksal hat maßgeblich sein politisches Engagement und seinen Weg in die Europapolitik mitbestimmt. Seit 1979 bis 2014 war er ohne Unterbrechung Mitglied des Europäischen Parlaments, ab 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlamentes. Heute ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In Allenstein war er nicht das erste Mal. Bereits 2008 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Ermländisch-Masurischen Universität verliehen. Der Grund für den diesjährigen Besuch war unter anderem die Vorstellung seines Buches „Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg". Pöttering hat die friedliche Einigung Europas begleitet und die Entwicklung der Europäischen Union mitgestaltet. Er war maßgeblich an der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten beteiligt. Sein Weg in der Europapolitik, sein Einsatz und seine Leidenschaft für das vereinte Europa sowie sein Blick auf die Zusammenhänge in Europa werden in dem Buch beschrieben.

Das Diskussionstreffen mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Europäischen Parlaments im Haus Kopernikus, dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit fand unter dem Thema „Vielfalt – Kulturerbe und eine Herausforderung des vereinten Europas" statt. Während der Diskussion gab es auch Fragen zur Flüchtlingskrise, zur europäischen Identität oder die von Donald Trump angekündigte Änderungen in den Beziehungen zwischen den USA und der EU.



Während der Lesung: Hans-Gert Pöttering Bild: Alexander Bauknecht

Pöttering unterstrich, dass die Stärke Europas nur der Zusammenhalt sei. Wir dürften nicht vergessen, dass die Europäische Union wir seien. Wir sollten handeln, uns gegenseitig zuhören, aber auch verstehen, was wir brauchen. Nur gemeinsam könnten wir die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen und die europäischen Werte bewahren. Pöttering sprach auch über Menschenidentität, die auf drei Ebenen zu erhalten sei – von der Heimat über das Gefühl der nationalen Gemeinschaft bis zur europäischen Identität. Nur ein gleichzeitiges Vorhandensein von diesen drei Identitätsfundamenten schütze uns vor destruktiven Nationalismen, resümierte Pöttering.

Er äußerte sich auch zur Flüchtlingskrise: „Die Armut der Dritte-Welt-Länder können wir nicht auf dem europäischen Kontinent lösen. Man soll die Außengrenzen der EU schützen. Es geht hier auch um den Schutz der Menschen, die rechtswidrig geschmuggelt werden und unterwegs ums Leben kommen. So kann es nicht sein. Gleichzeitig muss die EU für Verfolgte offen sein", erklärte er. „Andererseits sind wir nicht imstande, alle Wirtschaftsmigranten aufzunehmen, weil unsere Fähigkeiten begrenzt sind. Man soll denjenigen helfen, die die Hilfe am meisten brauchen, die verfolgt sind, die um Asyl bitten." Als sehr wichtig bezeichnete er die Sicherheit der Europäischen Union, dazu brauche man seiner Meinung nach die gemeinsame Außenpolitik und Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. *Edyta Gladkowska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der von vielen Klimaexperten schon abgeschriebene Winter hat sich nun doch besonnen und beschert uns endlich Frost und Schnee. Letzteren mancherorts auch recht heftig, wie mir unser ehemaliger Redaktionskollege **Horst Zander** am Telefon mitteilen konnte – seine Worte klangen etwas dumpf, aber der Inhalt seines Anrufes erklärte die Verhaltenheit seiner Stimme: Die Zanders sind eingeschneit! Wir pflegen ja immer zu Jahresbeginn über das Ehepaar zu berichten, das sich in Frau Lydias Elternhaus in Hinterpommern mit viel Mühe und Liebe ein Refugium geschaffen hat, das für beide Geborgenheit und Heimat ist, denn auch Horst Zander stammt aus Köslin. Und nun kam also diese Meldung, die mich sofort an unsere ostpreußischen Winter denken lies, wenn ganze Ortschaften im Schnee versanken – vor allem aber an den Fluchtwinter mit seinen Schneestürmen und Verwehungen, die manchen Fluchtweg beendeten, kaum, dass er begonnen hatte. Es ist nun einmal so, dass für uns, die wir damals die Heimat verlassen mussten, der Januar stets diese Erinnerungen herausbeschwört, die nun durch Schnee und Kälte noch eindringlicher werden. So ergeht es nicht nur mir sondern auch anderen älteren Leserinnen und Lesern, wie ich aus den Zuschriften entnehme, die von nie verarbeiteten Eindrücken berichten.

Ein längerer Beitrag hat mich besonders berührt, denn aus ihm spricht weder Bitterkeit noch Resignation sondern ein tief empfundener Dank für eine als Flüchtlingskind empfangene Zuwendung und Hilfsbereitschaft. „Die Zeitungen berichten über Hass und Groll, es gibt nichts, worüber man sich freuen könnte, darum mein Wunsch, einmal etwa wirklich Herzliches zu sagen,“, so Frau **Gustel Stibor-Weber** aus Landsberg-Gütz in ihrem Begleitbrief. Ihr liegt die noch immer andauernde Verbindung zu den alten Freunden – denn das sind sie längst geworden und blieben es bis heute – sehr am Herzen und deshalb würde sie sich über eine Veröffentlichung in unserer Kolumne freuen. Das sollen Sie nun, liebe Frau Gustel, und Ihre Freunde ebenfalls, denen – wie ich Ihren Zeilen entnehme – auch unsere Ostpreußische Familie vertraut ist. Und hier sind die Erinnerungen der heute 81jährigen aus Bieberswalde, Kreis Osterode, an die Flucht aus ihrem Heimatdorf, die Mitte Januar 1945 begann:

„Wir verließen Bieberswalde mit einem Pferdegespann meiner Verwandten bei großer Kälte. Wir: das waren meine 44-jährige Mutter, meine 16 Jahre alte Schwester, meine Großmutter, zwei Schwestern meiner Mutter, eine Cousine und ich. Der Kutscher war ein französischer Kriegsgefangener. Die Abreise erfolgte bei Einbruch der Dunkelheit. Gespenstisch waren die leeren Ortschaften. Der Himmel hatte sich rot gefärbt. Die Front war nicht mehr weit, Tiefflieger über uns, die wir auf einsamer schneebedeckter Straße fuhren. Wir kamen nicht weit. Vor Christburg holten uns die schweren russischen Panzer in großer Zahl ein. Es begann eine grausame, angstvolle Zeit. Die Soldaten ordneten die Räumung des Ortes an. Wir gingen zu Fuß durch teilweise brennende Dörfer, vorbei an vielen umgestürzten Fluchtwagen und erschossenen Menschen, bis wir unser Heimatdorf erreicht hatten. Abseits der großen Straße lag das Insthaus unserer Verwandten, dort zogen wir ein. Als im März die Deportation begann, verkrochen wir uns in einer Scheune, da aber viele Scheunen von russischen Soldaten inspiziert und auch in Brand gesetzt wurden, versteckten wir uns lieber bei immer noch großer Kälte im Wald. Dann war der Krieg vorbei. Es wurde eine Kolchose eingerichtet mit einer Gemeinschaftsküche, in der auch Brot gebacken wurde. Alle Verbliebenen über 10 Jahren mussten jeden Morgen um sechs Uhr zum Arbeitsantritt auf der Kommandantur sein. Es galt, das Vieh zu versorgen und die Ernte unter Dach und Fach zu bringen.

Als im Herbst das Land an Polen ging, wurden wir ausgewiesen. Termin: November 1945. Am frühen Morgen Fußmarsch über Liebemühl nach Osterode Bahnhof. Das Gepäck wurde durchsucht, dann begann die Fahrt in einem völlig verdreckten Güterwagen. Sie dauerte eine Woche – bis Berlin! Dort trafen wir eine Verwandte aus Spandau, bei der wir uns tagsüber aufhalten durften. Nicht weit entfernt von dem großen englischen Auffanglager Staaken, wo wir registriert wurden. In einer riesigen Fabrikhalle mit kalten Zementfußboden konnten wir schlafen, es gab auch zu Essen und Trinken. Jetzt wurde der Suchdienst bemüht, und es gab schnell einen Erfolg: Meine Tante fand ihren Ehemann, Hauptmann der Reserve, der in Schleswig-Holstein untergetaucht war. Der nächste Transport von Berlin nahm uns mit, aber wir waren dort unerwünscht. In Heide /Holstein warteten wir lange auf ein Quartier, meine Tante mit Ehemann und Tochter erhielt in Jarrenwisch in einer ehemaligen Kohlscheune einen Verschlag mit wackliger Treppe als Unterkunft für den Winter. Und wir vier warteten weiter in einer Flüchtlingsbaracke in Heide, aber nicht lange. Unsere Zeit in Schleswig-Holstein endete nach vier Monaten. Wir fanden Menschen aus unserer ostpreußischen Heimat, die uns bewogen, mit ihnen nach Niedersachsen zu gehen. Aber die Geschichte, die der eigentliche Anlass für meine Aufzeichnungen sind, geschah noch im Dezember 1945 in Schleswig-Holstein.

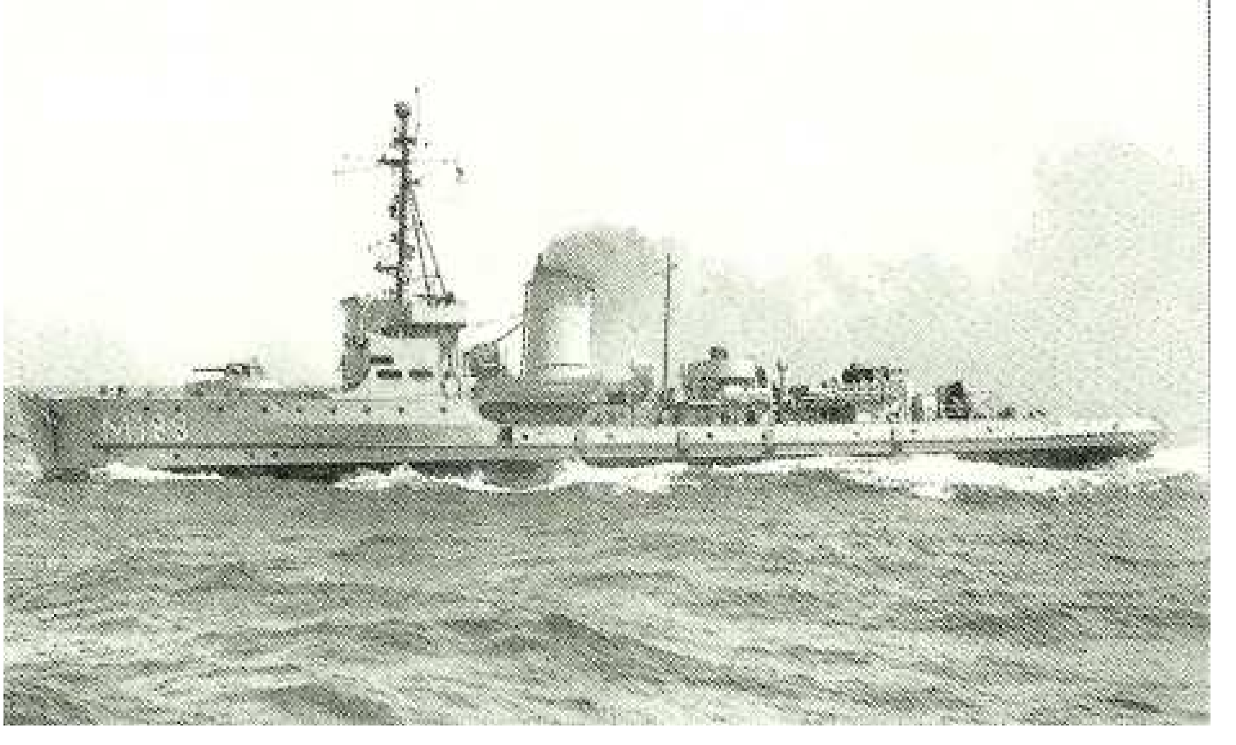
Uns wurde bei einer wunderbaren Familie in Wesselburen ein Raum mitten in der Stadt zugewiesen. Weihnachten rückte immer näher – und die ersten Plätzchen wurden gebacken. Der kleine Wohnraum in der Wohnung der Eigentümerin – einer gebürtigen Dänin, Mutter von zwei Kindern, ihr Mann war Soldat – konnte nur etwas beheizt werden, und wir wurden jeden Abend zum Aufwärmen eingeladen. Vieles wurde geteilt, aber was viel wichtiger war: Wir fühlten uns aufgenommen! Die Verbindung zu diesen netten Menschen aus Wesselburen, mit denen wir doch nur eine kurze Zeit zusammen waren, ist ungebrochen. Bis heute! Auch nach dem Tod der Eltern fanden immer wieder Begegnungen zwischen Angehörigen der nächsten Generation statt. Mit der Tochter, die jetzt in Süddeutschland lebt, stehen wir in ständigem Briefwechsel, ein liebevoll gepacktes Päckchen erreicht uns zum letzten Weihnachtsfest.“ Das ist es, was die heute 83-Jährige uns sagen wollte und es ist wirklich „etwas wirklich Herzliches“, und so werden es auch andere Leserinnen und Leser unserer Ostpreußischen Familie empfinden, für die Frau Stibor-Weber diese Geschichte geschrieben hat.

Auch unser Landsmann **Peter Perrey** aus Neustadt erinnert sich in diesen Tagen an die Flucht aus seiner Heimat Königsberg, und dass seine Gedanken so intensiv sind, liegt weniger an der augenblicklich herrschenden Kälte noch an dem kalendarisch passenden Datum – 28. Januar 1945 –, sondern an der Frage von Frau **Karen Baum** zu dem Fluchtweg ihrer Mutter **Christel Pfeiffenberger**, die wir in Folge 1/17 veröffentlichten. Zwar kann Herr Perrey hierzu keine klärenden Angaben machen, denn wie er selber sagt, sei die Frage schwer im Detail zu beantworten, aber er kann Frau Baum einige Hinweise geben, welche Dokumentationen über die Rettung über See ihr vielleicht nützlich sein könnten.

Es waren damals sehr viele Minensuchboote – bei der Marine als „M-Böcke“ bekannt – im Einsatz, sowohl bei der Sicherung größerer Schiffe als auch bei der Rückführung von Verwundeten und der Rettung von Flüchtlingen. Auch der kleine Peter kam mit seiner Familie aus dem eingeschlossenen Ostpreußen heraus, und obgleich er damals erst vier Jahre alt war, erinnert er sich genau an seine Flucht über See, wie er berichtet: „Auf dem Weg nach Pillau erhielt ich kurz hinter Moditten meine ‚Feuertaufe‘ durch Direktbeschuss russischer Jagdflugzeuge. Meine Mutter Charlotte Perrey, meine Oma Martha Bogatz, meine Großtante, mein kleiner Bruder Udo und ich wurden dann abends in Pillau durch meinen Großonkel, den Oberlotsen Alfred Krüger, heimlich an Bord des Dampfers „Käte“ der Reederei Sartori & Berger gebracht, auf dem sich schon viele Flüchtlinge befanden. In den Morgenstunden des 28. Januar lief der Dampfer nach Gotenhafen aus und von dort weiter nach Kolberg, wo er keine Einlaufgenehmigung bekam. Ein weiterer Versuch wurde dann in Swinemünde unternommen, aber auch dort wurde das Einlaufen nicht erlaubt, sodass wir nach Kolberg zurück mussten und dort an Land gehen durften. Inzwischen war die „Wilhelm Gustloff“ versenkt worden. Ich erinnere mich noch genau daran, dass in Kolberg in Wolldecken gehüllte Überlebende der Katastrophe an Land gesetzt wurden“. Erinnerungen eines damals erst 4-Jährigen, die sich tief eingegraben haben.

Eure

Ruth Geede



Einsatz in der „Rettungsaktion Ostsee“: Minensuchboot M 460 Bild: privat





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Neuer Anlauf nach 80 Jahren

Finden die Olympischen Winterspiele 2030 im Riesengebirge statt?

Es ist an der Zeit, laut von unseren Plänen zu berichten. Wir diskutieren darüber, wie wir unsere Sportobjekte am effektivsten den Weltstandards anpassen können und denken uns ausgefallene Sachen aus. Wir wollen, dass in 13 Jahren die besten Sportler des Globus‘ bei uns zu Gast sind“, so Tomasz Stanek, Vorsitzender der Kommission für Sport-, Tourismus- und Auslandsbeziehungen der Stadt Schreiberhau (Szklarska Por ba) im „Przegl d Sportowy“, Polens ältester Sportzeitung aus Krakau.

Die Polen machen sich nichts vor, dass im böhmischen Teil des Riesengebirges eine bessere Infrastruktur vorhanden ist. Deshalb will man die Winterspiele zusammen mit den tschechischen Nachbarn durchführen. Miroslaw Graf, Bürgermeister von Schreiberhau, ist überzeugt, dass das Riesengebirge gute Chance hat, da es zwischen den Flughäfen von Breslau und Prag verkehrsgünstig liegt. In der schlesischen Hauptstadt könne man sich so auch die Eröffnungs-, in der Metropole Prag hingegen die Abschlussfeier vorstellen.

Graf hat auch dem bekannten Urlaubsort Krummhübel (Karpacz) eine besondere Rolle zugedacht. Der Ort zu Füßen Niederschlesiens, Tschechiens und einst auch Preußens höchster Erhebung, der Schneekoppe, sei ein hervorragender Standort, wo man nur die Vorkriegsbobbahn, deren Verlauf noch erkennbar ist, erneuern müsste, während im Schreiberhauer Ortsteil Jakobsthal (Jakuszyce) die nötigen Loipen für den Skilanglauf bestünden.

Nicht zu vergessen sei auf der tschechischen Seite Harrahov mit seiner weltbekannten Skiflugschanze, die vor dem Bau manch neuer Anlagen in den letzten Jahren häufig Weitenweltrekorde ermöglichte. Man erinnert sich an den siebenbürgischen Sportreporter Bruno Moravetz („Behle, Behle, wo ist Behle...?“), der niemals vom Skispringen aus Harrachov, sondern damals noch wie selbstverständlich aus Harrachsdorf berichtete und es auch nicht unterließ, darauf hinzuweisen, dass der tschechische Ausnahmespringer Pavel Ploc doch eigentlich aus einer sudetendeutschen Familie stammte und „Paul Plotz“ sei. Seelige Zeiten, als er dann kommendes Wochenende auch noch aus „Ratschach-Matten“ (Planica) in Slowenien – oder wie Moravetz sagte, der Oberkrain – berichtete.

Realistisch nur, wenn Polen und Tschechen gemeinsame Sache machen

Mit an Bord wollen die Sportfreunde aus Schreiberhau auch das oberschlesische Schirk (Szczyrk) in den Beskiden nehmen. „Sollten wir die Winterspiele bekommen, wäre es ein Präzedenzfall, denn noch nie zuvor haben zwei Länder Olympische Spiele gemeinsam ausgetragen“, so Tourismusmanager Stanek. Karel Englis, Bürgermeister im ebenso avisierten böhmischen Olympiastandort Kleinaupa (Malá Úpa) war erstaunt, von dem „gemeinsamen“ Vorhaben zu lesen. In der Zeitung „Dnes“ sagte er, dass er tatsächlich vor zwei Jahren während einer Wanderung zur Schneekoppe mit Stanek über eine gemeinsame Austragung sinniert habe, doch auf tschechischer Seite wurde die Idee nie ernsthaft erwogen. Während die Tschechen angeblich von nichts wissen und böse Zungen behaupten, dass man großen Sport im Riesengebirge nur noch im Sportmuseum zu Krummhübel findet, springt das erzgebirgische Altenberg auf den Zug auf. Mit der dortigen Bob- und Rodelbahn von Weltruf bringt man sich als Alternative zu Krummhübel ins Gespräch, so die „Sächsische Zeitung“.

Tomasz Stanek und Miroslaw Graf halten an ihren Träumen fest. Nun wollen sie im polnischen Sportministerium für das Vorhaben werben. Die Stadt Schreiberhau benötigt allerdings allein 16 Millionen Euro, die sie in Langlauf- und Biathlonanlagen investieren möchte. Im Frühjahr wollen die Schreiberhauer ihre Bewerbung beim Internationalen Olympischen Komitee abgeben. Und zwar zum zweiten Mal, denn einen solches Begehren hat der Erholungsort ja bereits einmal in den 30er Jahren vorangetrieben. Das Rennen machten 1936 jedoch die für die Spiele extra zusammengeschlossenen oberbayerischen Gemeinden Garmisch und Partenkirchen.

Doch finden die sarmatischen Polen und die mitteleuropäischen Tschechen zusammen? Das unkoordinierte polnische Vorgehen könnte dank des Improvisationsgeistes durchaus Früchte tragen – vorausgesetzt, man schreckt mit den nächsten Schritten nicht erneut die erhofften tschechischen Partner ab.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Weber, Eberhard, aus Königsberg, am 31. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dahms, Ursula, geb. **Drosdatis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 29. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lötzen und Lyck, am 28. Januar
Heike, Ursula, geb. **Kuhr,** aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Rothof, Kreis Lyck, am 2. Februar
Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn,** aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar
Legler, Ingeborg, aus Düsseldorf, am 2. Februar
Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Rittweger, Helga, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 30. Januar
Sareyko, Lieselotte, geb. **Clemens**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 28. Januar
Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar
Gayk, Emma, geb. **Chudaska**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar
Liß, Emma, geb. Koyro, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar
Marianowski, Gerda, geb. **Engelbrecht**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Januar
Metschulat, Ernst, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Warnecke, Elfriede, geb. **Matheszick**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Both, Waltraud, geb. **May,** aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Goetz, Werner, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Hirseland, Anni, geb. **Mikeß,** aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Matrisch, Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Januar
Weiner, Hildegard, geb. **Schönfeld**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, geb. **Blosze,** aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Bruhn, Waltraut, geb. **Hanke**, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 30. Januar
Fröhlian, Else, aus Lyck, am 30. Januar
Fürst, Margarete, geb. **Petrick,** aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
König, Willi, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Januar
Krummel, Hildegard, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar
Rettrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar
Skau, Ruth, geb. **Raabe,** aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Zindler, Margot, geb. **Grommek**, aus Himmelforth und Mohrungen, am 29. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyer, Käthe, geb. **Griegel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Dommasch, Heinz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Kensy, Alfred, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Kowalski, Herta, geb. **Gehrmann**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 30. Januar
Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar
Krawelitzki, Meta, geb. **Schriever**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Mahner, Margot, aus Ludwigshafen am Rhein, am 2. Februar
Meier, Waltraut, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, am 28. Januar
Willamowski, Ursula, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar
Zimmermann, Irmgard, geb. **Soldat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borutta, Gotthold, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Christochowitz, Hedwig, geb. **Schrage**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Cwiklinski, Irmgard, geb. **Sokolies**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Huebenthal, Marta, geb. **Reinecker**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Kloss, Waltraut, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 31. Januar
Kram, Christel, geb. **Szech,** aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Marrek, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Mowwe, Anneliese, geb. **Piwko**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 31. Januar
Posselke, Irene, geb. **Eder**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Sieg, Werner, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Januar
Ulbrich, Hella, aus Königsberg, am 30. Januar
Zwickler, Edith, geb. **Refke**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 88, am 27. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ansorge, Inge-Margaret, geb. **Mentel**, aus Lötzen, am 31. Januar
Czypulowski, Gertrud, geb. **Duddeck**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 31. Januar
Degen, Helga, geb. **Plonus**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Engelhardt, Horst, aus Ebenrode, am 1. Februar
Geier, Elfriede, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 31. Januar
Gorzalka, Bernhard, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Kappus, Horst, aus Adelau, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Kelm, Wolfgang, aus Königsberg-Tannenwalde, am 27. Januar
Kubiczek, Ruth, geb. **Bank**, aus Ortelsburg, am 1. Februar
Lasarzewski, Dora, geb. **Meske**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. Januar
Lindenau, Reinhild, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Lindner, Erika, geb. **Didszonat**, aus Gerdauen, am 1. Februar
Meyer, Gerhard, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 29. Januar
Nagel, Ursula, geb. **Kühn,** aus Plein, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Neitz, Alfred, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Passie, Irmgard, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Ritter, Anna Helene, geb. **Graßat**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar
Scharna, Horst, aus Preußenburg und Rübezahl, Kreis Lötzen, am 2. Februar
Schubert, Inge, geb. **Rehse**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 31. Januar
Sökeland, Dr. Thomas, aus Niedersachsenwerfen, am 29. Januar
Steinbacher, Hildegard, geb. **Sommer**, aus Hansburg, Kreis Neidenburg, am 1. Februar
Syperrek, Hans, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Thönniss, Anneliese, geb. **Gerull**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Trebacz, Betty, geb. **Kasperek**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Februar
Zacher, Rosemarie, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Samland, am 29. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Apsel, Gertraut, geb. **Rogge**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 30. Januar
Augustin, Günter, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Bliesath, Charlotte, geb. **Titt,** aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Demenus, Reinhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 27. Januar
Doelp, Dora geb. **Bautz,** aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Dost, Hans-Ulrich, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Garms, Gertrud, geb. **Grap**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Glagau, Hans, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Heinz, Ruth, geb. **Jablonowski**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Heye, Elisabeth, aus Hoya, am 27. Januar
Kreutzer, Reinhard, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar
Kulinna, Egon, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Piaszinski, Lieselotte, geb. **Prengel**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 2. Februar
Rega, Lydia, geb. **Andreas**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 31. Januar
Roggenbach, Gisela, geb. **Fiedrich**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar
Reich, Hermann, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Rosa, Hilde, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. Januar
Schuchardt, Klaus, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Stallmach, Ewald, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Januar
Szuggat, Erwin, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Tiska, Dietlind, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Vogler, Hannelore, geb. **Dittkrist**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 31. Januar
Wiggers, Christel, geb. **Adamus**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 2. Februar
Zwingelberg, Georg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Klotz, Helga, geb. **Sdunzik**, aus Lötzen, am 28. Januar
Lange, Erika, geb. **Berg,** aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Maczey, Dietmar, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Marx, Adelheid, geb. **Warich**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Mierwald, Manfred, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 28. Januar
Zink, Gisela, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 31. Januar

Kosmopolen

Mittwoch, 1. Februar, 19:30 Uhr, Heinrich-Heine-Haus, Am Ochsenmarkt 1a, 21335 Lüneburg: Gespräch und Lesung mit dem polnisch-deutschen Autor Artur Becker aus Bartenstein [Bartoszyce]. Moderation: Dr. Andreas Lawaty

Eintritt: 6 Euro, ermäßigt: 4 Euro. Artur Becker ist seinen deutschen Lesern bisher als großer Erzähler bekannt. Becker, 1968 geboren Bartenstein, (Masuren), lebt seit 1985 in Deutschland.

Kartenreservierung unter Telefon (04131) 3093687

Termine der LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Jahr 2017 bei unserer traditionellen heimatpolitischen Tagung am 18. und 19. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme) einleiten. Zu dieser Auftaktveranstaltung in der Theodor-Heuss-Schule (Gerberstraße 16, neben dem Ratsgymnasium) laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg alle geschichtlich und kulturell Interessierten aus nah und fern herzlich ein. Für die Tagung konnten wir erneut herausragende Referenten gewinnen.

Am Sonnabend, 18. Februar, ist die Mensa der Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Professor Udo Arnold die Tagung mit seinem Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum Preußen als erstes protestantisches Fürstentum" eröffnen. Danach wird Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert referieren. Sein Thema: „Nicolaus Copernicus aus Thorn an der Weichsel. – Leben und Werk als Domherr in Frauenburg, als Arzt, Diplomat und weitbekannter Astronom." Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen.

Am folgenden Sonntag, 19. Februar, setzen wir die Tagung um 9.30 Uhr in der Schule fort. Oberstudiendirektor a.D. Dr. Walter Jarecki wird über die „Reformation in Norddeutschland" referieren. Im Jahr des Reformationsgedenkens werden des Tagungsteilnehmern auch neue Sichtweisen im Gedächtnis bleiben. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" beendet.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen, werden bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Fahrt in die Heimat 2017

Auch im Jahr 2017 fahren wir in die Heimat (Änderungen vorbehalten. Die Reise kann nur bei ausreichender Beteiligung stattfinden.

Eine Reise nach Ostpreußen ist immer ein Erlebnis. Viele fahren immer wieder gerne in ihre Heimat, aber auch immer mehr Jüngere begeben sich auf den Spuren ihrer Vorfahren, um das Land kennenzulernen, in dem die Wurzeln der Familie liegen. Ostpreußen-Interessierte sind auch herzlich willkommen, denn nach Ostpreußen fährt man mit Ostpreußen!

Zehntägige Busreise „Frühsommer in Ostpreußen“ vom 3. bis 12. Juni 2017. Bitte um Anmeldung bis Mitte März, da die Anmeldefristen in den Hotels relativ langfristig sind. Sollte Ihr Partner ausfallen, erfolgt unter Umständen Einzelzimmerberechnung. Empfehlenswert ist auf jeden Fall eine Reiserücktrittversicherung. Bitte überprüfen Sie, ob Sie eine Auslandskrankenversicherung haben, da diese in Russland vorgeschrieben ist, gegebenenfalls. gleich mit buchen.

Eingeschlossene Leistungen: Bus der Firma Erich Schwarz / Busfahrer Detlef Tritschler

2 Ü/HP Hotel Aquarius 5* in Kolberg, www.AquariusSPA.pl

1 Ü/HP Novotel Centrum 3* in Danzig, www.novotel.com

5 Ü/HP Forsthaus / Groß Baum

1 Ü/HP Hotel Anders 4* in Alt Jablonken/ Stare Jablonki bei Osterode, www.hotelanders.pl

Kurische Nehrung – Gebühren Vogelwarte

Ständige russische Reiseleitung

Andere, eventuelle Eintrittsgelder zahlt jeder bitte selbst.

Unsere Reise 2017 führt uns nach Jahren wieder in die Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum. Auftakt ist jedoch das Hotel Aquarius in Kolberg, den Stamm-Mitfahrern bestens bekannt. Es ist ein wunderbarer, sehr komfortabler Auftakt unserer Reise. Das schöne Hotel und die nahe Ostsee laden zu einem entspannenden Reisebeginn ein. In Danzig sind wir im Novotel, nur wenige Meter von der Grünen Brücke / Altstadt entfernt. Diese über 1000-jährige Stadt zu erleben, ist immer wieder ein Erlebnis. (Achtung, Suchtgefahr!! Das Bernsteinangebot ist überwältigend!)

In Nordostpreußen sind wir endlich wieder in der Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum. Wir haben alle Zimmer im renovierten Haus reserviert, können natürlich, wie früher auch, im Haus Ostpreußen wohnen, was ich auch gehbehinderten Personen empfehlen möchte. Denn die Zimmer im Forsthaus sind alle in der 1. bzw. 2. Etage. (Die Zimmervergabe erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldung). Auf der Rückreise machen wir eine Zwischenübernachtung in Alt Jablonken bei Osterode. Die traumhafte Lage in der herrlichen Natur am Rande Masurens wird Sie begeistern. Die letzte Nacht verbringen wir ebenfalls im Hotel Aquarius in Kolberg. Das ist ein schöner Abschluss unserer Reise, den wir sehr genießen werden.

Reiseverlauf (Änderungen vorbehalten):

1. Tag: Sonnabend, 3. Juni – Die Nordroute gen Osten

Anreise von Sarzbüttel/Schleswig-Holstein über Hamburg, Bernau bei Berlin nach Kolberg zur Zwischenübernachtung im Hotel Aquarius. Das Hotel liegt im neuen Kurbezirk von Kolberg, nur wenige Schritte von der Ostsee und vom Freilichttheater entfernt. Das Hotel ist eins der modernen 5-Sterne-Kur-Hotels mit Badelandschaft, sodass schon der erste Abend zu einem besonderen Erlebnis werden wird.

2. Tag: Sonntag, 4. Juni – Von Pommern nach Danzig

Weiterfahrt von Kolberg nach Danzig. Wir (er)fahren dabei die ganze Weite Pommerns, um am Nachmittag an unserem Ziel Danzig einzutreffen. Das Hotel befindet sich am Rande der malerischen Altstadt, die bequem in wenigen Gehminuten zu erreichen ist. Hier kann jeder Punkte seines Interesses anschauen. Die Langgasse mit dem Langen Markt, Artushof und -Brunnen, das Grüne Tor, Krantor, Jopengasse, Marienkirche u.v.m. begeistern immer wieder. Das Bernsteinangebot ist umwerfend. – Novotel in Danzig.

3. Tag: Montag, 5. Juni – Von Danzig nach Groß Baum / Hotel Forsthaus

Fahrt von Danzig nach Königsberg, durch das Danziger Werder, Überqueren die Wechsel und die Nogat, vorbei an Elbing und Braunsberg, Überqueren der Grenze in den russischen Teil Ostpreußens bei Heiligenbeil (Mamonowo).



Am Nachmittag erreichen wir unser Hotel in Groß Baum und werden erstmal inspizieren, wie alles geworden ist.– Hotel Forsthaus

4. Tag: Dienstag, 6. Juni – Heimat Rundfahrt nach Labiau, Stadt und Kreis, mit Besichtigung des Museums im Schloss Labiau und des Schulmuseums Kelladden, Sie dürfen wirklich gespannt sein. Aber auch eine Fahrt zum Kurischen Haff und zu anderen Plätzen, die mit dem Reisebus erreicht werden können, sind im Programm. – Hotel Forsthaus

5. Tag: Mittwoch, 7. Juni – Heimat – Taxitag

Sie besuchen Ihren Heimatort im Kreis Labiau oder andere Punkte Ihres Interesses. Den Mitreisenden, die nicht aus Ostpreußen kommen, werden interessante Vorschläge bzw. Mitfahrangebote unterbreitet, damit auch für sie dieser Tag unvergesslich wird. Den Taxipreis bezahlen Sie vor Ort. – Hotel Forsthaus

6. Tag: Donnerstag, 8. Juni – Rundfahrt Tilsit, Breitenstein

Fahrt nach Tilsit, der Stadt an der Memel. Tilsit ist inzwischen deutlich schöner geworden. Wir besuchen auch das Museum und das Königin-Luise-Denkmal im Park Jakobsruh. Bei unserer Rundfahrt statten wir auch Jurij Userzow in Breitenstein einen Besuch ab. – Hotel Forsthaus

7. Tag: Freitag, 9. Juni – Fahrt ins Samland und auf die Kurische Nehrung

Die einzigartige Landschaft der Nehrung verzaubert immer wieder den Besucher. Wir besuchen die Vogelwarte, die einst 1901 von Johannes Thienemann gegründet wurde. Uns wird dort gezeigt, wie die Vögel beringt und registriert werden. An der Ephas-Düne machen wir einen Stopp. Von den Aussichtsplattformen hat man einen herrlichen Blick auf das Haff, die Ostsee und die Dünen. Rückkehr ins Hotel Forsthaus – es ist unser letzter Abend im Heimatkreis. – Hotel Frosthaus

8. Tag: Sonnabend, 10. Juni – Über Preussisch-Eylau nach Ermland-Masuren

Stationen sind unter anderem Bartenstein – Heilsberg und Osterode. – Hotel Anders

9. Tag: Sonntag, 11. Juni – Abfahrt nach Kolberg

Abfahrt Richtung Westen, Hotel Aquarius, Kolberg. Wir können uns auf das super Buffett freuen und noch den letzten Abend an der Ostsee genießen.

10. Tag: Montag, 12. Juni – Heimfahrt, alles Schöne ist einmal zu Ende

Rückfahrt von Kolberg via Bernau nach Hamburg. Bernau erreichen wir zirka gegen 13 Uhr, Ankunft in Hamburg zirka 18 Uhr.

Am Ende der Reise sagt hoffentlich jeder: Es war schön!

Preis bei 25 Teilnehmern: 1075 Euro im Doppelzimmer, 220 Euro Einzelzimmerzuschlag.

Preis bei 35 Teilnehmern: 960 Euro im Doppelzimmer, 220 Euro Einzelzimmerzuschlag.

Die Preise beinhalten Halbpension inklusive Frühstück und warmes Abendessen. Mittags verpflegen wir uns aus der Busküche, gegen günstige Berechnung bzw. können etwas einkaufen oder – je nach Gelegenheit – ein Restaurant besuchen. Visum 85 Euro (Stand November 2016, Änderung vorbehalten). Bei Fragen kontaktieren Sie bitte die Kreisvertreterin.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Zehntägige Rundreise

Landsmann Gerd Birth aus Canditten hat für die Zeit vom 15. bis 24. Juni eine Busreise nach Schlesien und Ostpreußen organisiert. Hier der **Reiseverlauf:**

1. Tag, Donnerstag, 15. Juni:

Einstieg/Zustieg, beginnend in Bielefeld, dann Weiterfahrt nach Herford, Langenhagen und ZOB Hannover, ferner entlang der A 2 und des Berliner Rings; Passieren der deutsch-polnischen Grenze bei Forst/Neiße und Weiterreise bis zum Hotel in Breslau/Schlesien für drei Tage.

2. Tag, Freitag, 16. Juni:

In Breslau Stadtführung und Stadtrundfahrt mit Rathausplatz, Dominsel, Oper, Hauptbahnhof, Kaiserbrücke und Jahrhunderthalle. Anschließend zur freien Verfügung.

3. Tag, Samstag, 17. Juni:

Ausflug ins Riesengebirge mit Halt in Schweidnitz (sehenswerte Friedenskirche mit Barockpracht), Hirschberg und Krummhübel mit der Kirche Wang.

4. Tag, Sonntag, 18. Juni:

Abfahrt von Breslau nach Ostpreußen über Lodz und Allenstein bis zum Hotel in Heilsberg für drei Übernachtungen.

5. Tag, Montag, 19. Juni:

Vormittags zur freien Verfügung, nachmittags Fahrt nach Canditten zu einer kleinen Feierstunde auf dem Gedenkfriedhof, danach Einkehr bei der Deutschen Gesellschaft Natangen in Landsberg zu Kaffee und Kuchen. Gegen Abend findet ein zünftiges Grillpicknick im Storchendorf Schewecken statt.

6. Tag, Dienstag, 20. Juni:

Dieser Tag steht zur freien Verfügung, ferner Möglichkeit zum Besuch der Heimatdörfer, alternativ Rundfahrt durch die hiesige Region.

7. Tag, Mittwoch, 21. Juni:

Wir verlassen das Hotel in Heilsberg und fahren nach Buchwalde zu der sehr reizvollen Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal über die fünf Schiefen Ebenen bis nach Elbing, dort Ankunft am Hotel für zwei Übernachtungen.

8. Tag, Donnerstag, 22. Juni:

Zur freien Verfügung und zur Entdeckung der hübschen Stadt

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Ein einzigartiges Erlebnis: Fahrt auf den Rollbergen Bild: privat

Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?

Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.



Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten-nicht“. Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Singende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittsplaketten zum Preis von 10 Euro pro Stück, zuzüglich 1 Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-91/Fax (040) 414008-50 / rinser@ostpreussen.de.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

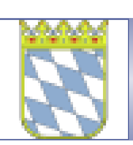
Buchen – Sonntag, 5. Februar, 14 Uhr, Pfarrscheune, Hainstadt (neben der Kirche): Winterlicher Nachmittag mit Bratäpfeln, Punsch, Wintergedichten und Filmvortrag.

Ludwigsburg – Dienstag 21. Februar, 15 Uhr Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen.

Tagesordnung:
1. Begrüßung
2. Totenehrung
3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden
4. Kassenbericht des Kassenwarts
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Vorstandes
7. Anträge
8. Wahlen aller Ämter
9. Verschiedenes.

Stuttgart – Die Frauengruppe trifft sich am Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kl. Saal. Unser Thema ist „Winterfreuden – Winterleid" mit Geschichten, Gedichten und Liedern. Die Mitglieder der Kreisgruppe, auch Herren und Gäste, sind herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.





BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen. Vortrag Frühlingsbräuche in Ostpreußen.

Hof – Jahreshauptversammlung am 14. Januar 2017 – ohne Neuwahl des Vorstandes - um 15 h im Restaurant Altdeutsche Bierstube in Hof – Ostpreußenreise 2017 (südlicher Teil) vom 3. bis 10. Juni 2017.

Trotz des Winterwetters hatten sich eine Gruppe Mitglieder und Gäste zur Jahreshauptversammlung ohne Neuwahl des Vorstandes bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen eingefunden. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim begrüßte die Gruppe mit den besten Wünschen für das neue Jahr 2017. Im Besonderen stellte er nochmals die Reise in den südlichen Teil Ostpreußens vor, um historische Städte und Bauwerke gemeinsam zu erkunden. Anreise nach Thorn, Ziele Nikolaiken, Masuren, Elbing, Danzig, Kolberg, um nur einige zu nennen.

Abfahrt Rehau/Hof, Sonnabend 3. Juni, Rückkunft Hof/Rehau, Sonnabend 10. Juni, Reiseleitung Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416. Plätze sind noch frei.

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied, wünschte Christian Joachim den gewesenen Geburtstagskindern alles Gute, und in einer Schweigeminute erhob man sich zu einem ehrenden Gedenken an verstorbene treue Mitglieder.

In seinem Jahresrückblick für 2016 erinnerte der Vorsitzende an die inhaltsreichen Zusammenkünfte und Teilnahmen an Veranstaltungen unserer Gruppe. Er dankte der Vorstandschaft für die intensive Mitarbeit. Schatzmeister Elisabeth von Lossow verlas ihren Kassenbericht für 2016. Revisor Gerd Oehler bestätigte die korrekte und richtige Arbeit, einstimmig wurde hier Entlastung erteilt.

Jugendreferentin Jutta Starosta gab nun ihren Jahresbericht der Volkstanzgruppe Hof-Rehau. Die vielseitigen Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen sind der Dank für die Arbeit, aber auch Seminare und Ausflüge tragen zur Entspannung bei. Mit Stolz und großem Dank würdigte Joachim diesen Einsatz zur Erhaltung des Heimatgutes.

„Machen wir weiter so, bleiben Sie gesund, wir brauchen jeden", so verabschiedete sich der Vorsitzende. Nächste Termine: Sonnabend, 11. Februar, 13 Uhr: Grützwurstessen. Sonnabend, 11. März, 15 Uhr: Heimatnachmittag/Frühling. Restaurant Altdeutsche Bierstube, Hof, Gäste herzlich willkommen. *Renate Pfaff, Schriftführerin*

Landshut – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr: Zusammenkunft in der Insel und Kassenprüfung.

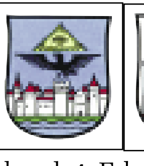
München – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Treffen der Frauengruppe. – Freitag, 17. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Lilienberg 5, 81669 München: Gemeinsame Kaffeetafel und anschließend lautet das Thema „Ostpreußische Getränke" und alles, was damit zusammenhängt.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BERLIN

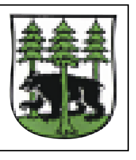
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



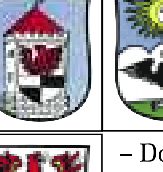

Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

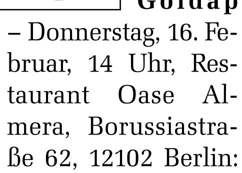


Frauengruppe – Mittwoch, 8. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

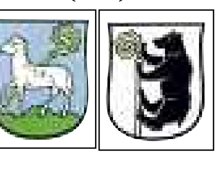


Rastenburg – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

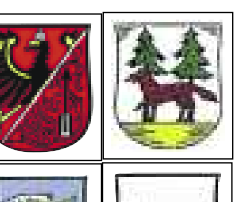




Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in der Heimat Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



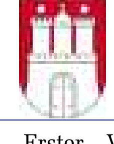
Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.




Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 21. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das Jahr 2017. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 24. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Belrin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



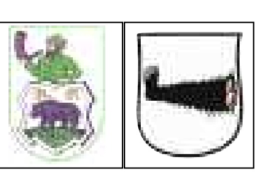
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

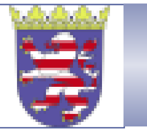
LANDESGRUPPE

Freitag, 3. Februar, 12 Uhr: Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. (L.v.D.) im Haus der Heimat, Teilfeld 8, (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle der Buslinien 6 und 37).

KREISGRUPPE



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr, außer Januar und Juli, um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon: (040) 587585, Fax: (040) 52678519. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Zum Thema „Nord-Ostpreußen auf eigene Faust", einem Vortrag von Hanna Schink und ihrer Tochter Kerstin Hoffmann, trafen wir uns zu unserem ersten Treffen im neuen Jahr, wie gewohnt im geschmückten Saal des Luise-Büchner-Hauses in Darmstadt-Kranichstein. Durch die winterliche Wetterlage sowie den Bus- und Straßenbahnfahrer-Streik konnten wir an diesem Tag nur eine eingeschränkte Besucherzahl begrüßen. Trotz allem hatten sich Gäste zu uns auf den beschwerlichen Weg gemacht und wurden ganz besonders herzlich begrüßt.

Nach der kurzen Begrüßung durch Gerhard Schröder und Christian Keller konnte uns Herr Turowski seine Bibel-Worte vermitteln und Anni Oest den Geburtstagskindern gratulieren.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Elbing, alternativ Ausflugsfahrt zur Ostseeküste oder nach Frauenburg.

9. Tag, Freitag, 23. Juni:
Abfahrt vom Hotel in Elbing zur alten Handelsstadt Danzig, dort Besuch der Rechtstadt/Altstadt mit den repräsentativen Bürgerhäusern, dem Langen Markt, dem gewaltigen Krantor und vielen anderen eindrucksvollen Prachtbauten. Am Nachmittag geht die Reise weiter nach Posen zu einer kleinen Stadtrundfahrt und zur Zwischenübernachtung.

10. Tag, Samstag, 24. Juni:
Rückfahrt von Posen über Frankfurt/Oder nach Deutschland.

Der Reisepreis beträgt bei 45 Teilnehmern 807 Euro pro Person im Doppelzimmer und erhöht sich staffelweise bei geringerer Teilnehmerzahl. Im Reisepreis sind sämtliche Kosten inbegriffen, und zwar Fahrtkosten, Übernachtungen, Halbpension, Ausflüge, Stadtführungen, Eintrittsgelder und Schiffsfahrt.

Nähere Auskünfte und Anmeldungen bei Gerd Birth, Kantstraße 30, 41836 Hückelhoven-Baal, Telefon (02435) 616, Fax (02435) 920 280 oder per E-Mail: g.birth@new-online.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung bedeutet somit auch einer Einverständniserklärung!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Regionaltreffen

Die Landsmannschaft Ostpreußen richtet in Zukunft den Blick auf dezentrale Regionaltreffen. Zentrale Deutschlandtreffen der Ostpreußen in der bisherigen Form wird es künftig nicht mehr geben. Regionaltreffen tragen dazu bei, angesichts nachlassender Mobilität die Anreisewege zu verkürzen und die Teilnahme zu erleichtern. Die im Westen lebenden Tilsiter werden am Jahrestreffen der Ostpreußen in Neuß teilnehmen, welches am 13. Mai 2017 stattfindet. Es handelt sich um eine eintägige Veranstaltung. Zusammenkünfte der Heimatkreise sind vom Veranstalter nicht vorgesehen.

Für alle Tilsiter, die in Mitteldeutschland wohnen, bietet sich ein Regionaltreffen in Leipzig an. Es findet am Samstag, dem 17. Juni 2017, in der Gaststätte „Seibahn", Max-Liebermann-Straße 91 in 04157 Leipzig statt. Für einige Kreisgemeinschaften (zum Beispiel Wehlau, Labiau) sind reservierte Tische vorhanden. Auch für die Tilsiter wird die Möglichkeit geschaffen, um zusammenzusitzen und Erinnerungen austauschen zu können. Die Tilsiter Vorstandsmitglieder werden anwesend sein und Interessantes aus Tilsit berichten. Die Veranstaltung wird von einem ansprechenden Musikprogamm begleitet. Nähere Auskünfte sind bei Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730 erhältlich. Wir rechnen mit einer regen Beteiligung der Tilsiter.

Malkurs an der Dittchenbühne

Unter Leitung der Elmshorner Illustratorin Susanne Berger bietet das „Forum Baltikum – Dittchenbühne" in diesem Jahr wieder einen Acrylmalkurs unter dem Motto „Einfach losmalen" oder „Mal mal wieder" für Erwachsene an. Beginn ist am 1. Februar. Der Kurs richtet sich an Menschen, die ihre Kreativität und ihren eigenen Malstil entdecken wollen.

Die Malschule findet von Februar bis Mai fünf Mal an einem Mittwoch von 19 bis 21 Uhr statt. Die gesamte Kursgebühr beträgt 90 Euro. Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forums Baltikum – Dittchenbühne" unter Telefon (04121) 89710 oder per Mail unter buero@dittchenbuehne.de. *EB*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Auch das eintägige Ostpreußentreffen am 13. Mai in Neuss/ Rhein zwischen 10 und 17 Uhr wurde angesprochen. Die mehrstündige Anfahrt (und später Heimfahrt) ist für die meisten Landsleute aus Alters- und Krankheitsgründen zu belastend und deshalb kann eine Teilnahme nicht mehr erfolgen.

Kurzgeschichten, Gedichte und ein Mundartquiz bereicherten den Nachmittag. Was bedeuten ostpreußische Worte (aus der Wortsammlung eines Gumbinner Pfarrers), die von Hannelore Neumann abgefragt wurden?

Nach einer kleinen Kaffeepause trug nun Hanna Schink ihre Erlebnisse aus vielen Reisen in ihre Heimatstadt Königsberg (sie bekundet, dass es auch heute noch ihre Heimat ist) vor. Es war ein lebhafter und sehr emotionaler Vortrag, der sehr viel Aufmerksamkeit unter den Zuhörern weckte, die gerne noch länger zugehört hätten.

Nach unserem Hinweis auf das nächste Treffen beendeten wir einen gelungenen und schönen Nachmittag.

Dieses Treffen findet am Samstag 25. Februar 2017 um 14.30 Uhr statt.

Unter musikalischer Begleitung vom Akkordion-Duo Karin Liedke und Rudi Mohr, aus der Gesangsgruppe Biebesheim – Dornheim wolle wir gemeinsam unser "Preußisches Fasteloawend feiern und würden uns über gelungene Beiträge freuen.


Bild: Rühl

Buchautor Joachim Albrecht

Wetzlar – Ostpreußischen Humor bietet der Buchautor Joachim Albrecht beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen - Kreisgruppe Wetzlar am Montag, 13. Februar, um 19 Uhr. Die Gruppe trifft sich dazu im Restaurant „Grillstuben“ in Wetzlar (Stoppelberger Hohl 128). Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Donnerstag, 9. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 3. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38. ESWE-Busverbindung: Linie 16 – Haltestelle Ostpreußenstraße. – Dienstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud.

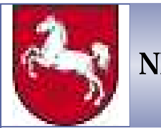




MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe/Güstrow – Am Sonnabend, dem 18. Februar, treffen sich die Ostpreußen aus der näheren und weiteren Umgebung um 14 Uhr im Bürgerhaus Güstrow, Sonnenplatz 1 (Stadtzentrum). Angesagt hat sich der Landesvorsitzende Manfred Schukat aus Anklam mit den schönsten Aufnahmen der Heimat 2016 sowie von den großen Ostpreußentreffen des Vorjahres und der Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ vor zwei Monaten. Für Kaffee und Kuchen, Bärenfang sowie genügend Parkplätze am Bürgerhaus ist gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von nah und fern sind herzlich dazu eingeladen.



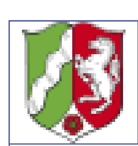
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg trifft sich am 8. Februar um 15 Uhr im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg. Klaus Papies, Bremen, stellt sein Buch „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ vor, ein Wortschatzkästchen der ostpreußischen Sprache. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 7. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klos-terstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Professor Dr. Heinz Schürmann, Bielefeld, einen bebilderten Vortrag halten: „Die Marienburg an der Nogat – Hauptsitz des Deutschen Ritterordens“. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. – Bei der Jahreshauptversammlung im Januar wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: Vorsitzender Joachim Rebuschat, 2. Vorsitzender Martin Rötter, Kassenführerin Ursula Niewelt-Riechert. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebu.schat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Heimat. – Die Frauengruppe hat ab Januar 2017 bis auf Weiteres ihre monatlichen Zusammenkünfte eingestellt. Allen bisherigen Gästen wird der Heimatliteraturkreis oder der Stammtisch der Königsberger empfohlen. Treffen der Frauengruppe zu einem eventuellen späteren Zeitpunkt werden früh genug veröffentlicht.

Bonn – Sonnabend, den 18. Februar, 19.30 Uhr, im Maritim-Hotel, Godesberger Allee, 53175 Bonn: 10. Osterdeutscher Winterball mit Livemusik, den Oberschlesischen Jazzboys, Tombola und anderen Showeinlagen. Es wird ein reichhaltiges Buffet mit ostdeutschen Spezialitäten geben. Der Eintritt kostet 50 Euro. Kartenreservierungen: landsmannschaft@schlesien-bonn.de oder Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 1. Februar, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 2. Februar, 19 Uhr, GHH: „Und die Sehnsucht singt mich zur Ruh‘“ – Lesung mit Gedichten von Selma Meerbaum-Eisinger. – Mittwoch, 8. Februar, 17.30 Uhr: Ausstellungseröffnung Karel Cudlin „Fotograf der politischen Umwälzungen“. – Mittwoch, 8. Februar, 18 Uhr: Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen „Gründung der ‚Charta 77‘ und ihre Wirkung auf die politische Lage in der Tschechoslowakei und in den Ostblockstaaten“. – Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 11. Februar, 14.30 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Karnevalsnachmittag für alle Landsmannschaften. – Sonnabend, 11. Februar, 16 Uhr: Vortrag von Ruth Jäschke „Blütenpracht und Farbmagie – Der Charme des japanischen Kimonos“. – Dienstag, 14. Februar, 17 Uhr, GHH: Literarische Lesung und Dis-kussion „Lust und Last des Sammelns“. – Donnerstag, 16. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals.

Essen – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung wird zu „Königsberger Klops“ eingeladen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Münster – Die Kreisgruppe Münster (Westf.) lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Sonntag, 12. Feburar um 15 Uhr ins Restaurant Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, 48143 Münster, ins historische Lambertuszimmer, ein. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Die Tagesordnung lautet:

1.) Bericht des Vorsitzenden Stefan Leschniok

2.) Berichte des Schatzmeisters und der Kassenprüfer

3.) Bericht der Frauengruppe

4.) Aussprache / Entlastung des Vorstandes

5.) Verschiedenes

Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und Gedankenaustausch folgt ein Vortrag des Arbeit des „Fördervereins Münster – Lublin e. V.“, dessen Hauptanliegen in der Pflege der Städtepartnerschaft zwischen Münster (Westf.) und Lublin besteht.

Die Absichten dieses Vereins berühren auch eines der Grundanliegen unserer landsmannschaftlichen Kreisgruppe: Förderung und Vertiefung des Verständnisses und der Verständigung zwischen Deutschen und Polen, um die deutsch-polnische Freundschaft zu festigen und der europäischen Einigung zu dienen. – Die Frauengruppe trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Edith Ay (Gruppenmitglied) sowie von Irmgard Bludau (Stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende) im Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, in Münster. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15. bis 18 Uhr geöffnet.

Siegen – „Dort wo die Sterne steigen, da liegt mein Heimatland – ihm gab ich mich zu eigen; aus ihm ward‘ ich verbannt.“ (Scheffler).

Wir trauern um Thilde Utikal Geboren am 6. September 1922 in Königsberg, gelangte sie 1950 nach Siegen, wo sie sich intensiv der Erinnerung an die verlorene Heimat Ostpreußen widmete.

Stets setzte sie sich für die Anliegen der Vertriebenen ein, ob in der Deutschen Jugend des Ostens oder der Bruderhilfe. 1983 übernahm sie die Leitung der Kreisgruppe Siegen in der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und leitete viele Jahre hindurch auch deren Frauengruppe.

Die Erinnerungsarbeit für ihre verlorene Heimat war ihr Lebensinhalt. Dafür wurde sie 1988 mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ost-und Westpreußen ausgezeichnet. 1999 erhielt sie die Silberne Ehrennadel des BdV, dessen Schriftführerin sie seit 1993 war. Im Jahr 2005 dankte ihr die Landesgruppe NRW mit der Ehrenplakette für ihr unermüdliches Engagement.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren und in ihrem Sinne die Erinnerung an Ostpreußen und die Arbeit im Bund der Vertriebenen weiterführen.

Wesel – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Einladung zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Die Kreisgruppe bittet um rege Beteiligung. Bitte verbindliche Anmeldung bis zum 10. Februar bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Es werden Kaffee und Kuchen angeboten mit gemütlichem Beisammensein.

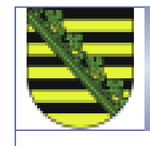
Witten – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Ost - und Westpreußen gehen gemeinsame Wege

Der Vorstand der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Sachsen, und die Organisatoren des Regionaltreffens der ostpreußischen Kreisgemeinschaften Wehlau, Fischhausen und Labiau werden zukünftig dieses jährliche Treffen gemeinsam organisieren und durchführen.

Der Tatsache Rechnung tragend, das uns die Landsleute – altersbedingt – nach und nach verlassen, sehen wir gute Möglichkeiten gemeinsame Veranstaltungen für alle interessierten Ost- und Westpreußen durchzuführen.

Die Zusammenarbeit mit dem „Deutsch-Russischen-Zentrum Sachsen e.V.“, die sich im Zuge von Projektarbeiten im Nördlichen Ostpreußen (Oblast Kaliningrad) entwickelt hat, bot uns die Möglichkeit, die LM der Deutschen aus Russland in Leipzig kennenzulernen.

2015 haben wir bei unserem 3. Regionaltreffen deren musikalisches Potenzial zu Gehör bekommen. Diesen, sich als richtig erwiesenen Weg, werden wir gemeinsam weiter beschreiten.

Das Leipziger Regionaltreffen ist offen für alle Ost- und Westpreußischen Kreisgemeinschaften und der LM der Deutschen aus Russland. Auf dieser Ebene wollen wir uns auch in Zukunft mit und für unsere Landsleute und Heimatfreunde einsetzen.

Liebe Leser, diese Aktivität muss nicht unter uns bleiben. Interessierte Kreis- und Ortsgruppen können sich gerne anschließen, ihre Ideen und Möglichkeiten einbringen. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern und den künstlerischen Ensembles unseres Umfeldes sind wir bereit und in der Lage, auch im Jahresverlauf bzw. periodische Treffen, Zusammenkünfte oder Unterhaltungsnachmittage unter Berücksichtigung der Wünsche der potenziellen Teilnehmer zu organisieren und zu gestalten.

Ihre Anregungen und Meinungen richten Sie bitte an: Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Zu Beginn der Januar-Runde begrüßte die Vorsitzende die Ost- und Westpreußen mit vielen guten Wünschen für das Jahr 2017.

Thema des Nachmittags war die Stadt Espelkamp, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen auf einem ehemaligen Munitionsgelände „gegründet“ wurde. Die Stadt liegt nördlich von Bielefeld. Die Vorsitzende teilte Kopien eines Landkarten-Ausschnittes an die Teilnehmer aus.

Die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen waren zunächst in den Baracken untergebracht worden. Bald fingen die Menschen an, das Gelände zu bearbeiten. Es wurden Kartoffeln und Gemüse angebaut, und es blühten Blumen, am 4. Oktober 1949 gründeten das Land Nordrhein-Westfalen, das Diakonische Werk und die Ev. Kirche von Westfalen die Aufbaugesellschaft Espelkamp. Maßgeblich an den Finanzverhandlungen beteiligt war ein Oberzahlmeister aus Ostpreußen, der im Kirchenkreis Bielefeld als Rendant tätig war. Wie es seine Tochter selbst erlebte, entstanden bald die ersten festen Häuser.

Es entwickelte sich ein reges Wirtschaftsleben. Landsmann Poltrock aus Marienwerder gründete einen Textilreinigungsbetrieb, ein Flüchtling aus der DDR eine Schraubenfabrik.

Es entstand eine Ev. Kirchengemeinde, dann eine katholische. Die Mennoniten pflegten ihre Religion und ihre Bräuche. Inzwischen kam eine Moschee mit einer türkischen Gemeinde dazu. Schon am 3.10.1959 hatte Espelkamp Stadtrecht erhalten. Heute leben hier mehr als 25.000 Einwohner. Die Stadt hat einen hohen Erholungs- und Freizeitwert. Zu dem Bericht, in den die Vorsitzende Zeitzeugenberichte einbeziehen konnte, ergab sich eine Aussprache auch über ähnliche Projekte.

Georg Baltrusch erinnerte an die Jahreshauptversammlung am 8. Februar um 13.30 Uhr im Wiggers Gasthof mit Klops- oder Fleck-Essen. Die Einladungen dazu sind bereits versandt.

Gisela Brauer

Burg auf Fehmarn – Das monatliche Treffen am Dienstag, 14. Februar entfällt, weil an diesem Tag um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg a. F. die Jahreshauptversammlung stattfindet (nur für Mitglieder), die sonst am 4. Februar vorgesehen war. Ein guter Besuch am Dienstag, 14. Februar, zur Jahreshauptversammlung wäre wünschenswert.

Bad Schwartau – Einladung zum Winterfest von AWO und Ostpreußen – Auch die Landsmannschaft der Ostpreußen muss sich neuen Anforderungen und Gegebenheiten stellen. Allein die Altersstruktur erfordert ein Umdenken beim Planen von Veranstaltungen, Ausflügen und Vorträgen. Und so haben sich die Vorstände der AWO und der Landsmannschaft schon einmal Gedanken gemacht, wie man zum Beispiel das Winterfest für alle besser gestalten kann. Ein sehr guter Vorschlag war zum Beispiel, dass man dieses Fest auf den Nachmittag verlegt, also ab 15 Uhr, sodass alle abends rechtzeitig wieder zu Hause sind. Und so laden die AWO und die Landsmannschaft der Ostpreußen Mitglieder und Freunde der beiden Veranstalter herzlich ein, das gemeinsame Winterfest am 4. Februar 2017 ab 15 Uhr im Waldhotel Riesebusch, Bad Schwartau, Sonnenweg 1, zu feiern. Flotte Musik und unterhaltsame Stunden mit vielen bunten Überraschungen erwarten Sie an diesem Nachmittag. Mit 10 Euro sind Sie dabei.

Karten erhalten Sie außer an der Kasse sowie in den bekannten Vorverkaufsstellen Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann’s Bistro) und Lotto- und Toto-Annahmestelle, Cleverhofer Weg 120 sowie in der AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a.

Flensburg – Freitag, 10. Februar, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe Flensburg: Kaffeetafel, dann Vortrag: Als Sanitätsoffizier im Kriegsgebiet Afghanistan, Land und Leute. Referent Hauptmann a. D. des Sanitätsdienstes, Gerhard Homrich. Anschließend Jahreshauptversammlung 2017 der Kreisgruppe Flensburg.

Neumünster – Sonnabend, 4. Februar, 11 Uhr, Stadthalle, Kleinflecken: Die nächste Veranstaltung der LOW Neumünster findet statt. Das 70-jährige Jubiläum verbinden wir mit dem traditionellen Königberger Klopsessen. Musikalische und humorvolle Einlagen sorgen für gute Unterhaltung. Gäste sind willkommen. Anmeldung unter Telefon (04321) 82314.

Preußenmuseum

Sonntag, 19. Februar, 13 Uhr, Preußenmuseum in Minden: Eröffnung der Ausstellung „Das Netzwerk Preußen in Westfalen – Du bist mehr Preuße als du denkst“. Erstmals werden ausgewählte Objekte mit Bezug zur preußischen Geschichte nach der Übernahme des Museums durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe im neu eröffneten Museum gezeigt. Das Netzwerk Preußen wurde 2016 gegründet, dessen Ziel es ist , das Thema Preußen in Westfalen und darüber hinaus „erfahrbar“ zu machen. *EB*

500 Pakete fürs Memelland

Zum siebten Mal verteilten Anklamer Ostpreußen Geschenke

Der Bund der Vertriebenen in Vorpommern und die Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern starteten im Advent 2016 gemeinsam zum siebten Mal die jährliche Aktion „Weihnachtspäkkchen für Ostpreußen“. Mitglieder und Freunde der beiden gemeinnützigen Verbände spendeten 150 Päckchen und dazu noch über 4000 Euro – noch mehr als in den Vorjahren. Davon wurden bei Aldi-Nord in Kiel Kaffee, Wurst, Schokolade und Stollen gekauft. Von der Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH kamen 200 Schinken hinzu, sodass noch 360 Weihnachtstüten gepackt werden konnten.

Manfred Schukat und Friedhelm Schülke als Vertreter beider Vereine hatten alles in ihrem Transporter bis unters Dach verstaut und brachten die Geschenke zum 2. Advent ins Memelland (Litauen). Obwohl dort der ostpreußische Winter mit viel Schnee und minus 14 Grad eingebrochen war, konnten die Präsente wie immer an die Diakonie-Stationen „Sandora“ in Memel [Klaipeda] und Pogegen [Pagegiai] sowie die deutsch-litauischen Vereine in Memel und Heydekrug [Šilute] sowie die Pfarrersfamilie Feting in Plicken übergeben werden.

So war die Adventsfeier im Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel gleich mit einer großen Bescherung verbunden. In Heydekrug gab es ein frohes Wiedersehen mit dem Kant-Chor aus Gumbinnen [Gussew], der eigens zum 2. Advent aus dem Königsberger

Fahrten nach Tilsit, Schillgallen, bis zur Kurischen Nehrung

Gebiet mit einem Kulturprogramm anreiste. Das russische Ensemble hat sich bei den Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Heydekruger Chor angefreundet, sodass diese Adventsfeier als fröhliches deutsch-litauisch-russisches Zusammensein verlief. Alle Besucher und Gäste wurden mit Weihnachtsgeschenken aus Anklam überrascht. Persönliche Bescherungen, verbunden mit einem Weihnachtsständchen, gab es für Traute Bakutiene (geb. Mikoleit) und Renate Pociene (geb. Grigoleit), die schwerkrank im Pflegeheim Heydekrug liegen, sowie für Hannelore Mentz in Jugnaten und Alfred Uschpurwies in Kukoreiten.

Stippvisiten machten die beiden „Weihnachtsmänner“ aus Anklam noch in Tilsit, Schillgallen, Plaschken, Kuvertshof und auf der Kurischen Nehrung, ehe sie nach fünf Tagen voller Eindrücke und rechtschaffen müde die Heimreise antraten.

Wie schon die Hinfahrt, so verlief auch die Rückfahrt mit der Fähre Kiel-Klaipeda ausgesprochen ruhig. Der Transporter war nun leer und doch gefüllt vom Dank der Empfänger an die vielen Spender, ohne die diese Aktion nicht möglich gewesen wäre. Auch 2016 stand das Unternehmen vom ersten bis zum letzten Tag unter einem Weihnachtssegen. Für die freundliche Aufnahme und Versorgung ist besonders Magdalena Piklaps in Memel, Gerlinde Stunguriene in Heydekrug und dem Ehepaar Erna und Peter Vaišvilis in Pogegen sehr zu danken.

Friedhelm Schülke



In Memel: Auspacken des Transportfahrzeugs bei der Diakoniestation „Sandora“ Bild: Schülke

Stiefkinder der Geschichte

Wolfgang Köpp stellte sein Buch »Heimat bleibst Du immer« vor



Als Flüchtling in Mitteldeutschland: Wolfgang Köpp schildert seine Erlebnisse Bild: HJN

Warum nur“, fragte Autor Wolfgang Köpp aus Alt-Rehse während seiner Lesung in der „Weltbild“-Buchhandlung Neubrandenburg, „warum gibt es relativ wenig Literatur über das Thema Flucht und Vertreibung Deutscher aus den ehemaligen Ostgebieten 1945 bis 1950?“

Sein Ostdeutsches Lesebuch „Heimat bleibst Du immer“ gleicht einer spannenden politischen, his-torischen und literarischen Textcollage. Der Autor fügt eigene Gedichte, starke poetische Bilder, provakante Fragestellungen, persönliche Erlebnisse, atmosphärische Naturbeschreibungen und packende Geschichtserzählungen zusammen.

Etwas Vergleichbares gibt es zu mindestens von deutschen Schriftstellern nicht. Über vierzig Jahre hatten „die Fürsten der Arbeiter- und Bauernmacht“ der Bevölkerung in Mitteldeutschland eingebläut, dass es keine ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebene gab. Man nannte sie Umsiedler, welche sich aus freiem Entschluss auf die Wanderung nach Westen begeben hatten. Geschützt natürlich von der ruhmreichen Roten Armee, welche die Befreiung über sie brachte.

Sie kamen in eine kalte Heimat, wo sie Unterschlupf in Schweineställen, Scheunen und Baracken fanden. Sogar der mikkrige Lastenausgleich wurde ihnen oftmals in den Altbundesländern nicht gegönnt. So waren sie halt alles „Russen oder Polacken“, mit welchen man die Not gemeinsam teilen sollte.

Und wie sieht es heute aus? Autor Wolfgang Köpp ist seit 1990, als er seinen Tierarztberuf an den Nagel hängen musste, mehrfach jedes Jahr nach Hameln bzw. Deutsch Krone gefahren. Dort hat er Menschen im heutigen Polen tatkräftig unterstützt. Es sind in erster Linie Letten, Litauer und Ukrainer, welche heute auf seiner Heimatscholle leben.

Menschen wie Köpp sind in der Tat die letzten Zeitzeugen, welche wider dem Vergessen und Verfälschen des Zeitgeistes ankämpfen. Stiefkinder der Geschichte sind die Vertriebenen geblieben, welche mit bloßen Händen unsere Heimat wieder aufgebaut haben. Dieses ist eine Ruhmestat, welche unvergessen bleibt.

Am 13. November wird der Volkstrauertag begangen. So wird auch u.a. der zwei Millionen Opfer gedacht, die bei Flucht und Vertreibung aus dem ehemaligen Osten erschlagen, erschossen, erfroren, ertrunken, niedergewalzt und zu Tode gequält worden sind.

An diesem Tag geht es allerdings auch um Versöhnung, welche die Erinnerung einschließt.

Auch östlich der Oder leben einfache Menschen, welche gute Nachbarn in Frieden und Toleranz sein wollen. Nicht alles, was von der katholischen polnischen Kirche zu uns dringt, ist einer Verständigung dienlich.

Der Weg bis zu einer Nachbarschaft in wirklicher Freundschaft ist gewiss noch steinig und lang. Aber er ist gangbar, wie es das Lesebuch: „Heimat bleibst Du immer“ wohl beweist.

Der Autor, welcher in Mecklenburg sein Zuhause fand, hat seine alte Heimat im Herzen bewahrt. Ein Zuhause ist gut, aber eine Heimat bleibt unvergessen.

Hans-Joachim Nehring

Kreuzworträtsel

Einmannruderboot · durch einen Juristen beurkundet · mit hoher Stimme schreien · Erstgeborener · Organ des Harnsystems · Germanenstamm · Großeinkaufsanlage · Sultanat am Arabischen Meer · widerwillig · abfallende Bergseite · Fluss zur Seine · Feingewicht für Edelmetalle · Senke vulkanischen Ursprungs · alter Lappen, Stofffetzen · ächzen, krachen (Tür, Diele) · leichter Betrug (ugs.) · Sprechweise, Akzent · Verzeichnis, Aufstellung · Ansporn, Motivation · Rasenpflanze · nicht außen · Bratsche · staatl. Entzug von Besitz · der Wolf in der Fabel · Reihe, Folge · kostspielig · Umgebung, Milieu; Natur · Nachtvogel · Film-, Video-, Fotoapparat · Eier legen und ausbrüten · ungezählte Male · Küchengerät, Filter · Rauchfang, Schornstein · Staat in Westafrika · Stacheltier · Gießgefäß mit Henkel · Firmen-, Markenzeichen; Logo · lateinisch: Deutschland · ein Erdteil · Kfz-Zeichen Freising · Matsch, Schlamm · Versandangestellter · Kartenglücksspiel · Kobold, Zwerg · Mündungsarm der Weichsel · genesen · artig, brav · Betrieb, Unternehmen · Zeichen für Kilometer · engl. Adelstitel: Graf · italienischer Maler · dehnbares Hohlorgan · Bruder d. Mutter oder des Vaters · jap. Blumensteckkunst · Knochenfisch mit Bartfäden · Gesichtsfärbung · Ärger, Verdruss · Risiko · Bühnendichtkunst · italienisches Wirtshaus · Viper, Giftschlange · flaschenförmiges Gymnastikgerät · Gartenblume · Früchte einbringen · straucheln · Gelehrtensprache · zusätzlich, darüber hinaus · bestimmter Artikel · Menge v. einem Liter Bier (bayer.) · Rollkörper · Haushaltsplan · Westgermane · Almhirt · Laden, Geschäft (engl.) · Nadelbaum · niedersächs. Stadt am Harz · salopp: wütend, verärgert · hasten · ritterliche Liebe · Stinktier · griechischer Götterbote · Opernsologesang · spanischer Tenor (José) · ein Europäer · ein Wacholderbranntwein · Seemannsruf · Dynastie im alten Peru · Absicht, Vorhaben · Auerochse · hessische Landschaft · frottieren; scheuern · Oper von Verdi · poetisch: aus Erz bestehend · sauber, unbeschmutzt · Winkel des Boxrings

PAZ17_04

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: L L / STARPARADE / EBERT HIN / RI ATLANT / UMLAGE BOE

Mittelworträtsel: 1. Schwein, 2. Schwalben, 3. Quellen, 4. Werkzeug, 5. Medaillen, 6. Baender, 7. Langlauf – Walking

Magisch: 1. Marotte, 2. Kommune, 3. stunden

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

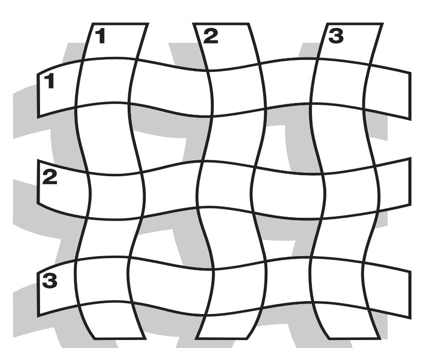
AAADE PRRST · EMRT · ABILL · AGPR · AELTT · AABH · DINO · EENT · BEERT · HIN · AEGL MU · AALN TT · BEO

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort eine Sportart.

1	WILD		FURT
2	MEHL		NEST
3	OEL		ANGABE
4	BORD		KISTE
5	GOLD		REGEN
6	KREUZ		RISS
7	SKI		LOIPE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Tick, wunderliche Eigenart
2 Wohn-, Lebensgemeinschaft
3 Aufschub gewähren

Zwei Kirchen in Ost und West

Vereine zur Erhaltung der Gotteshäuser im westfälischen Unna und im ostpreußischen Heiligenwalde haben die gleiche Satzung

Es war der 9. November 2016. In der westfälischen Kreisstadt Unna am Rande des östlichen Ruhrgebiets traf sich die Frauenhilfe der evangelischen Kirchengemeinde. Ein Vortrag über die Dorfkirche in dem Dorf Heiligenwalde bei Königsberg in Ostpreußen stand auf dem Programm. Heute, in der russischen Kaliningrader Oblast, heißt das Dorf Uschakowo, benannt nach dem Admiral Uschakow unter Katharina der Großen, den die Russen als Heiligen verehren.



Gemeinsam gepflegtes Kulturgut: Die Kirche von Heiligenwalde (o.), Gedenkstein für die Verstorbenen (u.) Bilder: B.B.

Die vorwiegend älteren Damen, die zu ihrer Veranstaltung der Frauenhilfe kamen, fanden in dem Versammlungsraum einen langen Tisch vor, auf dem große Fotos der Kirche – unter Glas und eingerahmt – zu sehen waren. Außerdem stand ein liebevoll gebasteltes Holzmodell da, das durch eine Glasscheibe im Dach einen Blick in das Innere der Kirche gewährte.

Die Referentin, die Vorsitzende des „Vereins zur Erhaltung der Kirche von Heiligenwalde e.V.“, stellte zuerst die Verbindung zwischen der westfälischen Stadt Unna und dem Dorf im nördlichen Ostpreußen her. Als 1991 nach der Öffnung des Königsberger Gebietes, das bis dahin ja militärisches Sperrgebiet war, die früheren deutschen Bewohner ihre Heimat besuchen durften, erlebten die Heiligenwalder eine freudige Überraschung. So sehr sich ihr Dorf verändert hatte: die Kirche, die Schule und eine beträchtliche Anzahl von Häusern aus deutscher Zeit standen noch. Und die russischen Bewohner nahmen die deutschen Besucher mit offenen Armen auf. Das gelang besonders durch die Vermittlung des Schulleiters von Uschakowo, Georg Artemjew, der Germanist und Deutschlehrer war und alle Kontakte möglich machte. Er hatte sich bereits fundierte Kenntnisse über die Kirche und die Geschichte des Dorfes angeeignet. Deutsche und russische Heiligenwalder waren sich schnell einig: Wir renovieren die Kirche.

Es ist eine Ordenskirche aus dem 14. Jahrhundert. 1344 wird als Gründungsdatum des Dorfes und der Kirche angegeben. Nun war sie äußerlich fast unversehrt, aber von der Kolchose Rodniki als Getreidelager genutzt, hatte das Gebäude entsprechenden Schaden genommen.

1993 wurde in Minden/Westfalen beim Kreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) der „Verein zur Erhaltung der Kirche von Heiligenwalde“ gegründet, und da die Vorsitzende und der Schatzmeister in Unna wohnten, erhielt der Verein seinen Sitz dort.

Die Verbindung war und ist aber nicht nur eine räumliche. Die Damen von der Frauenhilfe erfuhren, dass ihre wunderschöne gotische Stadtkirche aus dem 14. Jahrhundert eine Art „Patentante“ der ostpreußischen Dorfkirche geworden ist. Die Unnaer Bürger, ihrer Heimatstadt eng verbunden, unterhalten seit inzwischen sechs Jahrzehnten einen „Verein zur Erhaltung der Stadtkirche zu Unna e.V.“. Nach dessen Satzung wurde die Satzung des Vereins für die Kirche von Heiligenwalde aufgestellt.

Die Zuhörerinnen (zwei männliche Ostpreußen hatten sich aber auch eingefunden) freuten sich über die segensreiche Wirkung ihrer Stadtkirche bis weit in den Osten. Segen und Glück haben die Renovierung der kleinen Dorfkirche begleitet.

Das Holzmodell wurde herumgereicht, und man konnte genau sehen, wie die Kirche bis 1945 aussah. Es ist ein einschiffiger Bau mit Haupthaus, Turm und vermutlich später angebautem Chor, mit einem Dach aus Mönch und Nonne und einem Stück Fachwerk an der Ostseite des Turmes. An der Nordseite gibt es zwei Anbauten, die Sakristei und das „Waffenhaus“, wo man vor dem Gottesdienst die Waffen ablegte. In der Südwand sind vier große Fenster. Das Modell aber hat auch den Innenraum festgehalten, der später nur noch eine leere, öde Lagerhalle war. Doch den Damen der Frauenhilfe wurde eine Miniatur der Empore, der Orgel, der Bankreihen und des seitlichen Chorgestühls gezeigt. Von den verschwundenen Kunstschätzen konnte nur erzählt werden.

Dafür erzählten die großen farbigen Fotos von der Renovierung, die nach zehnjährigen Verhandlungen mit den Behörden 2002 beginnen konnte. Neue Fenster leuchten blau und golden, die alten, einst zugemauerten und wieder geöffneten Eingänge zeigen neue Türen, eine neue Treppe führt zu einer neuen, nun gemauerten Empore. Eine weitere Holztreppe führt in den Turm hinauf, und der Fußboden strahlt mit weißen Steinplatten. Das Umfeld der Kirche ist eine gepflegte Grünanlage mit Tannen, Blumen und gepflasterten Wegen.

Die Fotos dokumentierten eine beglückende Verwandlung, aber die Zuhörerinnen staunten noch mehr, als sie erfuhren, dass die Arbeiten fast gänzlich von der Dorfgemeinschaft in Eigenleistung durchgeführt wurden und immer noch werden. Der Baumeis-ter Viktor Staruschkin, eigentlich kein Maurer, aber ein Mann „mit goldenen Händen“, wie Georg Artemjew sagte, hat sich einmalige Verdienste erworben.

2010 wurde die Kirche von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) übernommen, ebenso die daneben liegende Schule, ein Gebäude aus dem Jahre 1936, und das ganze Territorium. Der deutsche Verein bat darum, die Kirche weiterhin betreuen zu dürfen, und es wurde ein Abkommen mit der ROK getroffen, das die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Es entstand eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit mit einem guten Verhältnis zur Eparchie in Königsberg. Die ROK renovierte das Schulgebäude, das zwischenzeitlich als Jugendzentrum genutzt worden war, dann aber zwei Jahre leer gestanden hatte. In der Schule ist ein Heim für betreutes Wohnen eingerichtet worden, das Menschen in Schwierigkeiten einen maximal sechsmonatigen Aufenthalt bietet. In dieser Zeit werden sie von der russischen Kirche betreut und in ein geregeltes Leben zurückgeführt.

Der Novembernachmittag war nasskalt und trübe, aber die Unnaer konnten sich vorstellen, wie an sonnigen ostpreußischen Sommertagen Touristen mit Reisebussen nach Heiligenwalde [Uschakowo] kommen, um die schöne Dorfkirche zu besichtigen. Es sind zumeist russische Besucher, die das Angebot eines Reisebüros in Rauschen [Svetlogorsk] zu einer Tagestour bis Tapiau [Gwardejsk] annehmen, zu der unter anderem das Schloss in Waldau [Nissowje] und eben die Kirche in Heiligenwalde gehören. Die bestens informierte Fremdenführerin wird von den russischen Heiligenwaldern als gute Bekannte begrüßt, und die Moskauer und St. Petersburger Gäste sind immer sehr beeindruckt. Man wünsche sich mehr deutsche Besucher, sagte die Vorsitzende des Vereins, obwohl sie stolz berichten konnte, dass sich auch der frühere Stadtdirektor von Unna im Heiligenwalder Gästebuch verewigt habe.

Bärbel Beutner

Geschichten vom guten »Herrn Doktor«

Lutheriden, Lutherin, Lutherpass – Zum Lutherjahr besinnen sich mitteldeutsche Regionen auf das geistige Erbe des Reformators

Pünktlich zum Reformationsjubiläum präsentiert sich die mit Millionenaufwand sanierte Region um Wittenberg bibelfest, geschichtsfest und ganz auf Hochglanz poliert.

Ein eher weißer Fleck auf der Luther-Landkarte ist das Elbe-Elster-Land. „Das Land um Wittenberg war der Testfall für die Reformation. Wäre sie hier ins Stocken geraten, hätte sie sich nicht zu einer weltweiten Bewegung ausbreiten können“, so der Historiker Ulf Lehman. Um neben Wittenberg in Sachsen-Anhalt auch Torgau in Sachsen sowie Bad Liebenwerda, Doberlug-Kirchhain, Finsterwalde, Herzberg (Elster), Jüterborg und Mühlberg/Elbe in Brandenburg in den Fokus zu rücken, wurde der „Lutherpass“ erfunden: ein handlicher Reiseführer, den die dortigen Tourist-Informationen kostenlos verteilen. Mit acht Stempeln versehen, winken dem Reisenden auf Luthers Spuren sogar Gewinnpreise.



Bild: Landkreis Elbe-Elster

Aus der Lutherzeit: Das Museum „Mühlberg 1547“ mit einem Schmuckgiebel von 1531

Torgau als Perle der Renaissance hat nicht nur sein originales Stadtbild bewahrt. Zur Lutherzeit war die sächsische Residenz an der Elbe auch das politische Zentrum der Protestanten. Oder anders gesagt: Wittenberg ist die Mutter und Torgau die Amme der Reformation. Auf Schloss Hartenfels findet dazu vom 19. Mai an die Sonderausstellung „Torgau, Residenz der Renaissance und Reformation“ statt (www.schloss-hartenfels.de).

Mehr als 40, nach neuer Forschung sogar 60 Aufenthalte des Reformators sind in Torgau belegt. Auf Schloss Hartenfels als Machtzentrale erfolgte 1517 heimlich der Druck der Wittenberger Thesen. Später wurde von hier aus das Schutzedikt für den Druck der Wittenberger Bibel erlassen. 1522 bekannten sich die Torgauer zur Reformation und zur Schließung von Klöstern. 1526 konstituierte sich mit dem Torgauer Bund erstmals eine protestantische Fürsten-Vereinigung als Reaktion auf den Dessauer Bund der katholischen Landesherren. 1527 entstanden unter Luthers Anleitung in Torgau die Grundzüge der ersten protestantischen Visitationsordnung. Dazu wurde in der Alten Superintendentur fleißig an den Torgauer Artikeln gearbeitet, die später zu einer wichtigen Grundlage des Augsburger Bekenntnisses werden sollten.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass der erste protestantische Kirchenneubau ebenfalls in Torgau steht. Als Krönung seiner umfangreichen Bautätigkeit hatte Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige seinem Schloss eine Kapelle gemäß den neuen Idealen und liturgischen Erfordernissen einverleibt. Es ist das einzige Gotteshaus, das von Martin Luther persönlich seiner Bestimmung übergeben wurde. Dabei entstand bewusst keine prachtvolle Kapelle, „als wäre sie besser denn andere Häuser, wo man Gottes Wort predigt“, so Luther zur Kirchweihe 1544.

Luther ist in Torgau Geschichte. Katharina von Bora, die Luther-Gattin, aber „lebt“. Im historischen Gewand erzählt sie beim Stadtrundgang eloquent von sich und ihrem guten „Herrn Doktor“. Nur um die Marienkirche macht sie einen Bogen. Vor ihrer eigenen Grabplatte möchte sie nicht stehen. Als sie 1552 vor der Pest aus Wittenberg nach Torgau floh, verunglückte sie mit der Kutsche kurz vor der Stadt und erlag drei Monate später ihren Verletzungen. Die Flucht aus dem Kloster von Nimbschen nach Torgau knapp 30 Jahre zuvor hatte sie besser überstanden. Heute ist ihr Sterbehaus in der Katharinenstraße 11 unterhalb von Schloss Hartenfels die einzige Gedenkstätte für die „Lutherin“, wie sie schon zu Lebzeiten genannt wurde.

Vor ihrem Tod konnte sie noch die Verlobung ihres Sohnes Paul mit der Patriziertochter Anna von Warbeck und den 18. Geburtstag ihrer jüngsten Tochter Margarethe miterleben. Es sind die Festtage der ersten „Lutheriden“, von denen bis dato weltweit etwa 5200 erfasst sind. Darunter versteht man Nachkommen von Martin Luther und seiner Seitenverwandten. Familientreffen fallen da schon einmal größer aus. Seit etwa 1730 beschäftigt sich sowohl die Familie Luther als auch die Wissenschaft mit der Familiengeschichte des Reformators. Den Namen Luther trägt keiner mehr. Der letzte Nachkomme in männlicher Linie starb 1759.

Bild: Medienkontor/Franziska Mätig

Lästersteine aus der Zeit um 1550: Mit diesen Steinen, über die Schultern gelegt, wurden Huren durch die Straßen geführt

Julia Ellert aus Herzberg ist eine Ururur...enkelin in 13. Generation. Bis vor zwei Jahren war der 21-Jährigen kaum bewusst, dass in ihren Adern Blut des Urprotestanten fließt. Nun posiert sie werbewirksam vor dem lebensgroßen Lutherbild auf der Empore von Herzbergs Marienkirche. Trotz der Nähe zu Wittenberg ist lutherisches Blut in Herzberg rar. Erst seit etwa 1900 sind hier Nachkommen des Reformators nachweisbar.

Und wenn Pfarrerin Anika Scheinemann-Kohler nicht minder eindrucksvoll mit tragbarer Lutherplastik vor dem Portal der Stadtkirche posiert, hat auch das seine Berechtigung. Bereits 1522 hielt Andreas Wagner unter dem vollständig ausgemalten Gewölbe der gotischen Hallenkirche einen evangelischen Gottesdienst in deutscher Sprache ab. In die Geschichtsbücher ging er jedoch als Beichtvater Friedrichs des Weisen ein. 1525 feierte Wagner am Sterbebett dessen letztes Abendmahl nach dem neuen Ritus: welch spektakuläres Bekenntnis des Luther-Beschützers zum Protestantismus!

Damit jeder selbst die Bibel lesen und verstehen könne, forderte Luther christliche Schulen. Auch hierbei gehört Herzberg und seine Ratsschule zu den Pionieren, für die Philipp Melanchthon 1538 eine der ersten Schulordnungen verfasste, auf die dann viele andere deutsche Schulen zurückgriffen. Die Büste des Co-Reformators am Philipp-Melanchthon-Gymnasium von Herzberg ist unübersehbar.

Ein besonderes Kapitel der Reformationsgeschichte ist die Schlacht bei Mühlberg 1547. Obwohl von den Katholiken unter Führung Kaiser Karls V. gewonnen, wurde sie zum Sieg der Protestanten. Denn als nach dem ersten Religionskrieg auf deutschem Boden die Rekatholisierung nicht gelang, musste man die neue Konfession acht Jahre später offiziell anerkennen.

Damit schrieb Mühlberg mit seinen in der Gesamtgemeinde jetzt nur 3856 Einwohnern (Stand 2015) Weltgeschichte. Das neu eröffnete Museum in der alten Propstei reanimiert das Kampfgeschehen und offenbart die unbekannten unglücklichen Umstände auf Seiten der Verlierer. Es ist eine der lohnendendsten Entdeckungen im geschichtsträchtigen Elbe-Elster-Land. *Helga Schnehagen*

Infos: www.lutherpass.de. Unterkünfte: Goldener Anker, 04860 Torgau, www.goldener-anker-torgau.de; Kloster Marienstern, 04931 Mühlberg, www.kloster-marienstern.de; Das Blauhaus im Elsterpark, 04916 Herzberg, www.elsterpark-herzberg.de

Die Schwermetaller

Schmiedekunst ist im Winter gefragt – Pferde benötigen Beschlag

Hufschmiede haben im Winter gut zu tun. Denn Pferde benötigen ihre „Winterbereifung“. Damit sie auf Schneebelag trittsicher sind, werden ihnen spezielle Hufeisen angelegt. Sie gehen praktisch wie auf Spikes. Und die werden von Handwerkern angefertigt, deren Beruf einst so bedeutend war wie heute der des Automechanikers.

Ging man in früheren Zeiten durch ein Dorf, hörte man oft schon von Weitem ein gleichmäßiges Hämmern. Es kam aus der Dorfschmiede, wo der Schmied ein Stück Metall in die Glut hielt und es bearbeitete. Danach schlug er mit dem Hammer so lange auf das heiße Metall ein, bis es die richtige Form hatte.



Handwerk mit Tradition: In der Schmiede Bild: Friedrich

Viele Sprichwörter gehen auf diesen Beruf zurück: „Schmiede das Eisen, solange es heiß ist“ oder „Jeder ist seines Glückes Schmied“. Wenn man „zwei Eisen im Feuer hat“, hat man bessere Chancen, dass eine Sache gelingt. Auch spiegelt sich der ehrbare Beruf in vielen Namen wieder. Wessen Familienname Schmitt, Schmidt, Kleinschmidt, Messerschmidt, Hammerschmidt lautet, hat sicher einen Schmied als Vorfahren.

Früher gab es in beinahe jedem Ort einen. Die vielen Pferde für die Kutschen oder Landarbeit benötigten Hufeisen. Der Dorfschmied war ein Alleskönner. Er stellte Werkzeug her, aber auch alle sonstigen Metallgegenstände, schmiedete Hufeisen und beschlug die Hufe der Pferde.

Schon vor 5000 Jahren etwa gab es in Indien und Ägypten geschmiedete Dinge. Die Bearbeitung von Metall bedurfte guter Kenntnisse des Schmiedehandwerks. Vom Mittelalter an spezialisierten sich die Schmiede immer mehr, und so entstanden Berufszweige wie Goldschmied, Silberschmied, Kunstschmied, Waffenschmied, Nagelschmied oder Kupferschmied. Den Letzteren nannte man auch Kesselmacher, weil er kupferne Geräte für den Haushalt herstellte.

Schmieden ohne Feuer geht nicht. Früher wurde mit einem riesigen Blasebalg die Flamme auf 1300 Grad Celsius gebracht. Der Stahl oder das Eisen wird mit einer Zange im Feuer erhitzt. An der Glühfarbe erkennt man, wie heiß das Metall inzwischen ist. Bei 800 Grad glüht es dunkelrot, bei 1250 Grad weißgelb. Nun bringt man das heiße Metall mittels Zange auf einen Amboss. Hier wird mit verschiedenen Hämmern das glühende Metall umgeformt. Damit es nicht zu sehr abkühlt und reißen könnte, wird es zwischendurch immer wieder in der Flamme erhitzt. Aber, je öfter man Eisen erhitzt, umso mehr verliert es an Qualität. Deshalb muss der Schmied sehr geschickt sein, um das zu verhindern.

Inzwischen hat sich der Beruf gewandelt, aus dem Schmied wurde der Metallbauer. Meistens wird geschweißt. Und wenn ausnahmsweise mal nichts zu tun ist, kann man ja immer noch Pläne schmieden. *Silvia Friedrich*

Das verstehe, wer will

Jede twete versteiht Platt – behaupten zwei Sprachinstitute

Sieht sich ein Bayer im Fernsehen eine Aufführung des Hamburger Ohnsorg-Theaters an, glaubt er, Plattdeutsch verstehen zu können. Dabei wird bei den TV-Aufzeichnungen des Ohnsorg-Theaters gar kein Plattdeutsch gesprochen, sondern eine allgemeinverständliche Mischform aus Hoch- und Niederdeutsch, auch Missingsch genannt. Wenn ein Ost- oder Westfriese richtig platt „snackt“, versteht selbst ein der niederdeutschen Sprache unkundiger Norddeutscher nur noch Bahnhof.

Daher überrascht das Ergebnis einer Umfrage, wonach die Hälfte der Befragten von sich behauptet, Plattdeutsch „sehr gut“ oder „gut“ verstehen zu können. Das geht zumindest aus einer Erhebung zur Verbreitung des Niederdeutschen hervor, welche das Institut für niederdeutsche Sprache (INS) gemeinsam mit dem Institut für Deutsche Sprache (IDS) vorgenommen und in der Broschüre „Status und Gebrauch des Niederdeutschen 2016“ vorgestellt haben. Neben Fragen zur aktiven und passiven Plattdeutschkompetenz ging es dabei auch um Einstellungen gegenüber der Regionalsprache.

Bei der Umfrage wurden insgesamt 1632 Personen aus den zum niederdeutschen Sprachgebiet zählenden Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg befragt. Nach deren Selbsteinschätzungen verstehen über 91,4 Prozent mindestens einige Wörter des Plattdeutschen.

Sprechen können die Regionalsprache allerdings deutlich weniger: Insgesamt 15,7 Prozent erklären, Platt „(sehr) gut“ zu beherrschen. In den nördlicheren Bundesländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern finden sich weitaus mehr Sprecher als in den südlicher gelegenen Regionen Nordrhein-Westfalens oder Brandenburgs.

> Angeblich kann die Hälfte der Befragten Platt gut verstehen

Zuletzt wurde 2007 eine Studie dieser Art von INS durchgeführt. Auf den ersten Blick zeigt ein Vergleich eine positive Entwicklung: Der vorher verzeichnete Rückgang der Regionalsprache scheint gestoppt zu sein. „Die Sprecherzahlen sind zwar seit der letzten Umfrage annähernd konstant, die Altersverteilung gibt aber dennoch Grund zur Besorgnis“, so Projektleiter Reinhard Goltz.

Demnach ist die „(sehr) gute“ aktive Plattdeutschkompetenz in der Altersgruppe der über 80-Jährigen (50,7 Prozent) mehr als viermal so hoch wie in der Gruppe der Befragten zwischen 40 und 49 Jahren (11,7 Prozent).

Dass mehr für das Plattdeutsche getan werden sollte, dieser Meinung sind 66,8 Prozent aller Befragten. Hier werden vor allem die Bildungseinrichtungen, allen voran die Schulen (63,8 Prozent), wie auch kulturelle Einrichtungen (20,3 Prozent) und die Politik (11,4 Prozent) in der Pflicht gesehen, sich um die Förderung des Plattdeutschen zu kümmern.

„Över Johren is dat bargdal gahn mit dat Plattsnacken in Noorddüütschland“, stellte Goltz auf Platt fest. Tatsächlich können immer weniger Menschen seine Aussage verstehen, dass es mit dem Platt seit Jahren bergab geht. Immerhin ist die Sprache bei jüngeren Menschen wieder angesagt. 20- bis 29-Jährige sprechen mehr Platt als die 30- bis 39-Jährigen. Dabei dürfte es sich um eine letzte Modeerscheinung handeln. Fakt ist, dass in manchen Regionen mit dem Tod des letzten Platt sprechenden Bewohners die Sprache ausstirbt. Künstlich am Leben erhalten wird sie früher oder später dann nur noch auf niederdeutschen Bühnen wie dem Ohnsorg-Theater. *H. Tews*

Erfolgsautor Luther

Andrew Pettegree behandelt kenntnisreich Lebensstationen

Der britische Historiker Andrew Pettegree hat eine bemerkenswerte Biografie des Reformators Martin Luther geschrieben. Diese gesellt sich zu den zahlreichen Publikationen, die 2017 zum Jubiläumjahr der Reformation erscheinen.

Pettegree reiht sich in die Zahl der Wissenschaftler aus anderen Ländern ein, die sich mit Themen der deutschen Geschichte und Gegenwart beschäftigen. So behandelt beispielsweise der Amerikaner Alfred de Zayas das Schicksal der deutschen Vertriebenen oder Robert Traba, Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften, der über deutsch-polnische Erinnerungsorte schreibt und die kulturelle Identität Ostpreußens sucht, geschöpft aus seiner Geschichte seit der Zeit der Pruzzen bis in die heutige Zeit der Teilung zwischen Polen und Russland.

Die 95 Thesen, die Luther am 31. Oktober 1517 an die hölzerne Tür der Schlosskirche zu Wittenberg an der Elbe geschlagen hat, wurden eines der folgenreichsten Dokumente der Weltgeschichte. Die Kritik am Ablasshandel und damit am Papsttum führte letztlich zur Reformation und zur Entstehung der protestantischen Kirche. Der Autor beschreibt chronologisch, ausführlich und einfühlsam die Lebenslinien Martin Luthers, und er verfolgt dabei zwei Säulen: einmal den Luther als treuen und gläubigen Mönch, der allmählich Zweifel an der Praxis seiner Kirche empfindet, was dann zum Thesenanschlag 1517 führte. Es folgen bis zu seinem Tode 1546 die Jahrzehnte der Kämpfe, Auseinandersetzungen, Rechtfertigungen, seelsorgerischen Aktivitäten und eine beispiellose publizistische und literarische Tätigkeit.

Luther wurde zum erfolgreichsten Autor seiner Zeit. Alle wichtigen Stationen werden behandelt: seine Entscheidung zum Thesenanschlag, die Folgen mit dem Höhepunkt auf dem Reichstag zu Worms 1521 und Luthers Exkommunikation und das Refugium auf der Wartburg mit der Übersetzung des Neuen Testaments in die deutsche Sprache. Die Arbeit an der gesamten Bibelübersetzung dauert dann weitere zwölf Jahre. Die Bedeutung der lateinischen und der deutschen Sprache für die Gesellschaft seiner Zeit, wobei der Begriff „deutsche Sprache“ nicht mit heutigen Maßstäben gesehen werden kann. Es gab eine Fülle an sehr unterschiedlichen regionalen Dialekten.

Die Freundschaft mit Melanchthon und Lucas Cranach wurde immer wieder betont sowie Luthers Stellung zu den Bauernkriegen. Seine Heirat mit der ehemaligen Nonne Katharina von Bora und die Gründung einer Familie, die für ihn ein Ruhepol und gleichzeitig als protestantische Familie zum Vorbild wurde. Die ganzen Jahrzehnte waren bestimmt durch die permanente Rechtfertigung seiner Position und gleichzeitig durch die Entwicklung einer neuen Kirche mit einer wachsenden Zahl von Anhängern sowohl bei herrschenden Fürstenhäusern als auch im Patriziat von Städten wie Erfurt, Leipzig oder Basel und bei der bäuerlichen Landbevölkerung.

Die zweite Säule im Lebenslauf von Luther ist für Pettegree ganz eindeutig der Buchdruck: „Der Buchdruck war wesentlich daran beteiligt, Martin Luther als Reformator hervorzubringen, aber Luther war auch eine entscheidende prägende Kraft für die deutsche Buchbranche.(Seite 357)“ – Eben die „Marke Luther“.

Aus dem Zitat wird die wechselseitige Beziehung zwischen dem intellektuellen Luther und der geradezu revolutionären Entwicklung einer seit Gutenberg noch nicht einmal 100-jährigen Technik deutlich. Bis dahin war das Drukken von Büchern teuer, die Sprache Latein und die Bezieher waren Geistliche, Gelehrte und Studenten sowie reiche Bürger in den Städten. Mit Luther kamen die deutsche Sprache, die übersetzte Bibel und eine wahre Fülle an Reformationsschriften. Die Folgen waren eine technische Weiterentwicklung und die Vermehrung der Betriebe. Wie wichtig der Aspekt Druckerpresse für den Autor ist, zeigen Gründlichkeit, Intensität und Kenntnisreichtum, mit denen er diesen Bereich behandelt. Ganze Abschnitte des Buches behandeln das Netzwerk der Druckereien rund um den Mittelpunkt Wittenberg vielfach zu speziell für den Normalleser.

Auf einen bisher wenig beachteten Aspekt macht der Autor aufmerksam: Luthers Einsatz für die Mädchenbildung durch Einrichtung von reinen Mädchenschulen. Die Faktenkenntnisse von Pettegree sind enorm, was die 44 Seiten Anmerkungen und Register zeigen. Leider fehlt eine Zeittafel für die einzelnen Stationen Luthers vor und nach 1517. Positiv aufgelockert und ergänzt werden die Texte durch 51 Abbildungen zeitgenössischer Druckerzeugnisse. Hervorzuheben sind auch die Hochzeitsporträts von Cranach, die Luther und Katharina von Bora zeigen. Die Lektüre des Buches kann empfohlen werden. Zu loben ist die gut verständliche Übersetzung aus dem Englischen. *Karlheinz Lau*

***Andrew Pettegree: „Die Marke Luther“**, Insel Verlag, Berlin 2016, gebunden, 407 Seiten, 26 Euro*

Gedeih und Verderb

Hamburgs Lebensader Elbe

Im 12. Jahrhundert gewann Hamburg seine Bedeutung als Handelsstadt, Privilegien gehen auf Kaiser Friedrich Barbarossa zurück, der den Senatoren einen Freibrief übergab, in dem er den zollfreien Handel genehmigte. In der Folgezeit gab es viele Versuche seitens Dänemarks und konkurrierender Städte, Hamburg seinen Status streitig zu machen, doch die stolzen Hamburger setzten sich gegen alle durch.

Von Fischerei bis Elbvertiefung

In seinem Buch „Die Unterelbe. Lebensader, Land & Leute“ erzählt der Fotograf und Journalist Eigel Wiese die Erfolgsgeschichte der Stadt anhand zahlreicher aktueller Bilder, Grafiken, Gemälde und historischen Aufnahmen. Er schildert, wie mit dem wachsenden Verkehrsaufkommen im 19. Jahrhundert Brücken zur Elbüberquerung gebaut wurden und welche Überlegungen zum Bau des alten Elbtunnels geführt haben. Am Ende gaben Kostengründe den Ausschlag für den Bau des Tunnels. Unvorstellbar, aber eine Elbunterquerung zu bauen war damals günstiger als ein Brückenbau.

Wiese widmet den heutigen Stadtteilen Altona und Blankenese eigene Kapitel. Thematisch geht er auf die Fischerei und Werften ein, die mit dem Gedeihen der Stadt zu tun haben, aber unweigerlich wird in dem Kapitel „Sturmfluten“ auch das Verderben dargestellt.

Entlang der Marschlandschaft folgt der Autor der Unterelbe nach Wedel, Buxtehude, Stade, Glückstadt, Cuxhaven bis zur Elbmündung. Dabei lässt er neben den Themen Naturschutz, Unglücke und Regatten die umstrittene Elbvertiefung nicht aus. Natürlich fehlen auch nicht der berühmt-berüchtigte Klaus Störtebecker und die Piraterie. Es ist insgesamt ein sehr ansprechendes Buch mit faszinierenden Aufnahmen in guter Qualität. *M. Rosenthal-Kappi*

***Eigel Wiese: „Die Unterelbe. Lebensader, Land & Leute“**, Koehler Verlag, Hamburg 2016, gebunden, 204 Seiten, 24,95 Euro*

Eine Portion heiße Luft

Spiegel-Autor über die CSU

Der Jurist Peter Müller, als „Spiegel“-Korrespondent in Brüssel beschäftigt, hat es sich zur Aufgabe gemacht, über „Intrigen, Selbstzweifel und Größenwahn“ innerhalb der CSU zu berichten. Sein Buch „Der Machtkampf“ stellt die Partei gezielt in einem negativen Licht dar. Das entschuldigt Müller damit, dass die Christsozialen in der Flüchtlingskrise „offen mit dem rechten Rand liebäugeln“.

Allerdings entpuppen sich die angeblichen „Mobbing-Aktionen“ und „Schlammschlachten“ innerhalb der CSU bei näherem Hinsehen als weitgehend harmlos. Außerdem gibt es dergleichen in jeder Partei – wobei die SPD und die Grünen deutlich die Nase vorn haben, was wirklich üble, rufschädigende Skandale betrifft.

Insofern ist Müllers „Enthüllungsbuch“ über die CSU, mit der die Deutschen seiner Meinung nach immer mehr „fremdeln“, nur eine große Portion heiße Luft und darüber hinaus Bestandteil des Wahlkampfes im Entscheidungsjahr 2017, in den der weit nach links gedriftete „Spiegel“ hier ebenso offen wie parteiisch eingreift. Ob er damit Erfolg haben und aus seinem Tief hinsichtlich der Verkaufszahlen herauskommen wird, muss sich erst noch erweisen. *Wolfgang Kaufmann*

***Peter Müller: „Der Machtkampf. Seehofer und die Zukunft der CSU“**, DVA, München 2016, gebunden, 301 Seiten, 19,99 Euro*

Antideutsche Islamlehrerin

Lamya Kaddor lastet »Deutschomanen« Schuld an Hassbotschaften an



Die Autorin, 1978 als Tochter syrischer Einwanderer geboren, offenbart sich erst in der Buchmitte verschämt als „Deutsche mit Migrationshintergrund“. Deutsche sind ihr zumeist extremistische „Deutschomanen“. Unverkennbar ist Lamya Kaddor eine Egomanin: Lehrerin und „Islamwissenschaftlerin“ will sie sein. Die „gemütlich-knuddelige“ Kaddor ist nichts von dem, womit sie in Talkshows apostrophiert wird.

Ein vom Ausland gesteuerter „Koordinierungsrat der Muslime“ gab ihr eine „Idschaza“ (Lehrbefähigung), mit der sie an NRW-Schulen unterrichtet, wo ihr schon fünf Schüler zum Dschihad gingen. Von ihrer angeblichen Magisterarbeit und Dissertation fehlt jede Spur, desgleichen von der Universität, die ihr eine „Ehrendoktorwürde in Islamischer Theologie“ verlieh. Ihr im Mai 2010 gegründeter und geleiteter „Liberal-islamischer Bund“ ist ein Fanklub zum Selbstmarketing. Publizisten wie Roland Tichy („Kaddors Geldgebaren, ihr fragwürdiger Verein und ihre rassistischen Thesen“) und Henryk M. Broder („die genuin dumme Frau Kaddor hat einen an der Klatsche“) zogen ein eindeutiges Fazit.

„Menschen wie Broder und Tichy“ sind Kaddors Lieblingsfeinde, denen sie im Buch Mitschuld an Drohungen, Hass-Mails und Hetze gegen sich anlastet.

Kaddor versucht ernsthaft, muslimische Migranten in eine Reihe mit ostpreußischen Masuren, Hugenotten, Ruhr-Polen, Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen zu stellen. Kaddor denunziert Aussagen deutscher Politiker von Kohl („Zahl der Türken um 50 Prozent reduzieren“) bis Schmidt („Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze“) als moderne Version altdeutschen Judenhasses. Verfolgungswahn und Neid empfindet Kaddor bei Autoren wie Necla Kelek, Regina Mönch und sogar Hass bei Thilo Sarrazin sowie anderen.

Kurz nach Erscheinen der „Zerreißprobe“ ließ sich Kaddor „aus Sicherheitsgründen vom Schuldienst beurlauben“. Das hat der boshafte Broder als Zeichen von Arbeitsscheu und Werbetrommeln für ein langweilig-schlechtes Buch gedeutet. Womit er wohl recht hat. Dem Rezensenten will scheinen, dass Kaddor einen Anti-Buschkowsky („Neukölln ist überall“, besprochen in *PAZ* 46/2012) schreiben wollte. Buschkowsky zeigte, dass und warum Muslime unfähig zur Integration seien, was Kaddor allein bösen „Deutschomanen“ anlastet. *Wolf Oschlies*

***Lamya Kaddor: „Die Zerreißprobe – Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht“**, Rowohlt Verlag, Berlin 2016, broschiert, 238 Seiten, 16,99 Euro*

Attraktive Künstlertreffpunkte

Böhmische Bäder fanden umfangreichen literarischen Niederschlag



Von den westböhmischen Kurorten Karlsbad, Marienbad und Franzensbad war Marienbad, das erst 1818 als Kurort anerkannt wurde, das jüngste. Karlsbad an der Eger, benannt nach Kaiser Karl IV., war schon im späten Mittelalter als „Warmbad“ bekannt. Seine Entwicklung zum Modekurort von Weltgeltung vollzog sich im 18. Jahrhundert, nachdem Zar Peter I. sich mehrmals in Karlsbad aufgehalten hatte. 1793 erfolgte die offizielle Eröffnung des Kurorts Franzensbad durch Kaiser Franz II., obwohl hier schon seit Ende des 16. Jahrhunderts Heilwasser abgefüllt wurden. Jahrhundertelang waren die heute in Tschechien gelegenen Kurorte des „böhmischen Bäderdreiecks“ zugleich auch attraktive Treffpunkte für Künstler, Adelige, Politiker und, seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, immer mehr für das gehobene Bürgertum.

Ein umfangreicher literarischer Niederschlag aus dem 18. bis 20. Jahrhundert ergibt ein schillerndes Kaleidoskop von Beobachtungen der internationalen Gäste in diesem „Weltmodell in Miniaturformat“ – so bezeichnet Roswitha Schieb die Eigenart dieser reizvollen Kulturregion in ihrem kurzweiligen Literarischen Reiseführer „Böhmisches Bäderdreieck: Karlsbad – Marienbad – Franzensbad“. Bei ihren Rundgängen durch die Bäder erzählt Schieb aus der Historie der Orte, ihrer berühmten Hotels und Kureinrichtungen. Damit verbunden zitiert sie, durchgehend in Zeitsprüngen, aus deutscher, tschechischer und russischer Erinnerungs- und Reiseliteratur, Romanen, sowie aus Briefen der Kurgäste. Das ist nie langweilig, denn es menschelt und hilft Lesern bei der Orientierung. Dieser schön bebilderte Band ist nicht nur als Kur- und Reisebegleiter geeignet, sondern auch als Lektüre für viele Gelegenheiten. Das Buch ist mit einem umfangreichen Anhang ausgestattet.

Goethe, Kafka, Herder, Fontane, Bismarck, Beethoven und Marx spazierten durch die Kuranlagen der böhmischen Bäder. Auch Marie von Ebner-Eschenbach, Robert und Clara Schumann, Jean Paul und zahllose andere Gäste aus Europa, Russland und Amerika hofften auf die Heilwirkung des Brunnenwassers und auf interessante Kontakte. Schriftzeugnisse von Frauen sind unterrepräsentiert, was verwundert angesichts der Tatsache, dass Marienbad ein ausgesprochener Frauenkurort war. Der Aufenthalt in einem Kurort war für Frauen die einzige Gelegenheit, ohne Begleitung des Gatten zu verreisen.

Inzwischen sind die drei ehemaligen Hochburgen des Gesundbrunnen-Tourismus wieder zu neuem Leben erwacht. Topografische Bezeichnungen und Denkmäler erinnern an die Geschichte und Kultur von Karlsbad, Franzensbad und Marienbad, deren deutschsprachige Bevölkerung ab 1945 vertrieben wurde. Kuren in Böhmen sind heute wieder beliebt. *D. Jestrzemski*

***Roswitha Schieb: „Literarischer Reiseführer Böhmisches Bäderdreieck. Karlsbad – Marienbad – Franzensbad“**, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2016, broschiert, 360 Seiten, 19,80 Euro*

Mitbringsel

Wie man Heilsalben herstellt



Selbstgemachtes, bevorzugt aus qualitativ guten Zutaten, steht bei vielen hoch im Kurs. Allerdings ist im Laufe der Zeit viel Wissen darüber, wie man Naturprodukte herstellt, verloren gegangen. Dem will Gabriela Nedoma entgegenwirken. Sie hat sich der Herstellung von Heilsalben gewidmet, die ohne großen Aufwand leicht selbst zusammengemischt werden können.

Im Vorwort beschreibt die Autorin die Wirkungsweisen und den Einsatzbereich verschiedener Kräuter, die in der Naturmedizin ihren festen Platz haben. Dass Schafgarbe blutstillend wirkt und Thymian antibiotische Eigenschaften hat, dürfte weitgehend bekannt sein, weniger jedoch, dass Gänseblümchen wundheilend sind. Nedoma geht darauf ein, was man für die Herstellung von Salben benötigt, um dann zu den Rezepten für Heilsalben und deren Anwendung überzugehen.

Wenn auch die meisten Salben mit normalen Küchenutensilien einfach zubereitet werden können, so ist für viele Zutaten der Weg in die Apotheke unvermeidlich, zumal für denjenigen, der sich mit wildwachsenden Kräutern weniger auskennt. Als Mitbringsel für Gartenfreunde ist das Buch gut geeignet. *MRK*

***Gabriela Nedoma: „Heilsalben aus Wald und Wiese. Einfach selbst gemacht“**, Servus Verlag, Salzbur 2016, gebunden, 79 Seiten, 7 Euro*

MELDUNGEN

Pfefferspray als Karnevalsbedarf

Düsseldorf – Die Drogeriekette „dm" verkauft im Rheinland Pfefferspray als Karnevalsbedarf, meldet die „Rheinische Post". Damit habe man auf vielfachen Kundenwunsch reagiert, so „dm" in einer Stellungnahme. Das Spray wird als „Tierabwehrspray" feilgeboten. Ein in Düsseldorf bekannter Barbesitzer ägyptischer Abstammung kritisierte das Angebot als „unverhohlen menschenverachtend". Dadurch würden „Ängste verstärkt" und Stimmung gemacht gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. *H.H.*

»Flüchtlinge« auf Heimaturlaub

Basel – Laut „Basler Zeitung" machen zahlreiche Eritreer, die als „Flüchtlinge" in die Schweiz gelangt sind, Urlaub in ihrer Heimat, wo sie nach Angaben der schweizerischen Regierung „an Leib und Leben bedroht" sind. Die Flugreise ins ostafrikanische Heimatland koste bis zu umgerechnet 600 Euro. Vier von fünf Eritreern in der Schweiz beziehen laut der Zeitung Sozialhilfe. *H.H.*

ZUR PERSON

Berlusconis Mann

Speziell dem Sozialdemokraten Martin Schulz muss die Wahl von **Antonio Tajani** zum neuen Präsidenten des EU-Parlaments als doppelte Niederlage erscheinen. 2003 hatte Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi in Straßburg den Deutschen als Besetzung für eine Filmrolle als KZ-„Kapo" empfohlen und damit für einen Eklat gesorgt. Gut 14 Jahre später wird nun ausgerechnet ein Weggefährte Berlusconis Nachfolger von Schulz.

Die Wahl des Kandidaten der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) in einer Kampfabstimmung markiert zudem das Ende der langjährigen informellen Großen Koalition zwischen EVP und Sozialdemokraten in Brüssel und Straßburg. Diese lagerübergreifende Zusammenarbeit wurde stark durch Schulz geprägt und personifiziert.

Sein Nachfolger ist aus mehreren Gründen umstritten: Mit Tajani ist ein ehemaliger Sprecher Silvio Berlusconis und ein Mitbegründer der Berlusconi-Partei Forza Italia auf einen der wichtigsten Posten der EU gerückt. Dass der Italiener selbst innerhalb seiner Fraktion nicht unbedingt als eine Optimalbesetzung gehandelt wurde, dürfte vor allem an dem Eindruck liegen, den er als EU-Kommissar hinterlassen hat.



Seit seiner Wahl wird in den Medien über den Verdacht berichtet, Tajani habe als Industriekommissar möglicherweise bereits vor Jahren Kenntnis von Manipulationen der Autoindustrie bei Abgaswerten gehabt. Mehr noch: Im Raum steht der Vorwurf, er habe die Betrügereien sogar vertuschen wollen. Fast vergessen ist, dass Tajani auch kritisiert wurde, in Brüssel vor allem für italienische Interessen ein offenes Ohr zu haben, während er ansonsten vor allem Ankündigungen produziert habe. *N.H.*



Restposten

Mord, zum Beispiel

Warum der »Höcke-Skandal« nicht zündet, wovor die »Eliten« solche Angst haben, und wieso das Volk unter Kontrolle bleiben muss / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenn man sein letztes Pulver verschossen hat, macht es beim nächsten „Schuss" nur noch leise Klick. Wo eben ein donnernder Feuerstrahl herauskam, entweicht dann nicht mal mehr ein lauer Windhauch dem erkalteten Rohr, Wirkung: null.

Daran wurden Medien und etablierte Parteien soeben schmerzhaft erinnert. Zunächst konnten sie ihren Fang vor Glück kaum fassen: Jetzt habe die AfD ihre Maske fallen gelassen, jauchzten sie. Mit der Dresdner Rede von Björn Höcke habe sich diese Partei endgültig als rechtsextremer Verein entlarvt. Nachdem die Bundesführung der „Alternative" gar davor zurückschreckte, den Thüringer Landeschef auszuschließen, verhängte der Kommentator von „Spiegel online" die Höchststrafe: „Der Nazi Björn Höcke darf in führender, herausgehobener Funktion Mitglied der AfD bleiben. Das sagt alles über die AfD und ab jetzt auch über jeden, der sie wählt."

„Alles" über „jeden"! Keiner soll sich mehr herausreden dürfen. Wir kriegen euch! Immerhin wird den zur AfD verirrten Wählern noch ein Fluchtweg aufgezeigt aus dem Lager der Unberührbaren. „Ab jetzt" bedeutet schließlich: Wer diesen braunen Laden bislang unterstützt hat, bekommt eine letzte Chance, zu den Guten zurückzukehren. Aber bitte dalli dalli! Sonst schließt sich vor euch das Tor zum Land der Geläuterten für immer.

Man sollte annehmen, dass diese ultimative Warnung vor ewiger Verdammnis einen breiten Flüchtlingsstrom reuiger Falschwähler auslöst, die mit niedergeschlagenen Augen beteuern, es nie wieder zu tun. Doch weit gefehlt, das Gegenteil trat ein. Bei der ersten Umfrage nach dem „Höcke-Skandal" schoss die Partei des Übeltäters einen ganzen Prozentpunkt nach oben. Im Insa-Wahltrend konnten sich die Blauen von 13,5 auf 14,5 Prozent verbessern.

Wie konnte das geschehen? Auf der Suche nach der Antwort landen wir beim letzten Pulver und dem nächsten Schuss. Der Nazi-Vorwurf gegen die AfD ist nämlich genauso alt wie die Partei selbst und biegt bereits die Ränder hoch wie vertrockneter Schinken. Schon der Parteigründer und Protagonist der ersten Stunde, Bernd Lucke, wurde damit nach Kräften beharkt. Einmal hat er „entartet" gesagt, woraufhin das „Das sagt alles"-Urteil erbarmungslos auf ihn niederging. Zudem kursierte ein Foto, auf dem Lucke einer Menge zuwinkt. Das Standbild erwischt genau den Moment, in dem der rechte Arm gerade oben ist. Der Foto-„Gruß" zeige, was von der AfD zu halten sei, schloss ein bekannter Autor.

Als Lucke später die Partei verlassen hatte und aus enttäuschter Liebe zum garstigen AfD-Kritiker mutiert war, charakterisierten ihn die Medien plötzlich als „gemäßigten Wirtschaftsliberalen". Diese wundersame Wende dürfte manchem Bürger sauer aufgestoßen sein. Trotzdem ging es munter weiter – Nazi, Nazi, Nazi. Man war wohl der Meinung: Wenn wir das nur oft genug sagen, müssen uns die Leute doch irgendwann abkaufen, dass Petry und Co. die Wiedergänger Adolf Hitlers sind. Offenbar hat es nicht funktioniert, wenn die Umfragen recht haben.

Was hat Höcke eigentlich gesagt in seiner Selbstentlarvungsrede? Für ihn ist der NS-Judenmord eine Schande und das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein Denkmal dieser Schande. Sieht das jemand anders? Nein, natürlich nicht, aber man kann ja mal ein bisschen an der Rede herummanipulieren, bis herauskommt, dass Höcke es als Schande bezeichnet hat, dass wir der ermordeten Juden gedenken. Hat er zwar nicht, lässt sich aber draus machen, wie wir dieser Tage gelernt haben.

Weitaus rutschiger ist die Passage, wo er den „vollständigen Sieg der AfD" fordert, der Bündnisse nur mit Parteien erlaube, die vorher durch ein Fegefeuer der Läuterung gegangen seien. Nun ist es zwar das natürliche Traumziel jeder Partei, möglichst haushoch zu gewinnen. Aber einen „vollständigen Sieg", den gibt es in der Demokratie eben nicht. Da fehlt immer etwas, da muss sogar etwas fehlen, sonst droht die abschüssige Bahn.

Verständlicherweise ist diese Einsicht bitter. Vor allem für Leute, die sich längst im Besitz der vollständigen Macht wähnten und fest daran geglaubt haben, dass sie ihnen niemand mehr entreißen darf.

Die bisherige Machtelite in den USA ist von ihrem Machtverlust immer noch tief erschüttert. Obamas Außenminister John Kerry tröstet sich mit der Erwartung, dass die Trump-Regierung in zwei, drei Jahren vorüber sei. So reden entthronte Monarchen, die sich in ihrer Selbstgefälligkeit gar nicht vorstellen mögen, dass der Pöbel ohne sie einen Staat lenken könnte. Schon bald würden die dreisten Umstürzler den Irrtum einsehen und ihnen die Krone zerknirscht zurückbringen, ganz sicher. Wirklich? Meistens wurde nichts draus. Kerry sollte seinen wohlverdienten Ruhestand genießen und stolz auf seine Leistung als US-Chefdiplomat zurückblicken, die aus nichts als lauter Fragezeichen hinter ungelösten Konflikten besteht.

> Wie ein entthronter Monarch, der sich gar nicht vorstellen mag, dass der Pöbel einen Staat lenken könnte

Aber sollen wir uns nun einfach abfinden mit vier Jahren Trump, nur weil „das Volk" so entschieden hat? Bei der Fragerunde im Anschluss an den ARD-„Presseclub" vergangenen Sonntag wollte ein verzweifelter Anrufer wissen, wie man die blonde Bestie vorzeitig aus dem Amt jagen könne. Tja, ein offizielles Amtsenthebungsverfahren sei sehr schwierig, mussten die versammelten Journalisten einräumen. Nur Josef Joffe hatte eine Idee: „Mord im Weißen Haus, zum Beispiel", phantasierte der „Zeit"-Herausgeber.

Wer diese Szene gesehen hat, kann ermessen, wie tief das Entsetzen der „Eliten" ob ihres Machtverlustes reicht. Entweder sehen diese Leute Gespenster oder es geht wirklich ums Ganze. Dann handelt es sich bei dem, was in den USA passiert ist, tatsächlich um eine Revolution von weltumspannender Bedeutung. Sigmar Gabriel wischt sich den Schweiß von der Stirn und empfiehlt den deutschen und europäischen Potentaten: „Wir müssen uns warm anziehen."

Damit der Bazillus nicht auf Europa übergreift, sollten wir ein paar grundsätzliche Fragen klären. Zum Beispiel über die historische Rolle des Volkes. Sogar Papst Franziskus hat sich in die Debatte eingeschaltet und steht als guter Kirchenfürst den Herrschern zur Seite. Er warnt vor „Populismus" und erinnert daran, dass „ganz Deutschland" Adolf Hitler gewählt habe. Die Botschaft ist unübersehbar: Das „Volk" mag ja ganz nett sein, politisch aber ist es vor allem gefährlich, weil unberechenbar. Die „Eliten" müssen es unter Kontrolle halten.

Aber Moment mal, „ganz Deutschland"? Vielleicht sollte Franziskus seinem Vorgänger einen Besuch abstatten, damit der deutsche Papst im Ruhestand seinem südamerikanischen Nachfolger ein halbes Stündchen Nachhilfe in europäischer Geschichte erteilt.

Von der Entente cordiale und vom Ersten Weltkrieg wird er da hören, von Versailles, Gebietsamputationen und erdrückenden Reparationen zulasten Deutschlands und von der maßlosen Demütigung des unterlegenen Reiches. Schließlich wird ihm Benedikt vom Börsenkrach 1929 erzählen, der den Sargnagel für die deutsche Republik lieferte.

Mit anderen Worten: Was Franziskus erfahren wird, ist die Geschichte einer historisch beispiellosen Kette von Elite-Versagen, an deren Ende jeder dritte Wähler eines verzweifelten Volkes bei den letzten freien Wahlen im November 1932 die NSDAP angekreuzt hat („ganz Deutschland").

Sie sind überrascht? Glaube ich Ihnen, denn aus dieser Perspektive wird die Geschichte klugerweise nie erzählt. Würde sie es, könnte das Volk auf die riskante Idee verfallen, seinen „alternativlosen" politischen Machteliten weitaus skeptischer zu begegnen als bislang üblich. Das kann zu ganz ungesunden Schlussfolgerungen führen bis hin zur Anmaßung von „Volksherrschaft". Also: Wehret den Anfängen!

MEINUNGEN

***Jeff Kornblum**, von 1997 bis 2001 US-Botschafter in Deutschland, weist auf „tagesschau.de" (19. Januar) auf eine **kaum beachtete Facette** des neuen **US-Präsidenten** hin:*

„Trump hat kompetente Leute mit Reputation gewählt, also nicht irgendwelche Nullnummern, sondern unabhängige Menschen. Das spricht eigentlich für ihn."

***Christian Ortner** sieht in der Unterstützung reiferer weißer Männer für **Trump** auch einen **Aufstand gegen die „Entmännlichung"** der Gesellschaft seit Ende der 60er Jahre. In der „Wiener Zeitung" (19. Januar) schreibt er:*

„Nix mehr Mittagsmartini, saftiges Steak und Frauen anmachen; stattdessen vegane Kost mit Mineralwasser ohne Kohlensäure, mülltrennend, frauenverstehend, Pullover häkelnd ... Politisches Engagement gerne, aber nur entlang der immer enger werdenden Korridore des politisch Korrekten ... Und da kommt Trump daher wie ein Kumpel, der dazu einlädt, all das über Bord zu werfen, und das auch noch völlig ohne Schuldgefühle. Irgendwie kein Wunder, dass diese Rechnung aufgeht."

***Klaus Kelle** nimmt auf „Focus Online" (23. Januar) die **Anti-Trump-Demonstrationen** unter die Lupe:*

„Sie demonstrieren, weil man – weil ‚das Volk' – einen an die Spitze gewählt hat, der die Regeln, die das linksliberale Establishment selbst aufgestellt hat, einfach nicht beachtet. Sie demonstrieren gegen einen, der zwar jetzt Politiker ist, aber deshalb nicht einfach so akzeptiert, dass er von Medien unfair behandelt worden ist und noch behandelt wird."

***Matthias Heitmann** bekennt im „Cicero" (22. Januar), er hätte **Trump nicht gewählt**. Dennoch begrüßt er dessen Wahl zum US-Präsidenten:*

„Meine Zuversicht ist gänzlich unabhängig von Trump und dessen politischer Agenda. Sie basiert vielmehr darauf, dass eine politische Agenda demokratisch abgewählt wurde, die jeden Bezug zur Lebenswirklichkeit vieler Menschen verloren hat und keinesfalls so progressiv und aufgeklärt war, wie sie sich immer darstellte ... Es muss Tacheles geredet werden, es müssen Denkverbote ignoriert und alte Hierarchien über den Haufen geworfen werden."

*Im „Handelsblatt" (23. Januar) wirft **Gabor Steingart** einen Blick auf die treue US-Verbündete und **Kanzlerin Merkel**, die nach Trumps Amtsantritt plötzlich **ohne ihren Leitstern** dasteht:*

„Die Überforderung der Kanzlerin ist nicht zu übersehen. Das Amerika, an das sie geglaubt hat, zeigt ihr die kalte Schulter. Das Amerika, in dem sie vor ihrer Politikerkarriere sogar für einige Zeit an der Seite ihres Wissenschaftlerfreundes und späteren Ehemannes gelebt hat, existiert nicht mehr. Trumps Rede zur Amtseinführung war im Grunde eine Abschiedsadresse ... Die Vollwaise Deutschland muss ihre Lebenstauglichkeit nun allein unter Beweis stellen. Wenn ihr das nicht gelingt, kommt der Vormund."